

Dritte Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Dienstag, den 5. April 1927.

(Beginn 9 Uhr 45 Minuten.)

Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Beratung des Haushaltsplans und der damit in Verbindung stehenden Landtagsvorlagen.
3. Entscheidung über die geschäftliche Behandlung der eingegangenen Vorlagen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist eröffnet. Die Niederschriften über die gestrigen Vollsitzen liegen auf dem Tische des Hauses zur Kenntnis.

Zunächst habe ich die Eingänge mitzuteilen. Einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion:

„Die sozialdemokratische Fraktion des Provinziallandtags schlägt als Mitglied in die Provinzialkommission für die Heil- und Pflegeanstalten an Stelle des ausgeschiedenen Mitgliedes Abgeordneten Orlopp den Abgeordneten Hauck vor.“

Ich höre keinen Widerspruch. Ich stelle Ihr Einverständnis mit diesem Vorschlage fest und frage den Herrn Abgeordneten Hauck, ob er bereit ist, die Wahl anzunehmen. (Abgeordneter Hauck stimmt zu.)

Dann sind von den Fraktionen nicht weniger als 32 Anträge eingegangen. Diese Anträge sind im Umdruck auf die Plätze verteilt; ich brauche sie daher nicht zu verlesen. Der Provinzialausschuß wird zu diesen Anträgen noch Stellung nehmen müssen. Vorbehaltlich dieser Stellungnahme des Provinzialausschusses schlage ich folgende Ueberweisungen vor:

1. Einspruch der Zentrumsfraktion bei der Reichs- und Staatsregierung bezüglich der Beschränkung der Tätigkeit der Provinzialverwaltung auf den Gebieten des Wegebaues und des Arbeitsnachweises.
2. Antrag der Arbeitsgemeinschaft, betr. Behebung der Kreditnot in der mittleren und kleinen rheinischen Industrie durch Zuführung langfristiger Hypothekarkredite seitens der Landesbank.
3. Antrag der Arbeitsgemeinschaft, betr. Einrichtung je eines Landesarbeitsgerichts für die größeren Landgerichtsbezirke bei der bevorstehenden Bildung der Arbeitsgerichte.
4. Antrag der Arbeitsgemeinschaft, betr. Bereitstellung von 30 000 Mark zur Ermöglichung der

Anfiedlung rheinischer Bauernlöhne in den Ostprovinzen.

5. Antrag der SPD.-Fraktion auf Einsetzung eines Betrages von 150 000 Mark für Kinderspeisung in den Haushalt „Verschiedenes“ für 1927.
6. Zusatzantrag der SPD.-Fraktion zum Antrage der Zentrumsfraktion, betr. Rationalisierung und Zusammenlegung von Betrieben im westlichen Industriegebiet.
7. Antrag der SPD.-Fraktion, betr. Auftragserteilung von Bimsbaustoffen seitens der Provinz, der Reichs- und Staatsregierung zur Behebung der Arbeitslosigkeit in den Kreisen Kemnath und Koblenz.
8. Entschliebung der SPD.-Fraktion an die Reichs- und Staatsregierung, betr. Aufnahme der Bahnlinie Irrel — Eßternacherbrück — Vollandorf — Schwarzenbruch — Simpel — Neuenburg in das Arbeitsbeschaffungsprogramm.
9. Entschliebung der SPD.-Fraktion, betr. Antrag an die Staatsregierung, auf die Reichsregierung dahin zu wirken, daß außer den zur Linderung der Not der sog. Luxemburggänger bereits bewilligten Mitteln weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden.
10. Antrag der SPD.-Fraktion, betr. Erhöhung der Ortslöhne.
11. Antrag der SPD.-Fraktion auf Bewilligung eines Betrages von 50 000 Mark für die allgemeine Volksbildungsarbeit in der Rheinprovinz.
12. Antrag der SPD.-Fraktion, betr. Errichtung eines Provinzial-Wohlfahrtsamtes als Kontrollorgan und Beschwerdeinstanz im Sinne der aus der Fürsorgepflichtverordnung resultierenden Aufgaben.
13. Entschliebung der SPD.-Fraktion, betr. Protest gegen die Beschlebung chinesischer Städte durch englische Kriegsschiffe.

Alle diese Anträge gehen an den Ausschuß I. Bei dem letzteren Punkte ist allerdings die Zuständigkeit eines Ausschusses nicht von vornherein gegeben. Ich glaube aber, der Ausschuß I wird sich am besten mit der Sache befassen.

Dann:

Antrag der Zentrumsfraktion, betr. Schaffung von Einrichtungen für schwache Kinder in der Rheinprovinz;

Antrag der SPD.-Fraktion auf Erhöhung der Beihilfe für den Ausbau des Jugendherbergswesens (zu verbinden mit Drucksache 16);

Antrag der SPD.-Fraktion, betr. Aufsicht über die Fürsorgezöglinge;

Antrag der SPD.-Fraktion, betr. Erholungskur für schulpflichtige Fürsorgezöglinge nach ihrer Einlieferung;

Antrag der SPD.-Fraktion, betr. Einweisung von Fürsorgezöglingen in das evangelische Fürsorgeheim II in Niederseimar und in das Fürsorgeheim I in Gummersbach;

Anträge der SPD.-Fraktion, betr. Durchführung der Fürsorgeerziehung;
alles an Sachauschuß II.

Antrag der SPD.-Fraktion, betr. Vorlage einer Aufstellung über die Größe der landwirtschaftlichen Flächen bei den einzelnen Provinzialanstalten, die Zahl der zu verpflegenden Anstaltsinsassen usw. gelegentlich der nächsten Provinziallandtagssitzung;

Antrag der Arbeitsgemeinschaft dahingehend, die Position Titel II 4 a und b im Haushalt, betr. Fürsorge für Kriegsbeschädigte pp., für übertragbar zu erklären;

Antrag der SPD.-Fraktion, betr. die Hausordnung für die Provinzial-Arbeitsanstalt in Brauweiler (zu verbinden mit Drucksache 20);

Antrag der SPD.-Fraktion auf Außerkraftsetzung der Fürsorgepflichtverordnung;
alles an Sachauschuß III.

Antrag der SPD.-Fraktion auf Pflasterung der Provinzialstraßen in Ortslagen, soweit Schotterstraßen in Frage kommen;

Antrag der SPD.-Fraktion, betr. Beseitigung der Eisenbahnüberführungen auf der Provinzialstraße Koblenz-Bingen wegen der durch die Zunahme des Autoverkehrs gesteigerten Verkehrsverhältnisse auf dieser Straße;

an Sachauschuß IV.

Antrag der SPD.-Fraktion, betr. Erhöhung der Anleihe für Straßenzwecke von 13 Millionen auf 20 Millionen Reichsmark (in Verbindung mit Drucksache 2);

an die Sachauschüsse IV und I.

Antrag der Zentrumsfraktion auf Einführung einer zehntägigen Quarantäne für Händlervieh, das als Milch- und Nutztvieh eingeführt wird;

Antrag der SPD.-Fraktion, betr. Aenderung einiger Bestimmungen des Entwurfs eines Niers-Gesetzes (zu verbinden mit Drucksache 35);

Antrag der SPD.-Fraktion auf direkte Zuleitung des Entwurfs eines Niers-Gesetzes an den Preussischen Landtag zwecks Vermeidung einer weiteren Verzögerung in der Verabschiedung des Gesetzes (zu verbinden mit Drucksache 35);

Antrag der SPD.-Fraktion, betr. Erhöhung der Beihilfen zur Verbesserung der Vorflutverhältnisse an der Niers (zu verbinden mit Drucksache 36);

Antrag der SPD.-Fraktion, betr. Erhöhung der Beihilfen zur Behebung der Winzernot und für die Zwecke des Weinbaues (zu verbinden mit Drucksache 24);

Antrag der Arbeitsgemeinschaft, betr. Zurverfügungstellung von 60 000 Mark zur Schaffung von Verkaufseinrichtungen nach holländischem Muster zwecks Verbesserung der Absatzmöglichkeit in den Obst- und Gemüsebau treibenden Gegenden der Rheinprovinz; alle diese Anträge an den Sachauschuß V.

Da ich einen Widerspruch gegen diese Vorschläge nicht höre, nehme ich an, daß Sie mit der Ueberweisung an die vorgeschlagenen Sachauschüsse einverstanden sind.

Meine Damen und Herren! Der Bericht der Generaldirektion der Landesbank über die Verwaltung der Landesbank der Rheinprovinz für das Geschäftsjahr 1926 ist verteilt worden. Ich bitte, davon Kenntnis zu nehmen.

Wir werden uns nun über die Geschäftswertteilung heute zu unterhalten haben. An sich wäre es wünschenswert, durchzutagen. Wir dürfen das aber den Herren Stenographen nicht zumuten, weil die Anstrengung an sich außerordentlich groß ist. Ich möchte deshalb vorschlagen, um 2 Uhr eine einstündige Pause eintreten zu lassen. Soweit die Fraktionen sich noch über einzelne Sachen verständigen wollen, möchte ich bitten, diese Stunde doch auch zu Fraktionsitzungen zu benutzen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Machen wir doch eine anderthalbstündige Pause!) Ich glaube, die Verhandlung zieht sich dann zu weit in den Nachmittag hinein. Sind Sie mit diesem Vorschlage einverstanden? Das ist der Fall.

Dann darf ich noch einmal mitteilen, daß gestern beschlossen worden ist: Jede Fraktion hat zu dem Gesamtetat und den damit verbundenen Vorlagen heute eine Redezeit von insgesamt 1½ Stunden. Nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen werden die ersten und eventuell die zweiten Redner aufgerufen. Im übrigen, soweit noch Zeit für die Fraktionen bleibt, würden aber die Redner, die aus den Fraktionen vorgeschickt werden, nach der Geschäftsordnung, also im wesentlichen nach der Reihenfolge ihrer Redebeanmeldungen, zum Worte kommen.

Ich darf vielleicht heute schon darauf hinweisen, daß es notwendig sein wird, daß morgen die Sachauschüsse ihre Aufgaben erledigen. Ich möchte deshalb die Herren Vorsitzenden der Sachauschüsse bitten, doch schon möglichst bald die Sitzungen anzuberaumen. Für den

II. Sachauschuß ist das bereits geschehen, und zwar soll die Sitzung morgen vormittag um 10 Uhr beginnen. Ich möchte bitten, daß die übrigen Sachauschüsse ähnlich verfahren. Es würde dann allerdings kaum möglich sein, morgen noch auf Grund der Sachauschußberatungen Fraktionsitzungen stattfinden zu lassen. Es wird deshalb wohl richtig sein, daß wir das Plenum am Donnerstag vormittag erst um 10 Uhr beginnen lassen, damit die Fraktionen noch vorher zu dem Ergebnis der Sachauschußberatungen Stellung nehmen können. Wenn ich keinen anderen Vorschlag höre, werde ich mir erlauben, Ihnen das am Schlusse der Verhandlungen vorzuschlagen.

Wir kommen nunmehr zu der Beratung des Haushaltsplans und der damit in Verbindung stehenden Landtagsvorlagen.

Ich erteile das Wort dem Herrn Dr. Wessel.

Abgeordneter Dr. Wessel: Meine Damen und Herren! In zahlreichen Städten, Landkreisen und Gemeinden haben die letzten Wochen als Uebergangszeit zum neuen Etatsjahr im Zeichen der Beratung der Haushaltspläne gestanden. Wer diese Verhandlungen verfolgt hat, wird haben feststellen können, daß bei aller Verschiedenartigkeit der Verhältnisse bei den Etatsberatungen der Selbstverwaltungskörperschaften überall die gleichen Erfahrungen gemacht worden sind: Schwierigkeiten, die sich ergeben haben, einmal aus der Unzulänglichkeit der Einnahmen aus dem Finanzausgleich zwischen Reich, Land und Gemeinden, sodann aus der Ueberbürdung mit Aufgaben, namentlich auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege, und damit die Unmöglichkeit, für die im abgelaufenen Jahr hierdurch entstandenen Fehlbeträge Deckung zu schaffen und den neuen Etat auszugleichen. Diese Notlage der Gemeinden und Gemeindeverbände macht sich um so stärker geltend, als zunächst nicht abzusehen ist, ob das Rechnungsjahr 1927 eine Entspannung bringen wird. Mahnungen zur Sparsamkeit sind hierbei heute nicht mehr angebracht. Die gedrückte Finanzlage der meisten Gemeinwesen, auch solcher, deren Finanzkraft bisher fest begründet schien, zwingt schon an sich zur äußersten Einschränkung aller Ausgaben, deren Gestaltung vom Eigenwillen abhängig ist. Die gemeindlichen Etats erhalten indessen heute ihr Gepräge durch zwangsläufige, ihnen durch Gesetz auferlegte Aufgaben, die den größten Teil des Steueraufkommens absorbieren und die freiwillige Betätigung der Gemeinwesen auf wirtschaftlichem, verkehrspolitischen und kulturellem Gebiete über Gebühr einengen. Als Beispiel möchte ich die Stadt Köln erwähnen, die im Rechnungsjahre 1927 53,04 Prozent des Gesamtbedarfes für Wohlfahrtspflege und 18 Prozent für Schulwesen aufbringen muß.

Ein Ausgleich dieser Lasten durch weitere Anspannung der Realsteuern ist unmöglich. Ein Ausweg könnte vielmehr nur durch einen den Belangen der

Kommunen in besserer Weise Rechnung tragenden Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden gefunden werden. Das Finanzausgleichsgesetz für das Rechnungsjahr 1926 hat eine für die Gemeinden und Gemeindeverbände äußerst ungünstige Verteilung der Einnahmen gebracht. Bei Aufstellung des letzten Finanzausgleichs wie auch bei den früheren Regelungen ist stets von dem Grundgedanken ausgegangen worden, daß die Bedürfnisse des Reichs denen der Länder und die Bedürfnisse der Länder denen der Gemeinden voranzugehen hätten. Hierbei hat man den Maßstab zugrunde gelegt, welcher öffentlichen Stelle gerade die Erfüllung dieser oder jener Aufgabe zukam; in keiner Weise hat man aber auf die Art und Bedeutung der zu erfüllenden Aufgaben Rücksicht genommen und der Tatsache Rechnung getragen, daß zu den Hauptaufgaben, die von den Gemeinden, Kreisen und Städten zu erfüllen sind, die wichtigsten gehören, die in unserem heutigen Kulturleben bestehen. Das ist einmal die Wohlfahrtspflege und sodann das Schulwesen, beides Aufgabengebiete, die die steuerliche Leistungsfähigkeit der Gemeinden und Gemeindeverbände auf das äußerste anspannen und gegenüber der steuerlichen Deckungsmöglichkeit vor dem Kriege durch die heutigen Reichssteuerüberweisungen nicht entfernt ausreichende Berücksichtigung finden. Eine Gegenüberstellung der Ausgaben auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege hat ergeben, daß die Gemeinden gegenüber der Vorkriegszeit um das Dreifache, die Kreise um das 13—15fache belastet sind. Die Verhältniszahlen für die Städte stehen mir nicht zur Verfügung, sind aber noch erheblich höher. In diese Zahlen ist nicht einbegriffen der Zuschuß des Reiches an die Kreise und Städte in Höhe von zehn Sechzigstel der Hauszinssteuer, der nicht ganz ein Drittel der gesamten Aufwendungen für Wohlfahrtspflege ausmacht. Berücksichtigt man weiter, daß abgesehen von diesem Gebiete der Verwaltung, die Gemeinden, Gemeindeverbände und Städte von Reich und Staat auch mit anderen Aufgaben bedacht werden, ohne daß ihnen ein Ausgleich hierfür zukommt, so wird es notwendig sein, vor Abschluß des endgültigen Finanzausgleichs entscheidende Schritte zu tun, um eine Bessergestaltung der Gemeindefinanzen sicherzustellen.

Meine Damen und Herren! Ich habe es für notwendig gehalten, auf diese Verhältnisse hinzuweisen, da der Provinzialverband letzten Endes die Gesamtheit der Stadt- und Landkreise der Provinz darstellt und zur Erfüllung seiner vielseitigen Aufgaben auf den verschiedensten Gebieten des starken Unterbaues lebensfähiger Gemeinwesen nicht entbehren kann. Meine Fraktion begrüßt es mit Dank gegen die Provinzialverwaltung und den Provinzialauschuß, daß sie den Haushaltsplan, wie im vergangenen Jahre, so auch jetzt, zu Beginn des neuen Rechnungsjahres dem Provinziallandtag so rechtzeitig vorgelegt hat, daß die Gemeinden

ihre Etats danach einrichten können, trotzdem mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden waren. Die Provinziallandtagsabgeordneten haben im Laufe des Jahres kaum Gelegenheit, Einblick in die Verhältnisse der Provinzialverwaltung zu tun. Um so größeres Interesse erfordert daher die Mitwirkung bei der Festsetzung des Etats, die als vornehmste und wichtigste Aufgabe des Provinziallandtagsabgeordneten anzusehen ist.

Meine Damen und Herren! Ehe ich auf den Haushaltsplan eingehe, möchte ich einige Bemerkungen zu dem Bericht des Provinzialausschusses machen. Das Rechnungsjahr 1925 hat für die Rheinprovinz mit einem Fehlbetrag von 4 363 522,95 Mark abgeschlossen. Diese Tatsache ist selbst bei Berücksichtigung der riesigen Zahlen, mit denen der Provinzialetat zu rechnen hat, wie auch der Herr Landeshauptmann in seinem Schlußwort gestern hervorgehoben hat, unerfreulich und muß um so mehr zu Besorgnissen Anlaß geben, als eine Deckung in absehbarer Zeit auf große Schwierigkeiten stoßen wird. Wir müssen dem Herrn Landeshauptmann darin beipflichten, daß die Übernahme dieses Fehlbetrages ohne Deckung, die sich als eine aus dem Zwang der Verhältnisse gebotene Lösung ergeben hat, etatswirtschaftlich sehr unbefriedigend ist. Andererseits muß davon ausgegangen werden, daß eine Deckung des Fehlbetrages durch eine Anleihe gesetzlich unzulässig ist und eine Aufnahme in den Haushaltsplan für 1927, die etatsmäßig das Gegebene wäre, nicht in Frage kommen kann, weil sie für die Städte und Gemeinden eine untragbare Erhöhung der Provinzialumlage nach sich ziehen würde. Wir müssen hoffen, daß bei der nächstjährigen Etatsberatung Mittel und Wege gefunden werden, die allmähliche Abdeckung des Fehlbetrages sicherzustellen. Dann wird auch das endgültige Ergebnis des Jahres 1926 vorliegen, das, wie der Herr Landeshauptmann gestern mitgeteilt hat, ein günstigeres sein wird, wenngleich auch hier ein Fehlbetrag von einer Million Mark zu erwarten steht. Daß trotz der Weiterführung des Fehlbetrages die Provinzialumlage erhöht worden ist, ist für die Städte und Gemeinden betrüblich, da auch die verhältnismäßig geringe Erhöhung bei ihrer Finanzlage sie empfindlich trifft. Andererseits darf nicht verkannt werden, daß der Haushaltsplan der Provinz für das Rechnungsjahr 1927 den weitgehendsten Willen zur Sparsamkeit überall da zeigt, wo ohne Verletzung wichtiger Interessen auf den der Provinzialverwaltung zugewiesenen Gebieten gespart werden kann.

Der Gesamthaushaltsplan für 1927 abzüglich der Erstattungen innerhalb der Verwaltung schließt mit einem Betrage von 115 878 634 Mark ab gegenüber 105 092 702 Mark im Vorjahre. Von dem Mehr von rund 10,8 Millionen, darunter 2 Millionen Mark durchlaufende Ausgaben bei dem Etat für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, wird ein Betrag

von 5 800 000 Mark durch eigene Einnahmen und ein solcher von 3 Millionen Mark durch erhöhte Steuern eingehen, woran die Provinzialumlage mit 1 050 000 Mark beteiligt ist. Die Ueberweisungen des Reiches an Reichseinkommensteuer sind mit 1 500 000 Mark und die vom Staat zu erwartende Dotation mit 1 600 000 Mark höher eingesetzt.

Meine Damen und Herren! Gegenüber der ungünstigen Finanzlage der Kommunen im vergangenen Jahre, die ich vorhin erwähnte, muß erfreulicherweise für denselben Zeitraum eine Besserung der Wirtschaftsverhältnisse festgestellt werden. Der Herr Landeshauptmann hat das sehr eingehend geschildert und mit Tatsachen belegt. Hiernach kann heute festgestellt werden, daß, nachdem die Beratung des Provinzialetats für 1926 zu einer Zeit gefährvollsten Tiefstandes der deutschen und namentlich der rheinischen Wirtschaft stattgefunden hat, zu einer Zeit, als die Erwerbslosigkeit ihren Höchststand erreichte und ungeheure finanzielle Anforderungen an Reich, Staat, Kommunen und Wirtschaft gestellt hat, heute doch eine sehr erfreuliche Besserung der Gesamtwirtschaftslage nicht verkannt werden kann. Die Belebung der Kohlen- und Eisenindustrie, die infolge des englischen Kohlenstreiks sowie der Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen und der internationalen Verständigung zu verzeichnen war und die sich bislang als nachhaltig erwiesen hat, hat eine Belebung auch auf den Gebieten der Wirtschaft gebracht, die schlüßelmäßig von diesen Industrien abhängig sind. Gelegentlich der Etatsberatung für 1926 im Provinziallandtag wurde hinsichtlich der Beurteilung der Wirtschaftslage allgemein davor gewarnt, zu optimistisch zu sein. (Abgeordneter Dr. Hold: Sehr richtig!) Heute können wir der weiteren Entwicklung der Wirtschaft mit größerem Vertrauen entgegensehen. Die Abschlüsse von Großbanken, Industrie- und Schifffahrtsunternehmungen haben durchweg eine überraschend gute Rentabilität gebracht. So sehen wir auf der einen Seite ein Abgleiten der Finanzen der Kommunen infolge unzulänglicher Einnahmen und unerträglich hoher Zwangsausgaben, und auf der anderen Seite ein Erstarren der Wirtschaft. Es ist zu hoffen, daß diese auseinanderstrebende Entwicklung sich bessern wird; in absehbarer Zeit ist leider nicht damit zu rechnen, da die Art der Bessergestaltung der Wirtschaft eine Verminderung der Soziallasten vorläufig nicht erwarten läßt. Zur Zeit ist die Lage in den Gemeinden noch außerordentlich gedrückt.

Die Gemeinden leiden in höchstem Maße noch unter großer Erwerbslosigkeit, die sich in der Rheinprovinz in ungeheuren Umfange geltend gemacht hat. Diese Belastung erstreckt sich nicht nur, wie bei einer oberflächlichen Beurteilung angenommen werden könnte, auf die Städte, sondern wirkt sich auch auf die industriellen Landkreise aus. Nach der vom Landesarbeits- und Be-

rufsamt der Rheinprovinz in Düsseldorf herausgegebenen Uebersicht über die Erwerbslosigkeit nach dem Stande vom 15. Februar 1927 betrug die Erwerbslosigkeit in den Industriestädten: Hamborn 20,6 pro Tausend, Krefeld 24,8, Oberhausen 25,8, Elberfeld 28,9, Duisburg 29,6, demgegenüber in den Landkreisen: Mayen 62,6, Geldern 43, im Siegburgkreis 40,2, Köln-Mülheim 37,8, Lennep 37,6, Kempen 36,4 und Neuwied 35,2. Die Entlastung der Kommunen durch das Reich mit Wirkung vom 1. April 1927 auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge, die dadurch erfolgt ist, daß die Gemeinden von dem einen Neuntel Beitrag zur Erwerbslosenfürsorge befreit worden sind, ist dadurch wieder illusorisch geworden, daß die Gemeinden mit einem Viertel der Krisenfürsorge neubelastet worden sind. Die Ausführung von Notstandsarbeiten, die in ihrer Art zum großen Teil eine Rentabilität nicht abwerfen, bedingen durch die zu hohe Verzinsung der Darlehen aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge eine so große Belastung, daß eine Zurückhaltung notwendig sein wird, solange nicht vom Staate erleichterte Bedingungen geschaffen werden.

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hat in einer Entschliebung an Reich und Staat den Antrag gestellt, günstigere Bedingungen für die zur Durchführung der Notstandsarbeiten zur Verfügung gestellten Darlehen zu gewähren, ausreichende Kontingente zur Verfügung zu stellen und vorgelegte Projekte entgegenkommender als bisher zu prüfen. Eine Resolution ähnlichen Inhalts ist auch vom Zentrum im Provinziallandtag eingebracht worden.

Meine Damen und Herren! Wir begrüßen es sehr, daß die Provinzialverwaltung auf wiederholte Anregung in den letzten Jahren in diesem Jahre erstmalig einen Etat der Vermögens- und Schuldenverwaltung vorgelegt hat und daß hierzu der Herr Landeshauptmann in seinen gestrigen Ausführungen nähere Mitteilungen über den Stand des Vermögens und der Schulden der Provinz gemacht hat. Diesen können wir entnehmen, daß der Schuldenstand der Provinz heute ungefähr dem der Vorkriegszeit gleichkommt. Der Etat der Vermögens- und Schuldenverwaltung sieht in Einnahme einen Gewinn der Landesbank in Höhe von 350 000 Mark vor. Bei einem Reingewinn aus dem Jahre 1925 in Höhe von 1 040 678,67 Mark, den Sie aus dem Etat ersehen können, läßt es sich rechtfertigen, daß ein Drittel dieses Gewinns für allgemeine Zwecke der Provinzialverwaltung zugeführt wird. Bei dem Geschäftsgang der Landesbank ist es weiterhin gerechtfertigt, daß das Stammkapital, wie es geschieht, von 6,2 Millionen auf 10 Millionen Mark erhöht worden ist.

Wir kommen nun zu den Einzelletats.

Meine Damen und Herren! Der wichtigste Etat des Provinzialesats ist der Wegebauetat. Er bedeutet für die Provinz die größte und gegenüber dem Zustand

der Vorkriegszeit auch die einschneidendste Belastung. Den Beweis hierfür erbringt eine Gegenüberstellung der Kosten vor dem Kriege gegenüber den heutigen Kosten. Vor dem Kriege machten die Kosten der Wegebauverwaltung der Provinzen, mit Ausnahme von Westpreußen und Posen, etwa ein Fünftel der Gesamtkosten, 1908 = 16,77 Proz., 1913 = 20,36 Proz. und 1926 = 68 Proz. aus. In absoluten Zahlen ausgedrückt, betrug der Bedarf für die Wegeunterhaltung 1903 rund 28 Millionen, 1908 rund 31 Millionen und 1913 rund 45 Millionen Mark. Heute beläuft sich der Bedarf auf über 120 Millionen Reichsmark jährlich, trotzdem etwa ein Achtel des Gebietes verlorengegangen ist. Hierzu kommt noch der außerordentliche Bedarf für den notwendigen Umbau der Provinzialstraßen für die Zwecke des modernen Kraftwagenverkehrs, der seit dem Jahre 1924 im Personenverkehr um das Sechsfache und im Lastwagenverkehr um das Zehnfache gestiegen ist. Auch im Rechnungsjahr 1926 sind außerordentlich hohe Anforderungen an diesen Etat gestellt worden. Der 71. Provinziallandtag hatte für das Rechnungsjahr 1926 neben den etatsmäßigen Mitteln einen Anleihebetrag von 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um die notwendige Anpassung der Provinzialstraßen an den Kraftwagenverkehr innerhalb einer angemessenen Frist herbeizuführen. Dieser Betrag hat nicht annähernd hingereicht, und der Provinzialausschuß hat daher im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms einen weiteren Anleihebetrag von 10 Millionen Mark bereitgestellt. Mit diesen 20 Millionen Mark sind im Jahre 1926 insgesamt 358,5 Kilometer Straßendecken dem Kraftwagenverkehr angepaßt worden. Im Interesse des Verkehrs kann dieser beschleunigte Fortgang des Ausbaues der Provinzialstraßen nur begrüßt werden. An ordentlichen Etatmitteln sind für die Provinzialstraßen im Rechnungsjahre 1927 21 141 000 Mark vorgesehen. An Einnahmen stehen dem gegenüber 976 500 Mark allgemeine Einnahmen und 13 Millionen Mark aus der Kraftfahrzeugsteuer. Es ist daher ein Zuschuß aus allgemeinen Mitteln in Höhe von 7 164 500 Mark erforderlich.

Lebhaft interessiert haben uns die Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns über die Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer. Wir bedauern auch unsererseits außerordentlich, daß von den Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer leider ein Drittel der Provinz selbst nicht zugute kommt und damit den Wegeunterhaltungspflichtigen die Möglichkeit beschränkt wird, der Unterhaltung und dem Ausbau der Straßen die unbedingt notwendigen Mittel zuzuwenden. Die Mittel des ordentlichen Etats werden im wesentlichen nur ausreichen, um die laufende Unterhaltung der Provinzialstraßen sicherzustellen. Infolge des zunehmenden Autoverkehrs wachsen die Unterhaltungskosten von Jahr zu Jahr, und zwar wird nach den getroffenen Feststellungen die starke Abnutzung der Straßen wesentlich

auf den Verkehr schwerer, mit Vollgummi bereifter Lastwagen zurückgeführt. Es erscheint daher angebracht, in eine Prüfung einzutreten, ob nicht im Interesse der Verlängerung der Lebensdauer der Straßenbedecken hinsichtlich des zulässigen Gewichts der Lastwagen und hinsichtlich der Verwendung weniger schädlicher Bereifung gesetzliche Bestimmungen zu erstreben sind. In diesem Sinne hat die Zentrumsfraktion eine Resolution eingebracht. Der Herr Landeshauptmann soll ersucht werden, im Einvernehmen mit dem Provinzialauschuß und nach Fühlungnahme mit den benachbarten Provinzialverwaltungen, dem Ruhrfiedlungsverband und den beteiligten Wirtschaftskreisen in eine Prüfung einzutreten, ob, wie im Ausland bereits geschehen, auch in Deutschland eine entsprechende Aenderung der Gesetzgebung sich empfiehlt.

Soweit der aus dem Anleiheetat von 20 Millionen Mark noch vorhandene Rest nicht ausreicht, das Programm der Anpassung der Straßen an den Kraftwagenverkehr in angemessenem Tempo fortzusetzen, wird die Beschaffung weiterer Anleihemittel für diesen Zweck in Erwägung gezogen werden müssen.

Der vom 72. Provinziallandtag beschlossene Bau einer Autobahnstraße zwischen Köln und Düsseldorf hat leider bisher der Verwirklichung nicht nähergebracht werden können, weil die an den Beschluß geknüpften Voraussetzungen, das ist die Bewilligung der von Reich und Staat in Aussicht gestellten Zuschüsse und Darlehen aus der produktiven Erwerbslosensfürsorge und die Zulässigkeit der Erhebung einer Abgabe für die Benutzung der Bahn bisher nicht erfüllt sind. Im Interesse der Beschäftigung einer großen Zahl von Erwerbslosen, sowie der Entlastung der Provinzialstraße Köln—Düsseldorf ist die alsbaldige Inangriffnahme der Bauarbeiten dringend erwünscht. Im Namen meiner Fraktion gebe ich daher der Erwartung Ausdruck, daß es gelingen möge, die zur Zeit bei der Reichsverwaltung und dem Reichsrat noch bestehenden Schwierigkeiten alsbald zu beheben. Um dieser Erwartung Nachdruck zu verleihen, hat meine Fraktion eine entsprechende Resolution eingebracht.

Für die Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues sind im Rechnungsjahre 1927 = 2 700 000 Mark vorgesehen. Davon soll eine Million Mark für den provinzialstraßenmäßigen Ausbau solcher Gemeindefewege Verwendung finden, die in die Unterhaltung der Provinz zu übernehmen sind. Da die für 1926 für die Unterstützung des Gemeinde- und Kreiswegebaues bereitgestellten Mittel fast restlos bereits im Rechnungsjahre 1925 Verwendung gefunden hatten, sind die meisten Gemeinden und Kreise im abgelaufenen Jahre völlig leer ausgegangen. Das Ausbleiben der erwarteten Provinzialbeihilfe hat zahlreiche Kommunen um so härter getroffen, als sie in der Hoffnung auf die Bewilligung der üblichen Provinzialbeihilfe bereits mit den Instandsetzungsarbeiten begonnen und

infolge Vergebung der Arbeiten keine Möglichkeit hatten, sie einzustellen. Bei der Verteilung der Mittel für das Rechnungsjahr 1927 wird daher vornehmlich darauf Bedacht genommen werden müssen, einen Ausgleich für die früher entstandenen Härten zu schaffen. Nach dem im Jahre 1926 aufgestellten Programm beabsichtigt die Provinzialverwaltung, im Laufe eines zehnjährigen Zeitraums rund 2000 Kilometer Kreis- und Gemeindefewege in ihre Unterhaltung zu übernehmen. Der im Etat für 1927 vorgesehene Betrag von einer Million Mark für den Ausbau derartiger Wege ist nicht im entferntesten ausreichend, einen rationellen Abschnitt des Uebernahmeprogramms zu finanzieren. Wenn daher für diesen Zweck im abgelaufenen Jahre neben den Etatsmitteln eine Anleihe von 3 Millionen Mark bereitgestellt worden ist, so wird die gleiche Notwendigkeit sich auch für das Rechnungsjahr 1927 ergeben. Die wegenunterhaltungspflichtigen Kreise und Gemeinden sind infolge ihrer ungünstigen Finanzlage nicht mehr instande, die durch den steigenden Kraftwagenverkehr einer schnellen Abnutzung unterliegenden Wege in einem den Verkehrsbedürfnissen Rechnung tragenden Unterhaltungszustand zu erhalten, so daß sich schon aus diesem Grunde eine hinauszögerung des Uebernahmeprogramms verbietet.

Im Anschluß an die Besprechung des Wegebauetats möchte ich kurz erwähnen, daß im Rheinland seit Jahrzehnten eine Reihe dringend notwendiger Bahnprojekte besteht, die leider bei der Reichsbahn nicht das nötige Verständnis und die nötige Förderung finden. Ich will davon absehen, einzelne Wünsche nach dieser Richtung zu äußern, darf aber darauf hinweisen, daß eine Reihe von Bahnprojekten vom Preussischen Landtag bereits vor dem Kriege beschlossen, die jahrelang im preussischen Eisenbahnetat geführt worden, bis heute aber noch nicht zur Ausführung gelangt sind. Ich nenne hier nur die Bahnen: Akenau—Kellberg und Bergisch-Gladbach—Wipperfürth. Es wäre zu wünschen, daß die Reichsbahnverwaltung hier größeres Entgegenkommen zeigen möchte.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang möchte ich ein Wort sagen über das Projekt der rheinisch-westfälischen Schnellbahn Köln—Dortmund. Es wird manchem von Ihnen bekannt sein, daß der Provinziallandtag der Rheinprovinz in Verbindung mit dem Provinziallandtag von Westfalen sich im Jahre 1923 an einer Studiengesellschaft beteiligt hat, die sich den Bau einer Schnellbahn Köln—Dortmund zum Zweck gesetzt hat, die notwendig geworden ist, da der Betrieb der Reichsbahn den Verkehrsanforderungen bei weitem nicht genügt. Die beiden Provinziallandtage wollten sich zusammen mit einem Betrage von 10 Millionen Mark beteiligen. Außerdem waren bereit, sich zu beteiligen: 11 Städte, zwei Landkreise und der Ruhrfiedlungsverband. Die Konzession für diese Bahn war bereits am 22. Januar 1924 unter der Bedingung

erteilt worden, daß eine Aktiengesellschaft gegründet werden sollte, an der sich die Reichsbahngesellschaft, Preußen und die Industrie beteiligen sollten. Der Ausbau der Bahn scheiterte leider bisher an dem Widerstand der Reichsbahngesellschaft, die eine Konkurrenz befürchtet. Die Reichsbahngesellschaft hat inzwischen ein eigenes Verbesserungsprogramm aufgestellt, das den Ausbau der Gleisanlagen und Bahnhöfe, die Einführung besonderer Schnellzüge und die Elektrifizierung eines Gleispaars vorsieht. Es wäre zu wünschen, daß in dieser Frage baldigst Klarheit darüber geschaffen würde, ob das Schnellbahnprojekt zur Ausführung gelangen soll oder ob das Verbesserungsprogramm der Reichsbahn geeignet ist, die Schnellbahn zu ersetzen. Ersterenfalls wäre zu wünschen, daß die Reichsbahn ihr Verbesserungsprogramm, von dem bisher nur einige unwesentliche Anfänge gemacht sind, durchführt.

Der Etat des Wohlfahrtsamtes schließt mit rund 8 Millionen Mark Bruttoausgabe höher ab als im vorigen Jahre. Die Ausgaben sind, soweit sie nicht schon zwangsläufig sind, notwendig.

Beim Etat-Titel Fürsorgeerziehung sind die Ausgaben besonders hoch gestiegen. Es müßte versucht werden, Fürsorgezöglinge mehr als bisher in geeigneten Familien unterzubringen, da das billiger als Anstaltspflege ist, vor allen Dingen den Zögling dem praktischen Leben weniger entfremdet, so daß die Erziehungswirkung nach Abschluß der Fürsorgeerziehung meistens nachhaltiger ist. Zur Frage der Fürsorgeerziehung wäre zu erwähnen, daß das System der Schulaufsicht, das durch das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz eingeführt worden ist, nach den bisherigen Erfahrungen sich leider nicht bewährt hat.

Die höheren Ausgaben des Landesjugendamtes sind insofern gerechtfertigt, als das Landesjugendamt als Zentralstelle der gesamten Jugendpflege und Jugendfürsorge verantwortliche und wichtige Aufgaben zu erfüllen hat. Die Unterstützung der Jugendpflegeorganisationen ist unbedingt notwendig, da gerade das Gebiet der Jugendwohlfahrtspflege sich besonders zur Zusammenarbeit von öffentlicher und privater Wohlfahrtspflege eignet. Neu übertragen ist dem Landesjugendamt die Bekämpfung von Schmutz- und Schundliteratur nach dem Reichsgesetz zur Bekämpfung von Schmutz und Schund. Das Zentrum erwartet, daß das Landesjugendamt diese Aufgabe energisch in die Hand nimmt, und hat eine entsprechende Resolution eingebracht.

Zum Titel „Landesfürsorgewesen“ ist zu begrüßen, daß für die Wanderer, die bisher eine große Belastung der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege darstellten, eine reichsgesetzliche Regelung durch eine Novelle zur Fürsorgepflichtverordnung bevorsteht. Zu erwägen wäre die Aufnahme der Wanderer in die demnächstige Arbeitslosenversicherung. Besondere Auf-

merksamkeit verdienen die jugendlichen Wanderer. Die Vorlage des Provinzialausschusses, daß die jugendlichen Wanderer künftighin nicht mehr armenrechtlich, sondern jugendfürsorgerecht betreut werden sollen, erscheint dringend notwendig.

Zum Titel „Arbeitsanstalt Brauweiler“ wäre zu erwähen, daß durch die Ausführungsverordnung zur Fürsorgepflichtverordnung wegen Trunksucht entmündigte und säumige Unterhaltungspflichtige künftig einem Arbeitszwange unterworfen werden können. Durch die Unterbringung weiblicher Personen dieser Art hat sich in der Arbeitsanstalt Brauweiler die Notwendigkeit ergeben, besondere Abteilungen einzurichten. Es ist angeregt worden, auch ein Frauenlazarett dort einzurichten. Das Zentrum hat eine entsprechende Resolution vorgelegt.

Die Kosten für die Anstaltspflege für Geisteskrante sind sehr hoch. Es wäre zu erwägen, ob geistig Abnorme, soweit es möglich ist, nicht in ambulante Fürsorge gebracht werden können. Eine entsprechende Stelle dieser Art hat sich bereits in Bonn gegründet.

Bei der Krüppelfürsorge müßte vor allem auf die vorbeugende Behandlung besonderer Wert gelegt werden. Hierzu eignen sich auch öffentliche Kuren und orthopädisches Turnen; Einrichtungen dieser Art in den Gemeinden müßten in besonderem Maße unterstützt werden.

Die sozialen Aufwendungen für die Kriegsbeschädigten sind, wie im vorigen Jahre, um 100 000 Mark gegenüber einem Betrage von 150 000 Mark im Jahre 1925 herabgesetzt worden. Tatsächlich nimmt die Zahl der Kriegsbeschädigten immer mehr zu, da sich dauernd neue Krankheiten zeigen. Eine Erhöhung des Postens für die soziale Kriegsbeschädigtenfürsorge erscheint daher angebracht.

Besondere Beachtung muß auch dem Hebammenwesen zugewandt werden wegen seiner großen Bedeutung für die Bevölkerungspolitik. Man denke an die Fragen des Geburtenrückganges, der vielen Fehlgeburten usw. Bei dem großen Einfluß, den die Hebammen in ihrem Berufe auf die Familien ausüben, muß eine Vertiefung des ihnen gewährten Unterrichts nach der ethischen Seite für notwendig erachtet werden.

Das Zentrum begrüßt es, daß 250 000 Mark zur Finanzierung von Jugendherbergen im Provinzialetat ausgeworfen worden sind. Die Errichtung von Jugendherbergen bedeutet zweifellos ein außerordentlich wichtiges Vorbeugungsmittel gegen die Verwahrlosung der Jugend, ein wirksames Mittel, die Jugend zu körperlich und geistig gesunden und sittlich gefestigten Menschen heranzuziehen, sie vor den Gefahren der Großstadt zu bewahren und in ihnen die Liebe zur Heimat zu wecken. Außerdem dient sie dazu, das Wandern in geordnete Bahnen zu bringen. Bisher wurden von der Provinzialverwaltung vorwiegend bedacht die Eifelstrecke, Köln und Trier und die Rheinstreden.

Künftig müssen auch andere Gegenden berücksichtigt werden: das Bergische Land, das Siegtal und der Westerwald. Hauptziel muß der planmäßige Ausbau eines großen Herbergsnetzes sein. Nicht auf die Zahl kommt es an, sondern auf hinreichend große, einwandfreie Herbergen an den wichtigsten Punkten.

Eine sehr begrüßenswerte Aufwendung ist in der Vorlage des Provinzialausschusses über Beihilfen an Studenten-Wohlfahrts-Einrichtungen geschaffen worden. Mittel dieser Art wurden bereits früher zur Verfügung gestellt. Sie haben den Vorzug, daß sie erstens geistig veranlagten Schülern aus mittellosen Kreisen die Möglichkeit schaffen, ihr Studium zu entfalten, und zweitens allen Bevölkerungskreisen gleichmäßig zugute kommen. Die Mittel sind vorwiegend zur Unterhaltung der sogenannten „mensa academica“ gedacht. Es wäre zu wünschen, daß auch die Heime für Studentinnen, die mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, eine Unterstützung erfahren.

Meine Damen und Herren! Im Gegensatz zu der Besserung der Wirtschaft im allgemeinen hat der Stand der Landwirtschaft im abgelaufenen Jahre eine wesentliche Erleichterung nicht erfahren. (Sehr richtig! rechts.) Das Verhältnis der Preise der Produktionsmittel zu denen der Produkte hat sich für die Landwirtschaft immerhin etwas günstiger gestaltet. Beachtliche Fortschritte sind erzielt worden in der Rationalisierung der eigenen Wirtschaft, in der systematischen Anwendung technischer und betriebswirtschaftlicher Verbesserungen und in der qualitativen Verbesserung der Erzeugnisse und ihrer sachgemäßen Behandlung. Leider kamen die Folgen dieser günstigeren Produktions- und Rentabilitätsbedingungen infolge der durchweg ungünstigen Ernten nicht zur Auswirkung, so daß in der Wirtschaftslage der einzelnen Landwirte eine fühlbare Besserung kaum eingetreten ist. Infolgedessen ist auch nicht nur kein Rückgang der Verschuldung der rheinischen Landwirtschaft eingetreten (Abgeordneter Dr. Dold: Sehr wahr!), vielmehr ist die Gesamtverschuldung im Kalenderjahr 1926 von 225 Millionen auf 375 Millionen Mark gestiegen. Dem steht allerdings gegenüber, daß der Zinssatz von etwa 12 Prozent auf 7 bis 8 Prozent gesunken ist, so daß die Zinsleistungen trotz der Erhöhung der Verschuldung keine wesentliche Steigerung erfahren haben. Trotz dieser ungünstigen Momente bestehen Anzeichen, daß die volkswirtschaftliche und wirtschaftstechnische Grundlage der landwirtschaftlichen Produktion einen langsamen Aufstieg erfahren läßt und daß der größte Tiefstand der Landwirtschaftskrisis in der zweiten Hälfte des Jahres 1926 überschritten worden ist.

Da sich die Förderung der deutschen Gesamtwirtschaft auf einer Intensivierung der Landwirtschaft aufbauen muß, gilt es, alle Bestrebungen zur Hebung der Landwirtschaft zum Zwecke einer Steigerung der Produktion zusammenzufassen. Der Gesamtwert der land-

wirtschaftlichen Produktion Deutschlands beziffert sich auf 16 Milliarden 391 Millionen Mark. Davon entfällt auf die rheinische Landwirtschaft rund ein Sechstel mit 1 Milliarde 55 Millionen Mark. Die Fehlmengende an landwirtschaftlicher Produktion, die durch Import gedeckt werden muß, bezifferte sich im Jahre 1926 auf rund 6 Milliarden Mark. Davon entfielen auf Produkte, die in Deutschland durch deutsche Produktion nicht erzeugt werden können, rund 3 Milliarden Mark. Die restlichen 3 Milliarden Mark beziehen sich auf Erzeugnisse, deren Produktion in Deutschland möglich gemacht werden könnte. Die Einfuhr dieser Fehlmengen aus dem Auslande bedeutet nicht nur eine wesentliche Belastung unserer Handelsbilanz, sondern verhindert auch die unmittelbare Arbeits- und Verdienstmöglichkeit für rund anderthalb Millionen deutscher Arbeiter. Würde es gelingen, die deutsche landwirtschaftliche Erzeugung um diese drei Milliarden Mark zu steigern, so würde damit die Kaufkraft des inneren Marktes um denselben Betrag erhöht, der deutschen Industrie Absatzmöglichkeit in dem gleichen Maße geboten und die Möglichkeit geschaffen, den weitaus größten Teil der erwerbslosen Arbeiter produktiver Beschäftigung zuzuführen. Daß diese Zahl erreichbar ist, beweist die Vergangenheit. In dem Zeitraum von 1880 bis 1910, also in 30 Jahren, ist die landwirtschaftliche Erzeugung um 75 Prozent = 2½ Prozent jährlich gesteigert worden. Demgegenüber hat sie seit 1914 infolge der Zwangswirtschaft und der ungünstigen Wirtschaftslage trotz wesentlicher wissenschaftlicher und technischer Errungenschaften nicht nur keine Fortschritte gemacht, sondern ist sogar zurückgegangen. Voraussetzung für die erstrebte Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung ist neben einer weiteren technischen und kaufmännischen Rationalisierung der landwirtschaftlichen Betriebe sowie einer einwandfrei privaten Rentabilität der erhöhten landwirtschaftlichen Produktion gewährleistenden Wirtschafts- und Handelspolitik, die Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung mit öffentlichen Mitteln in großzügiger und systematischer Weise.

Die rheinische Provinzialverwaltung hat bisher schon in weitgehendem Maße Mittel für die Förderung der Landwirtschaft bereitgestellt. Der Etat für das Rechnungsjahr 1927 sieht für diesen Zweck 1 386 000 Mark vor, die sich auf die verschiedensten Gebiete der Landwirtschaft verteilen.

Dem rheinischen Weinbau, dessen Lebensfähigkeit auf das Äußerste gefährdet war, hat das abgelaufene Jahr zunächst eine geringe Entlastung gebracht. Hierzu trugen bei die Schutzzölle in Spanien und Italien, deren günstige Wirkung allerdings durch das Provisorium mit Frankreich beeinträchtigt wurde, die Aufhebung der Weinstener, auch der kommunalen Weinstener, sowie die Tatsache, daß infolge Besserung der Wirtschaftslage auch der Weinmarkt belebt worden ist und die Preise weiter angezogen haben und einiger-

maßen mit den Produktionskosten ausgeglichen wurden. Gegenwärtig kann die Absatzkrise im Weinbau im wesentlichen als beseitigt gelten. Dagegen besteht nach wie vor eine erhebliche Notlage des Winzerstandes. Die Preissteigerung ist zum größten Teil nicht den Winzern, vor allem nicht den kleineren, zugute gekommen, da diese schon zu Verkäufen schreiten mußten, als die Aufwärtsbewegung der Preise sich noch im Anfangsstadium befand. Dann haben die Maisfröste und die ungünstige Witterung im abgelaufenen Jahre der Blüte großen Schaden gebracht und einen Ernteausfall in einzelnen Gebietsteilen bis zu 100 Prozent bedingt. Wir begrüßen es daher, daß neben den im landwirtschaftlichen Etat vorgesehenen Mitteln für die Förderung des Weinbaues im Etat „Verschiedenes“ besondere Mittel in Höhe von 100 000 Mark bereitgestellt sind.

Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Schulwesens nimmt einen erfreulichen Fortgang. Die Zentrumsfraktion begrüßt die Errichtung zweier neuer landwirtschaftlichen Schulen in Baumholder und in Much, sowie die Errichtung einer landwirtschaftlichen Gemüsebauschule in Fischenich und einer Gemüsebauschule in Düsseldorf. Zur Frage des Gemüsebaues möchte ich darauf hinweisen, daß der berufsständische Obst- und Gemüsebau mehr, als es bisher schon in der Rheinprovinz der Fall war, in der Lage ist, kleinen selbständigen Existenzen Arbeit und Brot zu bieten, wenn seine Lebensbedingungen durch Förderung besonders des Treib- und Frühgemüsebaues sowie durch Bessergestaltung des Absatzes erleichtert werden. Die Zentrumsfraktion wird es sich stets angelegen sein lassen, für diesen volkswirtschaftlich wichtigen Produktionszweig nachdrücklichst einzutreten.

Sehr unerfreulich ist der Zustand des Kleinwaldbesitzes in der Rheinprovinz. Die Landwirtschaftskammer ist bemüht, die Wiedernutzbarmachung in Gang zu bringen durch Einrichtung von Forstberatungsstellen und durch Einrichtung von Forstämtern. Das Ziel soll erreicht werden durch Beratung und Belehrung der Kleinwaldbesitzer, durch beispielmäßige Anlagen, durch Gründung von Waldbauvereinen und sonstige Maßnahmen. Die Landwirtschaftskammer hat hohe Aufwendungen hierfür in Aussicht genommen, wozu die Kreise mit je 1000 Mark für 10 000 Hektar herangezogen werden sollen. Der Betrag von 3000 Mark, den die Provinz ausgeworfen hat, dürfte demgegenüber zu gering erscheinen.

Im Interesse der Landwirtschaft liegt auch die im Etat „Verschiedenes“ vorgesehene Unterstützung größerer Landeskulturprojekte am Niederrhein, sowie die Regulierung der Agger im Siegfriede, für die insgesamt 326 250 Mark erbeten werden, ferner die vorgesehenen Hochwasserschutzbauten, die geeignet sind, eine erhebliche Verbesserung des Hochwasserschutzes in der Rheinprovinz herbeizuführen. Die für diese Zwecke

vorgesehenen 100 000 Mark, zu denen aus Staatsmitteln ein Betrag von 1 Million Mark tritt, ermöglichen es, den im Vorjahr begonnenen Ausbau des Deichsystems in wirksamer Weise fortzusetzen.

In Verbindung mit dem landwirtschaftlichen Etat verdient noch der Erwähnung der Bau einer Talsperre bei Dümmelinghausen, für die aus Provinzmitteln im außerordentlichen Haushaltsplan 400 000 Mark angefordert werden. Der volkswirtschaftliche Wert dieses Unternehmens liegt einmal darin, daß in dem Talsperrenkraftwerk 2,7 Millionen Kilowattstunden Strom jährlich erzeugt werden und dadurch mit einer industriellen Hebung des mit Klein- und Mittelindustrie besiedelten Aggertales gerechnet werden kann, ferner darin, daß das Unternehmen auf den Flußlauf der Agger, der bei jedem Hochwasser außerordentliche Schäden angerichtet hat, regulierend einwirkt und die Hochwassergefahr mindert.

Bei der letzten Etatsberatung hat der Redner des Zentrums die Aufmerksamkeit des Hauses auf die unhaltbaren Wasser- und Abflußverhältnisse an der Miers hingelenkt. Diese Frage ist bereits des öfteren von der Provinzialverwaltung erörtert worden. Die Staatsregierung hat sich der Notwendigkeit energischer Maßnahmen nicht verschlossen und einen entsprechenden Gesetzentwurf dem Landtag vorgelegt. Diesem Gesetzentwurf treten wir grundsätzlich bei, begrüßen auch die Ausweisung von 122 500 Mark für die dringendsten Arbeiten des Jahres 1927.

Seit langem werden alljährlich von Provinz und Staat Mittel zur Unterstützung von Wasserversorgungsanlagen bereitgestellt. Die Mittel kommen vorwiegend dem gebirgigen Teile der Provinz zugute, Eifel, Hunsrück und Westerwald. Sie werden dem Fonds zur Förderung der Landwirtschaft entnommen und betragen im Jahre 1926 = 350 000 Mark. Im Jahre 1927 werden voraussichtlich auch nicht höhere Mittel aufgewendet werden können. Diese Mittel haben sich als durchaus unzulänglich erwiesen. Zur Zeit liegen 191 Wasserleitungsprojekte vor mit einem Kostenaufwand von 9 600 000 Mark. Alle diese Projekte sind von den zuständigen Regierungspräsidenten als brauchbar und notwendig bezeichnet worden. Eine Unterstützung aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge kommt bei diesen Anlagen nicht in Frage, einmal weil es in den betreffenden ländlichen Gegenden an der nötigen Zahl von Erwerbslosen fehlt, und sodann, weil die Projekte wegen des geringen Umfanges nicht die vorgeschriebene Mindestgrenze der Erwerbslosentagewerke aufweisen. Hohe Bankdarlehen können nicht herangezogen werden, weil sonst der Wasserzins zu hoch wird. Aus hygienischen und landeskulturellen Gründen ist aber die Durchführung der Projekte eine unbedingte Notwendigkeit. Unter diesen Umständen ist es zu begrüßen, daß die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt auch ihrerseits größere Mittel zuzuschuß- und

darlehnsweise unter der Voraussetzung flüssig machen will, daß auch der Staat in gleicher Weise sich beteiligt. Es ist zu hoffen, daß der Staat diese Anregung aufnimmt. Das wäre schon aus dem Grunde empfehlenswert, weil es kaum ein wirksameres Mittel gibt, der ländlichen Bevölkerung die Staatsfürsorge zu zeigen, als die Mithilfe bei der Schaffung einwandfreier Wasserversorgungsanstalten. Auch die Landesbank hat sich bereit erklärt, Kreditanträgen für Wasserleitungen weitgehend entgegenzukommen. Als sehr segensreich hat sich für die ländlichen Gegenden die Einrichtung der Gruppenwasserwerke erwiesen. Ich erinnere an das im Bau befindliche Gruppenwasserwerk Lutzerath im Kreise Cochem, an das Werk Linzer Höhe im Kreise Neuwied und verschiedene Werke im Bezirk Trier. Bei diesen Gruppenwasserwerken schließen sich mehrere Gemeinden einem größeren Bezirk zur Durchführung der Wasserversorgung an. Sie haben den Vorteil, daß hierbei Ortschaften versorgt werden, die aus eigener Kraft niemals zu einer Wasserleitung kommen würden. Provinz und Staat müssen daher diesen Unternehmungen besondere Aufmerksamkeit widmen. In diesem Sinne verweise ich auf die vom Zentrum eingebrachte Resolution.

Nach dem Berichte des Provinzialausschusses hat die Landesbank zur Förderung des Wohnungsbaues bisher durch Vermittlung der Rheinischen Wohnungsfürsorge-Gesellschaft 20 186 000 Mark und unmittelbar weitere 6 700 000 Mark bereitgestellt. Diese Mittel haben wesentlich dazu beigetragen, die Erstellung von Wohnungen in der Rheinprovinz zu fördern. Wir sind indessen noch weit davon entfernt, das Wohnungsproblem in der Rheinprovinz als gelöst ansehen zu können. Die Zahl der fehlenden Wohnungen hat trotz weitgehender Bereitstellung öffentlicher Mittel in den letzten Jahren keine wesentliche Verminderung erfahren. Der Finanzierung des Wohnungsbaues wird daher auch weiterhin die ernsteste Beachtung geschenkt werden müssen. Wie bisher, wird es Aufgabe der Landesbank sein, Mittel für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Trotz der Anspannung der Finanzlage der Provinz haben die zur Förderung von Kunst und Wissenschaft bereitgestellten Mittel gegenüber dem Vorjahre erfreulicherweise keine Verminderung, vielmehr eine Erhöhung um rund 10 000 Mark erfahren. Bei aller Einschränkungsnötigkeit der Ausgaben dürfen wichtige kulturelle Belange, deren Pflege sich die rheinische Provinzialverwaltung immer hat angelegen sein lassen, nicht geschmälert werden. Von diesem Gesichtspunkte ist die Bereitstellung eines Zuschusses von 50 000 Mark zum Zwecke der Fortsetzung der Instandsetzungsarbeiten am Kölner Dom, unseres größten rheinischen Kulturdenkmals, wärmstens zu begrüßen. Das Gleiche gilt hinsichtlich der Bereitstellung von 1000 Mark für den Verschönerungsverein für das Siebengebirge.

Mit Bedauern haben wir davon Kenntnis genommen, daß die Staatsregierung beabsichtigt, an der Universität Münster technische Fakultäten einzurichten. Dadurch würde der weitere Ausbau der Technischen Hochschule in Aachen gehemmt und der Besuch dieser Schule wesentlich geschädigt werden. (Sehr richtig! rechts.) Wir müssen gegen jegliche Beeinträchtigung der Aachener Technischen Hochschule um so nachdrücklicher Einspruch erheben, als wir für die Belange der Stadt und des Bezirks Aachen im Hinblick auf ihre Lage als Grenzbezirk und ihre besonders schwierigen Wirtschaftsverhältnisse jede Förderung von der Staatsregierung erwarten müssen. (Bravo!)

Gegen die vom Provinzialausschuß vorgeschlagene Aufteilung der zur Verfügung des Provinziallandtags zum Zwecke der Förderung von Kunst und Wissenschaft bereitgestellten Mittel im Betrage von 200 000 Mark haben wir keine Bedenken. Die Beteiligung der Provinzialverwaltung an der Gründung des Beethoven-Archivs in Bonn mit einem Betrage von 15 000 Mark begrüßen wir wärmstens. Ludwig van Beethoven war einer unserer größten deutschen Söhne, ein Auserwählter. In diesen Tagen haben wir das hundertjährige Gedenken seines Todestages in würdiger Weise begangen. Heilige und selbstverständliche Pflicht ist es für uns Rheinländer, sein Andenken zu ehren.

Wenn ich im Anschluß an meine bisherigen Ausführungen zu einigen politischen Bemerkungen übergehe, so möchte ich in erster Linie Klage führen über die finanzielle und steuerpolitische Bevorzugung des Ostens vor dem Westen durch unsere Zentralinstanzen in Berlin.

Die neue Statistik über das Ergebnis der Einkommensteuerveranlagung für das Jahr 1925 gibt über den Umfang der finanziellen Leistungen in den einzelnen Provinzen ein interessantes Bild. Es erbrachten im Jahre 1925 an Einkommensteuer die Landesfinanzämter der Rheinprovinz (Köln und Düsseldorf) 137 Millionen Mark, die Landesfinanzämter der Provinz Ostpreußen (Königsberg) 15,5 Millionen Mark. Auf den Kopf des Steuerpflichtigen betrug die Einkommensteuer beim Landesfinanzamt Düsseldorf 470 Mark, Köln 357 Mark, Königsberg 247 Mark und Stettin 235 Mark. Bei den Einkommen- und Körperschaftsteuerüberweisungen hat sich genau das umgekehrte Verhältnis ergeben. Die Zahlen stehen mir leider nicht zur Verfügung; aber die Tatsache steht fest. Ebenso ist es bei der Verteilung der Hauszinssteuer.

Der Reichsstädtebund hat kürzlich eine Statistik über den Stand der Städte über 10 000 Einwohner an Hauszinssteuereinkommen für Neubaulzwecke aufgestellt. Darin sind 19 Städte aufgeführt, die erheblich weniger Hauszinssteuer aufgebracht haben als die Stadt Köln, aber mehr als das Doppelte des Hauszinssteuereinkommens erhalten haben. Die Pflicht der Staatsregierung soll nicht verkannt werden, einen gewissen

Ausgleich zwischen leistungsschwachen und leistungsstarken Provinzen herbeizuführen. Andererseits muß doch darauf hingewiesen werden, daß die Wirtschaftslage der Rheinprovinz durch die Befazung und die Ruhraktion Belastung und Schäden erfahren hat, die die übrigen Provinzen nicht betroffen haben, und denen unbedingt Rechnung getragen werden muß.

Eine abweichende Behandlung des Westens gegenüber dem Osten geschieht auch auf dem Gebiete der Unterstützung der höheren privaten Schulen. Auf dem Gebiete des höheren Schulwesens überläßt die Preussische Regierung den rheinischen Gemeinden die Lasten in einem erheblich höheren Maße als dem Osten. Ein Vergleich der Klassenzahlen in den staatlichen und kommunalen Anstalten in den einzelnen Provinzen ergibt, daß in Ostpreußen 66 Prozent der höheren Schulklassen vom Staate und 34 Prozent von den Gemeinden unterhalten werden. In der Rheinprovinz werden dagegen nur 24,8 Prozent vom Staate und 75,2 Prozent der Schulklassen von den Gemeinden unterhalten. (Abgeordneter Zielen: hört, hört!) Dieselbe Erscheinung zeigt sich auf dem Gebiete des privaten Schulwesens, bei dem die Zuschüsse des Staates an sich schon zu gering sind. Der Staat zahlt pro Kopf des Schülers der höheren Privatschulen 29 Mark pro Jahr, pro Kopf des Schülers eines staatlichen Lyzeums 280 Mark pro Jahr. Das gilt für 1925. Im Jahre 1926 beträgt der Staatszuschuß statt 29 sogar nur 20 Mark. Eine gleiche Zurücksetzung des Westens gegenüber dem Osten besteht auch bezüglich der für die Ausbildung der ländlichen und kleinstädtischen Jugend überaus segensreichen Rektoratschulen und Progymnasien, die von kleinen und mittleren Kommunen, zum Teil auch von Kreisen trotz größter Opfer gehalten werden.

Im Anschluß hieran zur Not der Grenzkreise einige Worte. Meine Damen und Herren! Die Abtrennung von Eupen und Malmedy, die Loslösung von Luxemburg aus dem deutschen Zollverband und die Unterstellung des Saargebiets unter die Verwaltung des Völkerbundes hat für die einzelnen Kreise große wirtschaftliche Schäden zur Folge gehabt. Die Schäden beziehen sich darauf, daß auf dem Gebiete des Verkehrs wesens wichtige Eisenbahnverbindungen — ich denke an die Kreise Monschau und Prüm — abgeschnitten, daß wichtige Straßenzüge verlorengegangen sind. Im Kreise Prüm existieren Gemeinden, die insolge der neuen Grenzziehung keine fahrbare Straße nach Deutschland haben. Ferner sind viele Straßen zu Durchgangstraßen für den Grenzverkehr geworden. Wertvolle wirtschaftliche Beziehungen sind zerrissen worden. Vor allem ist die wirtschaftliche Not in den Gebieten gestiegen, deren Einwohner als Arbeiter zum Saargebiet oder nach Luxemburg gehen und mit dem niedrigen Franken bezahlt werden. Wir richten an die Reichs- und Staatsinstanzen die dringende Bitte, sich der Notlage dieser Grenzkreise, insbesondere der Kreise

Monschau, Prüm und Trier und einzelner Teile der Kreise Schleiden und Wittburg anzunehmen. An die Provinzialverwaltung richten wir die Bitte, bei der Uebernahme der Gemeindefragen auf die Provinz und bei der Verteilung der Zuschüsse für Wegebau und Wegeunterhaltung diese Grenzkreise vorwiegend zu berücksichtigen.

Der Herr Oberpräsident hat in seiner Eröffnungsrede ausgesprochen, daß ihm die Entwicklung der neuen Landgemeindeordnung Sorge bereite. Meine Fraktion hat zu dieser Frage eine Entschliebung eingebracht, die sich darauf richtet, daß der Entwurf, der in der ersten Fassung aus dem Jahre 1911 herrührt und der den vorletzten Landtag in nicht weniger als 80 Kommissionssitzungen beschäftigt hat und vom jetzigen Landtag seit zwei Jahren erörtert wird, endlich zum Gesetz werden möge. Die Bedenken, die in der Entschliebung zum Ausdruck kommen, beziehen sich darauf, daß das System der vollständigen Uebertragung der Gemeindeaufgaben an die Gemeindevorsteher unter grundsätzlicher Ausschaltung der Bürgermeister sich für die westlichen Provinzen nicht eignet. Insbesondere würde die in dem Entwurf zugelassene fakultative Wahl der Bürgermeister zu Unzuträglichkeiten führen, abgesehen von sonstigen Minderungen, die für den Osten als praktisch zutreffen mögen, sich aber für den Westen nicht eignen. Eine Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung durch Schaffung leistungsfähiger Gemeindegebilde, wie es im Schlußsatz der Entschliebung zum Ausdruck gebracht ist, soll dabei begrüßt werden.

Ein kurzes Wort über die Ruhrprovinz. Der Herr Landeshauptmann von Westfalen hat in der Etats-sitzung vom 13. März auf den immer noch nicht zur Ruhe gekommenen Gedanken der Gründung einer aus dem jetzigen Gebiete des Ruhrfiedlungsverbandes zu bildenden Ruhrprovinz hingewiesen, und die ungeheuer verhängnisvolle Wirkung dargetan, die die Gründung eines derartigen Gebildes zur Folge haben würde. Auch für das Rheinland ist diese Frage von großer aktueller Bedeutung. Daher hat auch der Herr Landeshauptmann der Rheinprovinz gestern Veranlassung genommen, sich gegen eine Auseinanderreißung der Rheinprovinz auszusprechen. Ich darf hierauf verweisen, indessen nochmals entschieden betonen, daß die Leistungsfähigkeit und die besondere Bedeutung der Rheinprovinz gerade darin liegt, daß durch die glückliche Mischung von Industrie, Mittelstand und Landwirtschaft überaus wichtige ausgleichende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Faktoren geschaffen werden. Diese würden durch die Gründung eines auf der Großindustrie von Kohle und Eisen beruhenden neuen wirtschaftlichen Gebildes zum Schaden der betroffenen Gebiete künftighin ausscheiden.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß meiner Ausführungen, möchte diese aber nicht beenden, ohne namens der Zentrumsfraktion dem verdienten

und bewährten Leiter der Rheinischen Provinzialverwaltung, Herrn Landeshauptmann Dr. Horion, den herzlichsten Dank für die vorbildliche und unübertreffliche Führung der Verwaltung auszusprechen. (Lebhaftes Bravo! in der Mitte und rechts.) Diesen Dank darf ich ausdehnen auf den bewährten Stab seiner Mitarbeiter, auch auf alle übrigen Beamten und Angestellten. Herr Dr. Horion hat in seiner Etatsrede gelegentlich des 71. Provinziallandtags betont, daß ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Provinziallandtag, Provinzialausschuß und Provinzialverwaltung die Grundlage für eine erfolgreiche Tätigkeit bildet, und den Wunsch damit verknüpft, daß das im alten Provinziallandtag bestandene Vertrauensverhältnis sich uneingeschränkt erhalten möge. Daß dieser Wunsch in schönstem Maße in Erfüllung gegangen ist, gereicht allen Beteiligten zur größten Ehre.

Meine Damen und Herren! Die Etatsstagung des Provinziallandtags 1925 stand unter dem Zeichen der Jahrtausendfeier. Die vorjährige Etatsstagung stand unter dem Zeichen der Befreiung der ersten Zone. Leider ist seitdem eine Aenderung in den Besatzungsverhältnissen nicht erreicht worden. Der Herr Oberpräsident hat an der Spitze seiner Ausführungen bei der Eröffnung des gegenwärtigen Provinziallandtags hierauf hingewiesen und festgestellt, daß entgegen unseren berechtigten Ansprüchen und im Gegensatz zu den Erwägungen wirtschaftlicher und politischer Verunft noch eine Besatzung von 75 000 Mann auf deutschem Boden steht und daß wir uns von der Erfüllung unseres heißen Wunsches auf baldige Räumung des Rheinlandes und Rückgabe des Saargebietes in der letzten Zeit eher entfernt haben. Meine Damen und Herren! Eins dürfen wir heute immerhin mit Genugtuung feststellen, daß anscheinend die bittersten Jahre der Besatzung und der deutschen Außenpolitik hinter uns liegen. Mit tiefem Schmerz und mit warmem Mitgefühl für die noch besetzten Gebiete müssen wir aber feststellen, daß die an Locarno-Genf geknüpften Erwartungen und die feierlich gegebenen Versprechen sich nicht erfüllt haben. Wir können keine gerechten Rückwirkungen dieser Verhandlungen anerkennen zu einer Zeit, in der die Zahl der Besatzungstruppen noch 75 000 und die der beschlagnahmten Wohnungen noch 10 000 beträgt. Wir fordern nicht die Verminderung, wir müssen vielmehr die restlose Beseitigung aller Besatzungstruppen verlangen. Sie sind eine stete Gefahr einer aufrichtigen und gedeihlichen Verständigungspolitik und eine untragbare Last für ein Volk, das in der Liebe zum Frieden bis an die Grenze des Möglichen gegangen ist.

Ich habe vorhin bereits der großen Nothe der Bewohner des Saargebietes gedacht. Mit wärmsten Worten möchte ich an dieser Stelle nochmals dieses uns durch Geschichte, Kultur und gemeinsam ertragenes Leid aufs engste verbundenen Gebietes und seiner treudeutschen

Bevölkerung gedenken, von der wir hoffen, bald wieder in gemeinsamen politischen Grenzen verbunden zu sein, und deren Vertreter im Provinziallandtag wir hoffentlich recht bald wieder hier begrüßen können.

Wir werden nicht nachlassen, immer wieder die Reichs- und Staatsregierung wie auch die Volksvertretung im Reichs- und Landtag darauf hinzuweisen, daß die Folgen und Gefahren der neuen Grenzführung gegenüber Belgien, der Veränderung der Zollgrenzen gegenüber Luxemburg, des Herausbrechens des Saargebietes aus dem rheinischen Wirtschaftskörper und der neuen Grenzziehung gegen Elsaß-Lothringen für die Grenzbevölkerung so schwer sind, daß sie die nachdrücklichste Hilfe der Reichs- und Staatsregierung erfordern. Als westliche Grenzprovinz fühlen wir uns in engster vaterländischer Solidarität mit unseren Volksgenossen in Ostpreußen und Schlesien in gleicher Pflicht um die Sicherung und Festigung der Grenzlande verbunden. Weil wir uns dieser Pflicht als nationaler Aufgabe des Rheinlandes bewußt sind, erinnern wir auch immer wieder an das Wort, das auf der Jahrtausendfeier der Rheinlande vom preussischen Ministerpräsidenten gesprochen wurde, daß dem Rheinlande die volle kulturelle, politische und wirtschaftliche Entfaltung gesichert sein soll. In diesem Gedanken wollen wir unseren Brüdern und Schwestern im besetzten Gebiet aufs neue unüberbrückliche Schicksalsgemeinschaft geloben und wollen alles daransetzen, daß auch ihnen bald die Sonne der Freiheit leuchte. Erst dann können wir uns von Herzen der eigenen Freiheit freuen. (Lebhafter Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Kaiser.

Abgeordneter Dr. Kaiser: Meine Damen und Herren! Es ist eine sehr unerfreuliche Aufgabe, in diesem Jahre zu dem Haushalt der Provinz und der Gemeinden Stellung zu nehmen. Ich will nicht sagen, daß es im Gegensatz hierzu erfreulich ist, im Reich und in den Ländern sich mit den verschlungenen Pfaden und Fragen des Finanzausgleichs zu beschäftigen. Aber Reich und Länder sind doch immerhin die Herren, von deren Ueberresten wir uns in der Provinz und in den Gemeinden ernähren müssen. Und diese Ueberreste sind im Verhältnis zu unseren Bedürfnissen äußerst karg. Sie werden zudem, wie das schon verschiedentlich hervorgehoben worden ist, ungleichmäßig verteilt. Der Westen, der die schweren Lasten der Besatzung getragen hat und noch trägt, wird andauernd stark zurückgesetzt. Die Zahlen, die der Herr Landeshauptmann uns gestern mitgeteilt hat, wirken ja geradezu grotesk, und man könnte sie kaum glauben, wenn sie nicht von einem so zuverlässigen Berichterstatter, wie der Herr Landeshauptmann es ist, angeführt würden. Immer und immer wieder fallen die Entscheidungen trotz schwerer Besatzungslasten zuungunsten der Rheinprovinz und der Kommunalverbände des Westens aus. So ist denn auch der Rotschrei des Herrn Landeshauptmanns zu

verstehen und von uns verstanden worden, wenn er gegen Berlin eifert. So wollen wir auch die vielen Anträge der Zentrumsfraktion auffassen, die anscheinend diesmal Sonntagsruhe und achtstündigen Arbeitstag unbeachtet gelassen hat, um den Provinziallandtag mit einer Fülle von Anträgen zu überschütten, für die er vielfach gar nicht zuständig ist. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Ihr seid ja neidisch!) Neid fördert den Fortschritt. (Seiterkeit.) Wenn Wahlen in Aussicht ständen, wäre man fast versucht, anzunehmen, daß diese Wahlen die Triebfeder für diese Anträge wären. Befremden muß es vor allem, daß diese Anträge an Preußen und das Reich gerade von der Zentrumsfraktion ausgehen, die seit der Umwälzung als einzige Partei ununterbrochen an der Reichsregierung und der Preussischen Regierung aktiv beteiligt war und da doch hinreichend Gelegenheit gehabt hätte, ihre Vorschläge, ihre Anregungen und ihre Kritik an den zuständigen Stellen maßgeblich zum Ausdruck zu bringen. (Zuruf links: Ihr seid ja jetzt mit an der Futtertrippel!) Der Rheinische Provinziallandtag scheint uns trotz aller Hochachtung vor seinem Können und seinem Einfluß hier falsch gespannt zu sein. Der rheinischen Bevölkerung scheint man von Seiten der Zentrumsfraktion den Kaviar bieten zu wollen, den man ihr in Preußen und im Reich bis jetzt nicht hat geben können. So möchten wir auch in die Klagen gegen Berlin nicht in der Verallgemeinerung einstimmen, wie sie gestern der Herr Landeshauptmann und vor einiger Zeit der Leiter einer mir nahestehenden großen Gemeinde gemacht hat. (Seiterkeit.) Gewiß wird in Berlin zu viel regiert, weit mehr, als jemals in monarchistischer Zeit. (Sehr richtig! rechts.) Gewiß hat sich die Demokratie vielfach als grimmiger Feind der Selbstverwaltung erwiesen. Diese vielfach berechtigten Klagen kennen wir seit langem. Aber eine Krankheit soll man zwar an ihren Symptomen erkennen, aber man soll sie nicht an ihren Symptomen äußerlich zu heilen versuchen. Um sie heilen zu können, muß man des Uebels Grund erfassen und ihn dann zu beseitigen versuchen. Zu dieser Erkenntnis und Beseitigung müßten doch diejenigen am berufensten sein, die seit vielen Jahren, besonders in Preußen, die Regierungsgeschäfte führen.

In diesem Zusammenhang auch noch ein Wort an den Herrn Landeshauptmann. Er hat mit Recht die Ruhrprovinz als ein für uns ganz unannehmbares Gebilde verworfen und als Grund für diese Bestrebungen den Egoismus angeführt, daß diese Ruhrprovinz nicht für die ärmeren Teile unserer Provinz mit sorgen wolle. Er hat dann weiter ausgeführt, „wenn einmal der Egoismus maßgebend für die

Ziehung der Verwaltungsgrenzen sein soll und alle historischen Grundlagen nichts mehr bedeuten sollen, so mögen sich doch die Befürworter der Ruhrprovinz sagen lassen, daß sie dann wohl wissen, wo sie mit der Aenderung der Grenzen anfangen, daß sie aber nicht wissen, wo die Sache aufhört und ob es bei der Aenderung der Provinzgrenzen bleibt“. Diese Wendung kann mißverstanden werden und sie ist mißverstanden worden. Wir haben sie als Warnung gegen die Neuauflage alter, überlebter Pläne aufgefaßt (Zuruf des Landeshauptmanns Dr. Horion: Lesen Sie auch den Schlusssatz!), und eine Befragung des Herrn Landeshauptmanns hat uns die Richtigkeit dieser Auffassung bestätigt. Wir sind aber der Meinung, daß man von diesen Plänen auch in Form der Warnung nie mehr reden soll. (Hört, hört! links.) Diese Pläne müssen für alle Rheinländer und für jeden Deutschen für die Folge völlig unerörterbar sein. Jedenfalls sind sie es für die Arbeitsgemeinschaft und, wie ich hoffe, auch für die übrigen Fraktionen dieses Hauses. Wir betrachten gerade durch Preußen das Rheinland als untrennbar mit dem Deutschen Reich verbunden. Nur in engster Verbindung mit Preußen ist das Rheinland in stande, dem deutschen Volke die Grenzwehr zu stellen, die ihm ein harter Siegewille auferlegt hat. (Sehr richtig! rechts.) Wir hatten nicht vor, diese Ausführungen zu machen; aber die gestern teilweise mißverständlichen Äußerungen des Herrn Landeshauptmanns, bei der berechtigten Ablehnung der Ruhrprovinz ließen uns doch eine unabweisende Wiederholung unserer Auffassung als angebracht erscheinen, um so mehr, als sehr große Teile unserer Provinz noch immer von fremder Besatzung besetzt sind. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Durch Eure Schuld!) Aber auch wenn das ganze Rheinland, wenn Hessen und die Pfalz wieder frei sind, was hoffentlich recht bald der Fall ist, soll man niemals mehr von solchen Plänen reden. Das Rheinland und, wie ich annehme, auch die Nachbarprovinz Westfalen, wird sich auch ohnedem der Ruhrprovinz zu erwehren wissen.

Ich komme zu den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns über die Landwirtschaft. Wir sind gewiß mit ihm der Meinung, daß Hilfe für die Landwirtschaft nicht Hilfe für einen einzelnen Stand, sondern Hilfe für das ganze Land ist. Aber seine Ausführungen über die Landwirtschaft scheinen uns doch mit dem Vorredner etwas arg optimistisch. Daß sie in einem langsamen Aufstieg sei, mag für den einen oder anderen Teil und nach mancher Richtung zutreffen. Aber die große Masse der Landwirtschaft und gerade der kleinen und kleinsten Bauern ringt doch hier im Westen andauernd um

seine Existenz und um sein tägliches Brot, umklammert von großer Verschuldung. (Sehr richtig! rechts.)

Nun zu einigen Einzelheiten. Dem Antrage in Drucksache 6, betreffend Beteiligung der Provinzialverwaltung an einer gemeinnützigen Baugesellschaft zur Erstellung von Wohnungen für Beamte und Angestellte der Verwaltung, stimmen wir bei den anormalen Verhältnissen, wie sie leider noch immer auf dem Wohnungsmarkt herrschen, zu. Aber wir wollen keine Luxusbauten erstellen, wie sie teilweise unter Mitwirkung anderer öffentlichen Stellen erstellt worden sind. Wir haben uns auch vor Jahren mit der Beschaffung von Baustoffen durch diese Gesellschaft beschäftigt. Dieser nicht tragbare Zustand ist abgeschafft worden. Wir wollen aber auch keinen Zweifel darüber lassen, daß wir allmählich den ganzen Bau- markt der privaten Wirtschaft und den privaten Architekten, die, da allenthalben nur öffentlich gebaut wird, in stärkster Weise notleidend sind, wieder zuführen wollen. Nur so werden wir zur endgültigen Beseitigung der Wohnungsnot kommen.

Auch dem damit zusammenhängenden Antrage in der Drucksache 7, betreffend Übernahme der Bürgerschaft für die Beteiligung der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt an der Rheinischen Wohnungsfürsorgegesellschaft, stimmen wir zu. Wir haben aber festgestellt, daß die Kreditnehmer gezwungen werden, sich schriftlich zu verpflichten, die Gebäude bei der Rheinischen Feuerversicherungsanstalt zu versichern. Die gleiche Verpflichtung legt man, wenn wir richtig unterrichtet sind, den Kreditnehmern der Landesbank in Industrie und Landwirtschaft auf. Eine derartige Verknüpfung der Hergabe öffentlicher Gelder mit dem Zwange der Versicherung bei der provinziellen Feuerversicherungsanstalt halten wir nicht für zweckmäßig. Wir wünschen und wollen kein Monopol für die Provinzversicherung. Wir verlangen auch hier die freie Wirtschaft. (Bravo rechts, Ruf des Abgeordneten Hoffmann: Ihr habt ja gar keine freie Wirtschaft mehr!)

Den Anträgen in den Drucksachen 8 bis 13, die ich nicht im einzelnen aufzählen will, stimmen wir ebenfalls zu.

Dem Antrage in Drucksache 12, betreffend Gewährung von Beihilfen an die Studenten- Wohlfahrts-Einrichtungen der Universitäten Bonn und Köln und der Technischen Hochschule Aachen, möchten wir aber hinzufügen, daß wir das Beginnen, die unter der Befahrung und anderen Umständen schwer leidende Technische Hochschule in Aachen durch Neueinrichtung einer gleichen Hochschule in Münster noch mehr zu belasten, nicht verstehen. (Sehr richtig! rechts.)

Dem Antrage der sozialdemokratischen Fraktion in Drucksache 14 auf Abänderung des § 2 der Satzungen der Ruhegehaltskasse der Kreis-Kommunalverbände und Stadtgemeinden der Rheinprovinz können wir nicht zustimmen. Wir schließen uns vielmehr hier dem Antrage des Provinzialausschusses und seiner Begründung, wie sie in der Drucksache niedergelegt ist, an, ebenso dem Antrage in Nr. 15, betreffend Abänderung der Satzungen der Ruhegehaltskassen der Landbürgermeistereien und Landgemeinden der Rheinprovinz.

Wir stimmen auch dem Antrage in Drucksache 16 auf Bereitstellung von 250 000 Mark zum Ausbau der rheinischen Jugendherbergen zu. Wir kennen und billigen hier das System des Landesjugendamtes, zusammenhängende Wanderstrecken zu schaffen. Mit der Eifel hat man begonnen, wir wünschen und hoffen, daß nunmehr ein guter Teil dieser 250 000 Mark der Erschließung anderer Gegenden, insbesondere auch des waldreichen Hunsrück, zugute kommen wird, wie dies früher auch von der Verwaltung zugesagt worden ist.

Bei dem Antrage in Drucksache 18 auf Erwerb der Mettemühle haben wir noch Bedenken, die beseitigt werden müssen, wenn wir zustimmen sollen. Vielleicht läßt sich aber eine zweckmäßige Verwendung der hierfür ausgeworfenen Beträge herbeiführen. Sie haben hierzu ja einen entsprechenden Antrag der Arbeitsgemeinschaft bekommen.

Zu Drucksache 19, der wir an sich zustimmen — es handelt sich um den Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Fürsorge für arbeits- und mittellose jugendliche Arbeiter und Wanderer — ist bei meinen Freunden an der Tätigkeit des Landesjugendamtes in der Richtung Kritik geübt worden, daß es sich allzusehr mit der Verteilung der bewilligten Gelder und weniger mit allgemeinen Maßnahmen und Richtlinien zur Erziehung der Jugendlichen befaßt. Diese Kritik wird bei der Beratung des Haushaltsplans des Jugendamtes im Sachausschuß zu erörtern sein.

Zu Drucksache 22 möchten wir darauf aufmerksam machen, daß auf der Straße Mettmann—Elsfeld drei äußerst gefährliche Kurven sind, die fortwährend Unglücksfälle nach den Berichten meiner Freunde, die an Ort und Stelle sind, verursachen. Nach der uns gegebenen Darstellung sind diese Gefahren mit ganz geringen Kosten zu beseitigen. Wir bitten namens der Arbeitsgemeinschaft hierum.

Außerordentlich bedauern wir den Stand der Frage der Autostraße Köln—Düsseldorf, die anscheinend in den vielen Ministerien klanglos verschwinden soll. Wir verstehen nicht die Verständnislosigkeit, mit der man anscheinend in Berlin dieser im Herzen des Rheinlandes zu bauenden Straße, die zudem geeignet ist, einen großen Teil der Arbeits-

losigkeit zu beseitigen, gegenübersteht. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Ihr Reichsverkehrsminister!)

Lebhaft begrüßen meine Freunde die Anträge über die Niers-Regulierung. Viele Morgen fruchtbaren Ackerlandes sind hier zu erschließen. Endlich will man hier anfangen, System und Ordnung in langjährige unerträgliche Zustände zu bringen. Wir werden hier gerne und freudig mithelfen; möchten aber doch darauf hinweisen, daß auch in der Eifel und im Hunsrück und vielleicht auch noch anderswo in der Erschließung südlich gelegener Höhenhänge noch viel zu tun ist.

Zu dem Haushaltsplan selbst ist kaum etwas zu sagen, was nicht in dem Bericht der Verwaltung gesagt ist. Die Ausgaben, die dort aufgeführt sind, sind zwangsläufig nötig zur Erfüllung der der Provinz zugewiesenen Aufgaben. Man merkt, daß der Haushalt allenthalben stark beschnitten ist. Wir bedauern das. Wir können es angesichts der Finanzlage aber nicht ändern, da wir eine Erhöhung der Provinzialumlage angesichts der Finanzlage derjenigen Kreise, die sie aufbringen müssen, für unmöglich halten. Bedauerlich ist auch die Nichtberücksichtigung des vorhandenen Defizits. Aber die Provinz muß leider hier dem Beispiel vieler Gemeinden folgen. Aufgabe eines gesunden Finanzausgleichs wird es sein, dieses Manko in den späteren Haushaltsplänen auszugleichen.

Zu der Steuerfrage werden wir erst Stellung nehmen können, wenn das endgültige Ergebnis der Ausschußberatungen vorliegt.

Eine Reihe von Anträgen und Eingaben zielt auf eine Besserstellung einer Anzahl von Beamtengruppen. Die außerordentliche Anspannung unseres Haushaltes, in dem man schon bei Beginn des Haushaltsjahres viele drohende Lächer erblickt, ist der Beratung dieser Anträge äußerst ungünstig. Keinesfalls aber ist — das ist die Meinung meiner Freunde — der Provinziallandtag zu einer solchen Prüfung imstande. Hierzu ist vielmehr nur der Provinzialausschuß in Verbindung mit der Verwaltung geeignet. Unsere Mitglieder werden diese Anträge wohlwollend, aber immer auch unter Berücksichtigung unserer Finanzlage, prüfen. Allen Beamten der Provinz, insbesondere aber ihrem verdienstvollen Leiter, dem Herrn Landeshauptmann, der nun mehr als 25 Jahre an und in der Provinz gewirkt hat, sprechen wir unser Vertrauen und unsern herzlichsten Dank aus. (Lebhafte Bravo!) Das kommende Jahr wird für die Rheinprovinz schwer werden. Ohne eine arbeitsfreundliche Beamtenschaft wird es kaum ohne Schaden für die Provinz zu überwinden sein. Hoffen wir zuversichtlich, daß der Provinz dann endlich zukommt, worauf sie schon längst Anspruch hat: Ein freier Grund für ein freies Volk! (Lauter Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender Oberle:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hölken.

Abgeordneter Hölken: Meine Damen und Herren! Der Herr Oberpräsident hat gestern seine Rede mit dem Hinweis darauf eingeleitet, daß entgegen den berechtigten Ansprüchen und entgegen den Erwägungen wirtschaftlicher und politischer Vernunft immer noch fremde Besatzung auf deutschem Boden steht, und daß wir uns von der Erfüllung des Wunsches auf baldige Räumung des Rheinlandes und auf Rückgabe des Saargebietes in den letzten Monaten mehr entfernt haben, als daß wir ihr näherkamen. Der Herr Oberpräsident sprach von dem Fehlschlagen der im vergangenen Jahr emporgeblühten Hoffnungen. Es ist schon richtig, daß die Verhandlungen in Genf, auf die besonders die Rechte so große Hoffnungen gesetzt hatte, keineswegs befriedigt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten!)

Aus den Berichten der bürgerlichen Saardelegierten geht auch zweifelstfrei die große Unzufriedenheit der Saarbevölkerung hervor. (Sehr richtig! links.) Die Saarbrücker Zeitung, das Organ der Deutsch-Saarländischen Volkspartei, spricht von einem „Umsfall Strefemanns“, „von der schwersten deutschen Niederlage“. (Abgeordneter Haas: Hört, hört!) In einer Versammlung der Deutsch-Saarländischen Volkspartei wird dann aber demselben Strefemann für seinen Umsfall und für die schwerste deutsche Niederlage der herzlichste Dank ausgesprochen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten. Zuruf des Abgeordneten Oberdörfer: Und die SPD. hält ihm weiter die Stange!) Die zentriemliche Saarbrücker Landeszeitung will den Kopf nicht hängen lassen trotz der diesmaligen Enttäuschung, und die Genfer Zentrumsdelegierten wollen das, was sie zu Genf zu sagen haben, der Reichsregierung gegenüber dort zum Ausdruck bringen, wo es angebracht sei.

Meine Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten sind auch nicht mit dem Ergebnis von Genf zufrieden, vielleicht am allerwenigsten. Für uns stand aber fest, daß das Zustandekommen einer Rechtsregierung in Deutschland keineswegs geeignet ist, eine verständige Lösung aller Fragen, nicht nur der Saarfrage, herbeizuführen. Weder die Saarfrage noch die Frage der Rheinlandräumung kann von den jetzigen Regierungen in Deutschland und in Frankreich gelöst werden. Das ist erst möglich, wenn in Deutschland und Frankreich das Steuer nach links herumgeworfen wird (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), wenn frei von allen nationalistischen Hemmungen hüten und drüben sich ein ehrlicher Verständigungswille geltend macht. (Beifall links. Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: der auch geglaubt wird, Ihnen (zur Rechten) glaubt man ja nicht!)

Meine Damen und Herren! Lebhaft bewegt uns natürlich auch die Frage des Schicksals der Bevölke-

rung von Malmedy, Eupen und Sankt Vith. Die Forderung dieser Bevölkerung, Gleichberechtigung zu erlangen und selbst zu entscheiden, zu welchem Staatswesen sie gehören wollen, begreifen wir als Sozialdemokraten wohl am allerbesten. Wir hoffen, daß der Bevölkerung von Malmedy, Eupen und Sankt Vith doch das Recht der Selbstbestimmung zuteil wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Zum Haushaltsplan der Provinz, meine Damen und Herren, möchte ich keine Zahlen wiederholen, die wir aus der Rede des Herrn Landeshauptmanns und aus den Vorlagen, die uns zugegangen sind, kennen. Der diesjährige Haushaltsplan zeigt das Gesicht der meisten großstädtischen Haushaltspläne. Kein ernsthafter Versuch, die Fehlbeträge zu decken. Aus 1925 wird ein Fehlbetrag von rund 4,3 Millionen nachgewiesen, dessen Deckung späterer Beschlußfassung vorbehalten bleiben soll. Den Zuschuß von 1,8 Millionen, den der Haushaltsplan 1927 erfordert, will man aus einer aufzunehmenden Anleihe decken. Beide Vorschläge der Provinzialverwaltung sind geboren aus dem Bestreben, die Gemeinden und Kreise nicht zu einer höheren Provinzialumlage heranzuziehen. Man hofft, daß der Finanzausgleich bessere Zeiten bringt, sieht aber nicht, daß die steigenden Lasten des Friedensvertrages es gar nicht zulassen, daß Reich, Länder und Gemeinden Luft bekommen. Wir sehen das erschütternde Schauspiel, daß bei dem Finanzausgleich, nur um die jetzige Regierung nicht in die Brüche gehen zu lassen, man Bayern beispielsweise mehr an Steuerüberweisungen zugewiesen hat, als ihm zusteht, auf Kosten der übrigen Länder und Gemeinden. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Das ist Rechtspolitik!)

Meine Damen und Herren! Ueberall macht sich ein verhängnisvoller Einfluß der Wirtschaft geltend. (Abgeordneter Gerlach: Sehr richtig!) Die Wirtschaft verlangt eine schematische Herabdrückung der öffentlichen Ausgaben, ohne daß eine planmäßige und allgemeine Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vorausgegangen ist. Das würde natürlich die Gefährdung der deutschen Sozialpolitik und eine Gefährdung der durch den Krieg und die Nachkriegszeit erforderlichen sozialen Fürsorge bedeuten.

Die Wirtschaft erstrebt weiter auf dem Wege über den Finanzausgleich eine Ermäßigung der auf dem Besitz und dem Unternehmereinkommen aus Industrie, Landwirtschaft und Handel ruhenden Steuerlasten und will dafür eine Steigerung der Steuerlasten des Arbeitseinkommens und des Verbrauches.

Ueberall macht sich dieser unheilvolle Einfluß der Wirtschaft und ihrer Organisationen geltend. In den Gemeinden ist das Anhörungsrecht der Handels- und Handwerkskammer zu einem Mitbestimmungsrecht

geworden. (Abgeordneter Hoffmann: Leider!) Das Vorrecht, das hier einer einzelnen Interessengruppe eingeräumt ist, ist unvereinbar mit den Grundsätzen der Selbstverwaltung und der Demokratie (Sehr richtig! links) und muß den Widerspruch eines jeden verantwortlichen Leiters einer Kommune und eines jeden Kommunalvertreters herausfordern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Damen und Herren! Zu einer ausreichenden Befriedigung des Finanzbedarfs, auch der Provinz, kommen wir erst, wenn neben anderem der Besitz stärker zur Steuerlast herangezogen wird (Sehr richtig! links), wenn die ungerechte Bevorzugung einzelner Gruppen der Besitzenden, z. B. die Steuerfreiheit der Spekulationsgewinne und des Großgrundbesitzes, beseitigt ist. Natürlich ist auch eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage mit dem Ziel einer Verminderung der Lasten des Friedensvertrages notwendig, und nicht zuletzt eine Verfassungs- und Verwaltungsreform, die zu einer organischen Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung führt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wenn der Herr Landeshauptmann in seiner Rede von einer Ueberorganisation der Behörden sprach und darauf hinwies, daß sich eine immer stärker werdende Konzentration in Berlin, sei es im Reich, sei es in Preußen, geltend mache, so ist das zu unterstreichen. Aber die Bemerkung des Herrn Landeshauptmanns, daß diese Bestrebungen auch von Parteien gestützt würden, die sich demokratisch nennen, ist doch dahin zu ergänzen, daß sich seine ganze Polemik gegen die Regierungsparteien, denen auch das Zentrum angehört, richtet (Sehr gut! links), und das Zentrum besitzt sowohl im Reich als auch in Preußen einen überragenden Einfluß. Da muß ich schon dem Herrn Kollegen Dr. Kaiser recht geben, wenn er zum Ausdruck bringt, daß doch gerade das Zentrum bei diesen Dingen einen hervorragenden Einfluß besitzt, soll doch heute kein Stein vom Dach fallen, wenn es das Zentrum nicht will. (Heiterkeit.) Die Polemik des Herrn Landeshauptmanns ist also an die falsche Adresse gerichtet; er müßte sich damit an seine eigenen Freunde wenden.

Meine Damen und Herren! Dieses ganze Durcheinander kann unserer Auffassung nach nur durch eine grundlegende Reform beseitigt werden. Wir stehen hier im Gegensatz zu dem Herrn Oberpräsidenten, der der Meinung ist, daß für die Inangriffnahme einer großzügigen Verwaltungsreform die Zeit noch nicht gekommen sei. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß heute Reich, Länder und Gemeinden organisatorisch so eng miteinander verknüpft sind, daß endlich einmal ein gangbarer Weg gefunden werden muß, um zu einer Regelung zu kommen, die den Staat und die Selbstverwaltungskörper be-

friedigt. (Sehr richtig! links.) Das Ziel muß der Einheitsstaat sein, unter Beseitigung aller überflüssigen Instanzen. (Zustimmung links. Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Und nicht Krähwinkel Landsturm!)

Meine Damen und Herren! Ich möchte hier auf eine Bemerkung des Herrn Dr. Wessel vom Zentrum hinweisen, der den Antrag des Zentrums befürwortete, der sich mit der Verabschiedung der Landgemeindeordnung befaßt. Ich möchte doch sagen: Wenn wir bis heute mit der Städte- und Landgemeindeordnung noch nicht weitergekommen sind, so ist das nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß gerade ein hervorragender Führer des Zentrums, der Herr Abgeordnete Herold, im Preussischen Landtage die größten Schwierigkeiten gemacht hat (Sehr gut! links), weil er an dem Althergebrachten hing und sich eben eine Landgemeinde- und Städteordnung, die den neuzeitlichen Anforderungen entspricht, nicht denken kann. Also auch hier richtet sich eigentlich der Antrag des Zentrums (Zuruf des Abg. Hoffmann: gegen das Zentrum!) gegen das Zentrum selbst.

Meine Damen und Herren! Der Auffassung des Herrn Landeshauptmanns, daß wir auf Jahre hinaus der Erwerbslosigkeit im Rheinlande hilflos gegenüberstehen, ist beizutreten. Die Arbeitslosenziffer bleibt, abgesehen von kleinen Schwankungen, stabil. Diese kleinen Schwankungen ändern nichts an der Tatsache, daß der Arbeitsmarkt in der Rheinprovinz nach wie vor ungünstig ist. Die Massen der Erwerbslosen ballen sich in den Großstädten des Rheinlandes zusammen. 41,3 Prozent der rheinischen Bevölkerung wohnt in den Großstädten; aber 56,1 Prozent der Erwerbslosen und 65,8 Prozent der Krisenunterstützten wohnen in den Großstädten. Die Not dieser Erwerbslosen ist groß, ungeheuer groß, wenn sie Monate und Jahre lang von der immerhin doch kargen Unterstützung leben müssen. Irgendwelche Ersparnisse zu machen, ist ihnen, selbst wenn sie eine Zeitlang wieder Arbeit gefunden haben, einfach unmöglich. Kleidung und Wäsche sind heruntergerissen; es besteht keine Möglichkeit, Neues anzuschaffen. Ich behaupte nicht zuviel, meine Damen und Herren, wenn ich sage, daß Tausende von Menschen heute einfach dahinvegetieren.

Der Ruf nach Arbeitsgelegenheit, der von den Erwerbslosen erhoben wird, ist durchaus zu verstehen. Aber wer soll ihnen Arbeit geben?, wer soll ihnen Arbeit verschaffen oder es ihnen ermöglichen, den Lebensunterhalt zu verdienen? Die Privatwirtschaft hat kein Interesse daran. Die ganzen Rationalisierungsbestrebungen zeigen uns ja, daß es zu immer größeren Arbeiterentlassungen kommt, anstatt, daß man die Arbeitszeit verkürzt, um den großen Massen, die draußen arbeitslos sind, Beschäftigung zu geben. Um so mehr, meine Damen und Herren, ist es meiner Auffassung nach Aufgabe der öffentlichen Körper-

schaften, Aufgabe von Reich, Staat und Gemeinden, umfangreiche Arbeiten bereitzustellen.

Das Arbeitsbeschaffungs-Programm der Reichsregierung hat sich für die Rheinprovinz und besonders für die Großstädte nicht im mindesten ausgewirkt. Wenn der Herr Landeshauptmann anführt, daß dem Bau der Autostraße Köln-Düsseldorf, die wir doch beschlossen haben, um wenigstens einem Teil der Erwerbslosen Beschäftigung zu bieten, in Berlin Schwierigkeiten entgegengesetzt werden, so teilt hier die Provinz das Schicksal mancher Städte, die gleichfalls in ihrem Bestreben, Arbeitsgelegenheit zu schaffen und dafür erhebliche Mittel bereitzustellen, in Berlin gehemmt werden, wenn sie Anspruch auf Unterstützung aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge erheben. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Meine Damen und Herren! Wir erwarten aber trotz dieser Schwierigkeiten von der Provinzialverwaltung, daß sie ihre Bemühungen, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, nicht aufgibt. So wünschen wir dringend, daß auch in diesem Jahre weitere Anleihemittel für den Straßenbau bereitgestellt werden. Hier handelt es sich um sehr produktive Ausgaben, einmal durch Verbesserung unserer Straßen, zum andern aber auch dadurch, daß wir in der Steinindustrie und beim Straßenbau Arbeitsmöglichkeiten schaffen.

Meine Damen und Herren! Nur durch eine großzügige Arbeitsbeschaffung kann das Elend der Erwerbslosen wenigstens in etwa eingedämmt werden. (Zustimmung.) Allerdings darf es nicht so gehen, wie beim Nürnbergring. Bei den Verhandlungen über die Änderungen der Erwerbslosenfürsorge in Berlin ist umfangreiches Material über mißbräuchliche Inanspruchnahme der Erwerbslosenfürsorge durch die Kommunen beigebracht worden. Dabei ist auch der Nürnbergring wiederholt erwähnt worden. Es sollen beim Nürnbergring künstlich Erwerbslose geschaffen worden sein durch die Vereinnahmung von Leuten in die Erwerbslosenfürsorge, die früher einer Versicherungspflicht gar nicht unterlagen. Es ist möglich, daß die gesetzlichen Bestimmungen beachtet worden sind, daß die Leute eine dreimonatige versicherungspflichtige Tätigkeit nachgewiesen haben und dann in die Erwerbslosenfürsorge aufgenommen wurden. Aber wer einigermaßen mit den Dingen vertraut ist, kennt auch die Praktiken, die da häufig angewandt werden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte weiter zum Nürnbergring sagen, daß die umfangreichen Notstandsarbeiten am Nürnbergring den übrigen Teil des Regierungsbezirks Koblenz außerordentlich benachteiligt haben sollen, denn es soll fast das ganze für den Regierungsbezirk Koblenz zur Verfügung gestellte Kontingent durch die Arbeiten am Nürnbergring aufgezehrt worden sein. Unter der erwerbslosen Arbeiterschaft in dem preussischen Regierungsbezirk Koblenz herrscht darüber eine große und begreifliche Erregung.

Die Provinzialverwaltung muß auch ernstlich prüfen, ob Projekte, die von ihr gefördert werden sollen, mit den Summen, mit denen sie anfangs geplant waren, auch durchführbar sind, ob diese Projekte auch rentabel sind. Es geht einfach nicht an, daß große Dinge in die Welt gesetzt werden, für die die erstmalig ausgeworfenen Summen nicht ausreichen und für die dann immer weitere neue Nachforderungen gestellt werden müssen.

Meine Damen und Herren! Ein besonderes Kapitel ist die Entlohnung der Notstandsarbeiter. In den meisten Fällen wird nur ein Prozentsatz von irgendeinem Tariflohn, meistens des Tiefbauarbeiterlohnes, gezahlt. Die nach den Bestimmungen zu fordernde Mindestleistung ist vielfach zu hoch angesetzt, so daß es den Notstandsarbeitern unmöglich ist, durch Erarbeitung der Leistungsprämie auf den Tariflohn zu kommen. Die Unternehmer unterbieten vielfach einander und, wenn sie dann infolge falscher Kalkulation nicht auf ihre Rechnung kommen, sind die Notstandsarbeiter die Leidtragenden. Wir müssen fordern, daß den Notstandsarbeitern nur solche Leistungen zugemutet werden, die sie auch erfüllen können, und daß ihnen die tarifmäßigen Löhne gezahlt werden, damit sie sich und ihre Familie wenigstens einigermaßen wieder aus dem Elend, das die lange Arbeitslosigkeit brachte, herausreißen können.

Meine Damen und Herren! Der Haushaltsplan für landwirtschaftliche Angelegenheiten gibt uns Veranlassung, Vergleiche mit dem Haushaltsplan für gewerbliche Zwecke zu ziehen. Der Haushaltsplan für landwirtschaftliche Angelegenheiten erfordert einen Zuschuß von 1 386 000 Mark gegenüber 974 908 Mark im Jahre 1925. Für gewerbliche Zwecke ist dagegen nur ein Zuschuß von 314 000 Mark gegen 264 000 Mark im Jahre 1925 eingesetzt. Die ganz erhebliche Benachteiligung des Gewerbes gegenüber der Landwirtschaft ist offenkundig. Wenn schon bestimmte Berufe durch Provinzzuschüsse gefördert werden sollen, so darf eine einzelne Berufsgruppe nicht solch überragenden Vorteil genießen, wie es hier der Fall ist. (Sehr richtig! links.) Die Einrichtungen, denen der Zuschuß für gewerbliche Zwecke zugute kommt, sind mindestens ebenso wichtig für die Volkswirtschaft wie auch die Landwirtschaft. (Sehr wahr! links.)

Besondere Kritik aber fordert der Haushaltsplan für landwirtschaftliche Angelegenheiten heraus. Meine Damen und Herren! Daß wir der Landwirtschaft nicht feindlich gegenüberstehen, brauche ich nicht besonders zu betonen. Wir erkennen die Notwendigkeit an, daß viel mehr als in der Vorkriegszeit die landwirtschaftliche Produktion gehoben werden muß. Wenn es sich darum handelte, Mittel für Zwecke der Förderung der Landwirtschaft und der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion bereitzustellen, haben wir als die Partei, die sich in der Hauptsache auf die Masse der Konsumenten stützt, nicht ver-

sagt, weil wir wissen, daß alles, was in der Landwirtschaft geschieht, auch im Interesse der ganzen Volkswirtschaft liegt. An den zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion geforderten Mitteln üben wir keine Kritik. Im Haushaltsplan für landwirtschaftliche Angelegenheiten sind aber erhebliche Zuschüsse für die rheinische Landwirtschaftskammer vorgezogen. Die Führer der Landwirtschaft gehören, genau so wie die der Wirtschaft, zu denjenigen, die über die hohen Verwaltungskosten der Selbstverwaltungskörper, namentlich der Gemeinden, insbesondere über die hohen Gehälter der Kommunalbeamten schimpfen. (Sehr gut! links.) Aber, meine Damen und Herren, wie sieht es denn mit den Verwaltungskosten der rheinischen Landwirtschaftskammer aus? (Hört, hört! links.)

Im Preussischen Landtag hat am 19. Januar 1927 der Zentrumsabgeordnete Schmelzer gelegentlich einer kleinen Anfrage des Zentrums, nachdem er die hohen Verwaltungskosten der Landwirtschaftskammern allgemein kritisiert hatte, folgendes festgestellt:

„Die eigenen Leistung hat die Rheinprovinz. Im Jahre 1913 = 206 298 Mark Verwaltungskosten, im Jahre 1925 = 642 261 Mark, eine Steigerung von 300 Prozent. Aber von den eigenen Einnahmen von 1 031 035 Mark verzehrte sie 64 Prozent als Verwaltungskosten. Aus dem Etat 1927 der Landwirtschaftskammer ist zu ersehen, daß sie an Zuschüssen erhält: vom Staat 1 268 744 Mark, von der Provinz 510 100 Mark, von den Kreisen 174 100 Mark, andere Zuschüsse 60 900 Mark, zusammen 2 013 844 Mark Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln. (Diese Zahlen werden von den sozialistischen Abgeordneten durch fortgesetzte Hör-Hör-Hör!-Rufe unterstrichen. Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Was machen die mit dem Geld eigentlich?)

Die Gesamtausgaben der Landwirtschaftskammer einschließlich des Sonderetats betragen 4 919 800 Mark, gegen 1926 ein Mehr von 337 620 Mark. (Zuruf aus der Wirtschaftlichen Vereinigung: Das ist produktive Erwerbslosenfürsorge!) Es werden vier Meuntel der Gesamtausgaben der Landwirtschaftskammer durch öffentliche Zuschüsse aufgebracht.

Von der Gesamtausgabe entfallen auf Personalkosten rund 1 750 000 Mark für ein Personal von 253 Köpfen. (Abg. Haas: Hört, hört! Zuruf links: Das sind die Agrarier!) Dabei, meine Damen und Herren — bitte, beachten Sie dies —, sind in den mittleren Gruppen von 5 bis 9 nur 50 Personen, während ab Gruppe 10 139 Stellen vorhanden sind (Hört, hört! links), darunter 93 Direktoren und stellvertretende Direktoren an den landwirtschaftlichen Schulen. Ein Generalsekretär ist in Gruppe E 3. Der Vorsitzende erhält eine Aufwandsentschädigung, die nach der erwähnten kleinen Anfrage des Zentrums zunächst einmal 10 000

Mark plus 8000 Mark = 18 000 Mark beträgt. (Hört, hört! links.) Der Vollerksamkeit der Landwirtschaftskammer sind aber nur 10 000 Mark bekanntgegeben worden. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Also macht man auch noch Schiebungen!) 10 000 Mark erscheinen nur im Etat. Dann heißt es weiter in der kleinen Anfrage des Zentrums: Zur Instandsetzung einer Villa rund 15 000 Mark, Reise- und Tagegelder in gleicher Höhe wie die Mitglieder des Vorstandes. Die kleine Anfrage des Zentrums sagt dann: „Der somit von der rheinischen Landwirtschaft für den Vorsitzenden der Kammer aufzubringende Betrag dürfte für das verfloßene Jahr 40 000 Mark erreichen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Das sind die notleidenden Agrarier!) Diese Regelung steht zu der furchtbaren Not gerade der rheinischen Winzer- und Bauernschaft in einem schreienden Gegensatz und ist unvereinbar mit der allgemein erhobenen Forderung nach Sparbarkeit.“ (Lebhaftes Sehr richtig! links.) So die kleine Anfrage des Zentrums.

Meine Damen und Herren! Die Antwort des Ministers hat im großen und ganzen das, was in der Anfrage gesagt wird, bestätigt und auch Auskunft über das Gehalt oder die Aufwandsentschädigung des Vorsitzenden Freiherrn von Lünink gebracht. Es heißt in der Antwort des Ministers:

„Die Landwirtschaftskammer in Bonn hat mir berichtet, daß die ihrem Vorsitzenden aus Mitteln der Saatkartoffelstelle der Landwirtschaftskammer, G. m. b. H., bewilligte Vergütung von jährlich 8000 Mark eine Tantieme darstelle, die er als Vorsitzender des Aufsichtsrats dieser als rein kaufmännisches Unternehmen betriebenen Einrichtung erhalte.“ (Hört, hört! links. Zuruf des Abgeordneten Haas: Die arme Landwirtschaft!) Für die ungeheuer schwere Tätigkeit als Vorsitzender des Aufsichtsrats bekommt Herr von Lünink eine Tantieme von 8000 Mark. (Zuruf des Abgeordneten Haas: Und dazu zahlen wir Provinz-gelder!) Meine Damen und Herren! Zu dieser Saatkartoffelstelle — ich nehme an, daß sie mit der Kartoffelstelle in Bonn identisch ist — leistet die Provinz einen Zuschuß von 10 000 Mark (Hört, hört! links), wovon der Vorsitzende der rheinischen Landwirtschaftskammer, Herr von Lünink, glatt 8000 Mark in die Tasche steckt, für die er keinen Finger rührt. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Ein Skandal!)

Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß die kleinen Bauern, die ja auch die Beiträge zur Landwirtschaftskammer schwer erarbeiten müssen, über die Verwaltungskosten der Landwirtschaftskammer und über die horrenden Aufwandsentschädigung ihres Vorsitzenden unterrichtet sind.

Meine Damen und Herren! Nun noch ein Wort. Wer ist Herr von Lünink? Herr von Lünink ist einer derjenigen, die bei den Putzplänen von 1926 eine Rolle gespielt haben. Damals war bekanntlich als „Reichskanzler“, als Diktator, der da-

malige Bürgermeister von Lübeck, Dr. Neumann, vorgelesen, der dann wegen seiner Teilnahme an diesen Plänen aus dem Amte entfernt wurde. Als Finanzminister war der deutschnationale Abgeordnete und Aufkäufer der Scherl-Presse, Eugen Berg, vorgelesen, als Wehrminister General von Möhl und als Ernährungsminister Freiherr von Lünink, der Vorsitzende der rheinischen Landwirtschaftskammer. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Ein netter Ernährungsminister! Weiterer Zuruf links: Der ernährt sich selbst gut!)

Meine Damen und Herren! Wir müssen die Provinzialverwaltung ersuchen, sich darum zu kümmern, wie die Gelder, die die Landwirtschaftskammer von der Provinz erhält, verwandt werden. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Die Zuschüsse sperren!) Gesetzlich ist die Provinz verpflichtet, gewisse Beiträge zur Landwirtschaftskammer zu leisten. Darüber hinaus aber werden ganz erhebliche freiwillige Mittel gefordert und aufgewandt. Deren Bewilligung muß davon abhängig gemacht werden, daß dem Provinziallandtag Einblick in die Geschäftsführung der Landwirtschaftskammer gegeben wird. (Sehr richtig! links.) Meine Damen und Herren! Sie können von uns nicht verlangen, daß wir blindlings Gelder für eine Einrichtung bewilligen, ohne daß wir die Verwendung dieser Gelder kontrollieren können. Meine Damen und Herren! Jede Gemeinde, auch die Provinz, verlangt von jeder Organisation, der sie Zuschüsse gibt, daß sie nachher den Nachweis über die Verwendung der Gelder bringt. Ein Gleiches muß auch von der rheinischen Landwirtschaftskammer verlangt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meine Damen und Herren! Soviel zur rheinischen Landwirtschaftskammer. Vielleicht bietet sich nachher bei der Einzelberatung Gelegenheit, noch das eine oder andere hierzu zu sagen, wozu wir bereit sind.

Meine Damen und Herren! Den Wohlfahrts- = pflegerischen und fürsorglichen Maßnahmen der Provinz haben wir immer die größte Beachtung geschenkt. Was auf diesem Gebiete geleistet worden ist, erkennen wir rückhaltlos an. Wir erkennen an, daß auch der diesjährige Haushaltsplan keine Streichungen an diesen Positionen, die uns besonders interessieren, vorsieht. Wir erkennen an, daß sogar neue Fürsorgemaßnahmen uns zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Wir verstehen es auch und halten es für richtig, daß die Provinzialverwaltung über das, was sie in den Anstalten leistet, der Öffentlichkeit Mitteilungen macht. Aber, Herr Landeshauptmann, man soll doch einen solchen Unfug sein lassen, wie er — nehmen Sie es mir nicht übel — in Nummer 9 der „Wohlfahrtspflege“ vom 1. Mai 1926 verzapft wird. Sie finden dort einen Artikel der Frau Landesverwaltungs- = rat Hopmann über die Ausbildung

weiblicher Fürsorgezöglinge in den Anstalten. Da wird nachgewiesen, daß diese weiblichen Fürsorgezöglinge eine durchaus perfekte Ausbildung als Hausfrau bekommen. In allen Fächern, die die Hausfrau beherrschen muß, werden sie ausgebildet. Ja, es ist sogar die Berufsausbildung in den Anstalten derartig, daß beispielsweise als Näherin ausgebildete Mädchen nachher sofort, wenn sie aus der Anstalt herauskommen, Kunden gewinnen können, um als Näherin ihr Brot zu verdienen. Sogar die Ausbildung als Bureauangestellte, als Krankenpflegerin und als Säuglingspflegerin ist in den Provinzialanstalten nach dem Artikel von Frau Hopmann möglich. Ich möchte mich einer Kritik enthalten, sondern nur anführen, was ein ernst zu nehmendes Zentrumblatt, der *Wachener Volksfreund*, dazu sagt. (Zuruf rechts: Der ist nicht ernst zu nehmen!) Machen Sie das mit Ihren Freunden da aus! — Der *Wachener Volksfreund* sagt u. a., daß die Fertigkeiten, die auf dem Markt zu Richmond ausgedient wurden, einen Pappenspiel gegenüber dem bedeuten, was die Fürsorgeerziehungsanstalten an Fähigkeiten den weiblichen Zöglingen vermitteln. Und an anderer Stelle: „Alle unsere modernen Pädagogen sind Stümper, weil es ihnen unmöglich sein wird, dergleichen Resultate in einer relativ so kurzen Zeit zu erzielen. Sie müssen unbedingt ein Seminarjahr in der Fürsorgeerziehungsanstalt absolvieren. Die Erzieherinnen in den Fürsorgeanstalten sind Genies.“ Meine Damen und Herren! Der Artikelschreiber kommt zu dem Schluß: „Wenn in dem angezogenen Artikel der Frau Landesverwaltungsrat Hopmann eine Unsumme von pädagogischen Unwahrscheinlichkeiten ausgeschüttet, wenn von gesicherter allseitiger Ausbildung gesprochen wird, aber im gleichen Atemzug am Schluß gesagt wird, daß diese schwierigen Fragen der Anstalts-Berufsausbildung nicht gelöst werden können, weil eben durch die Anstaltsunterbringung die Grenzen gezogen sind, so fordert das zu einer sachlichen Kritik heraus.“ (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Meine Damen und Herren! Ich glaube doch, daß es notwendig ist, daß der Herr Landeshauptmann sich um die Dinge kümmert, daß zum mindesten Richtlinien geschaffen werden, nach denen gearbeitet wird, und daß in den jungen Menschen nicht Hoffnungen geweckt werden, deren Erfüllung nachher daran scheitert, daß die Ausbildung nicht das gebracht hat, was sie erhofft haben.

Meine Damen und Herren! In den Anstalten für männliche Zöglinge muß unseres Erachtens die handwerkliche Ausbildung und die Gelegenheit, die industrielle Jugend, die in die Anstalten kommt, auf das spätere Leben vorzubereiten, gefördert werden. Diese Jungen werden meist auf das Land geschickt. Unserer Auffassung nach gehören sie aber in die Industrie, an der sie auch hängen. Sie sollen in der Anstalt das an

Ausbildung mitbekommen, was sie später in der Industrie brauchen können.

Ebenso erscheint uns notwendig, daß die Provinz Lehrlingsheime in den Großstädten errichtet. Wir dürfen nicht alles den privaten Wohlfahrtsorganisationen überlassen, sondern müssen selbst dazu übergehen, Anstalten ins Leben zu rufen. Die Möglichkeiten dazu sind vorhanden, weil heute vielfach Anstalten zum Kauf angeboten werden.

Meine Damen und Herren! Nun komme ich zu einem Kapitel, von dem ich weiß, daß es den Widerspruch der Herren vom Zentrum hervorrufen wird. Wir müssen auch heute wieder unsere Forderung nach paritätischen Anstalten erheben. (Sehr gut! links.) Meine Damen und Herren! Wenn die Jungen und Mädels, die in Fürsorgeerziehung kommen, später in das praktische Leben treten, dann werden sie auch nicht nach Konfession und Weltanschauung getrennt, sondern sie müssen nebeneinander ihrem Erwerb nachgehen und ihre Arbeitskraft dem Unternehmer zur Verfügung stellen. Der Unternehmer fragt auch nicht nach der Konfession und der Weltanschauung, sondern nur danach, wer ihm das meiste leistet. Deshalb sollte man nach unserer Auffassung die Jungen und Mädels auch in paritätischen Anstalten mit weltlicher Leitung erziehen und die Erziehung solchen Leuten anvertrauen, die den Kampf des Lebens begreifen und ihre Erziehungsmethoden danach einrichten.

Meine Damen und Herren, besonders vom Zentrum, ich weiß, daß es Ihnen schwer sein wird, von Ihrem Vorurteil gegen paritätische Anstalten abzukommen (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Ist das bloß ein Vorurteil?) und auf das zu verzichten, was Sie als richtig befinden. Ich glaube aber, wir müssen uns in dieser Frage einmal verständigen, und wir werden es, meine Damen und Herren, wenn Sie anerkennen, daß es auch für uns Gewissensfragen gibt. Wir wollen nichts anderes von Ihnen, als daß Sie unseren Anschauungen gegenüber tolerant sind und uns das zugestehen, was Sie für sich als Recht beanspruchen.

Meine Damen und Herren! Zu einem Vergleich zwingen uns die Anstaltskosten für Fürsorgeerziehung Minderjähriger. Die jährlichen Ausgaben für einen Zögling bei Anrechnung der Wirtschaftserträge betragen nach dem diesjährigen Haushaltsplan 4,72 Mark in den Provinzialanstalten — ein Weniger von 88 Pfg. gegen 1926. In den Privatanstalten betragen diese Kosten 2,26 Mark — ein Mehr von 11 Pfg. Wir sind der Auffassung, daß die Kosten in den Provinzialanstalten noch mehr heruntergedrückt werden könnten, wenn den Anstalten genügend Land zur Verfügung stünde, um sich das, was sie brauchen, selbst ziehen zu

können. Meine Damen und Herren! Die Anstalten, die kein oder nur wenig Land haben, müssen die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu Großhandelspreisen einkaufen und müssen diese natürlich einsetzen. Aber die Anstalten, die genügend Land zur Verfügung haben, kalkulieren mit dem geringeren Erzeugerpreis und wirtschaften demgemäß billiger, und ohne Zweifel ist auch die Befestigung in diesen Anstalten besser. Wir haben Ihnen aus diesem Grunde einen Antrag unterbreitet, in dem wir bitten, daß dem Provinziallandtag eine Aufstellung vorgelegt wird, aus der hervorgeht, wie groß die landwirtschaftliche Fläche der einzelnen Provinzialanstalten ist und wieviel Infassen die Anstalten zu verpflegen haben. Ferner wünschen wir, daß aus der Aufstellung hervorgeht, was auf der vorhandenen Fläche im besten Jahre geerntet worden ist und wieviel von den einzelnen Erntearten hinzugekauft werden mußte. Wir wünschen weiter Auskunft darüber, wieviel Land noch angekauft werden muß, um Infassen und Personal aus den eigenen Erzeugnissen verpflegen zu können. Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß Sie diesem Antrage unbesehen zustimmen können.

Ein Wort zum Landesjugendamt. Dem Landesjugendamt ist gesetzlich die Prüfungsstelle für Schmutz und Schund angegliedert. Wir stehen dieser ganzen Einrichtung sehr skeptisch gegenüber. Nicht etwa, als ob es uns gleichgültig wäre, was die jungen Menschen in sich aufnehmen, sondern weil wir befürchten, daß sich das Nudertum in der Prüfungsstelle breitmacht und nicht zwischen Wert und Unwert zu unterscheiden vermag. Deshalb erwarten wir, daß die Tätigkeit der Prüfungsstelle nicht in kleinliche Schnüffelei ausartet.

Auf einen Uebelstand muß ich auch hinweisen, dessen sich die Provinzialverwaltung unbedingt annehmen muß. Das ist die Gepflogenheit der Bezirksfürsorgeverbände, vorschulpflichtige Kinder, die weder verwahrloost sind, noch sich in einem Milieu befinden, das eine Verwahrlosung voraussetzen läßt, einfach in die Fürsorgeerziehung zu überweisen, um die Kosten zu ersparen. Meine Damen und Herren! Solche Kinder gehören nicht in die Fürsorgeerziehung, der doch immerhin ein Odium anhaftet, an dem die Kinder später schwer zu tragen haben. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß solche Kinder in andere Anstalten kommen, aber nicht in Fürsorgeanstalten.

Ein Wort zu der Verteilung von Provinzmitteln an die Privatanstalten. Meine Damen und Herren! Unsere grundsätzliche Stellung ist Ihnen ja auch hier bekannt. Nach unserer Auffassung ist die gesamte Wohlfahrtspflege Aufgabe von Reich, Staat und Gemeinde, die die erforderlichen Einrichtungen zu schaffen haben. Das ist auch die Auffassung der Wohlfahrtsorganisationen der Arbeiterschaft, der Arbeiterwohlfahrt. Solange aber an private Wohlfahrtsseinrichtungen und Organisationen Provinz-

mittel verteilt werden, muß auch die Organisation der Arbeiterschaft, die Arbeiterwohlfahrt, entsprechend der hinter ihr stehenden Arbeiterschaft und entsprechend ihren Einrichtungen berücksichtigt werden. (Sehr richtig! links.)

Zu den einzelnen Haushaltsplänen, die die allgemeine Wohlfahrtspflege betreffen, ist noch zu bemerken, daß wir hier eine Sparbarkeit für eine verfehlte Maßnahme halten würden. Wir haben auch neuerdings einen Antrag gestellt, für die Kinderspeisung 150 000 Mark in den Haushaltsplan einzusetzen. Ich glaube, daß eine Begründung dieses Antrages kaum notwendig ist. Sie wissen alle, meine Damen und Herren, daß der Reichstag unglaublicherweise die im Haushaltsplan stehenden 5 Millionen für Kinderspeisung gestrichen hat. Man sagt, das sei Aufgabe der Länder und der Gemeinden. Wir können das Werk, das vor zwei Jahren begonnen und mit großem Erfolge weitergeführt wurde, jetzt nicht einfach liegen lassen, sondern wir müssen uns schon erneut mit den Dingen befassen. Deshalb die Bitte an Sie, daß Sie diese 150 000 Mark für Kinderspeisung wieder in den Haushaltsplan aufnehmen.

Ich darf noch ein Wort sagen zu dem Antrag, betr. Fürsorge für arbeits- und mittellose jugendliche Wanderer. Wir begrüßen es, daß dieser Antrag uns vorgelegt wird. Ich muß aber sagen, daß bis jetzt die Rheinprovinz da wirklich nachgehinkt hat. Der Provinziallandtag hat da eine Pflicht vernachlässigt. Es ist hier eine Aufgabe jetzt in Angriff genommen, die längst schon hätte in Angriff genommen werden müssen. Ich hoffe nur, daß dieser erste Antrag die Grundlage für eine großzügige Wandererfürsorge in der Rheinprovinz ist, wie wir sie in anderen Ländern und Provinzen heute schon haben.

Meine Damen und Herren! Wir haben Ihnen weiter einen Antrag unterbreitet, für die allgemeine Volksbildungsarbeit in der Rheinprovinz 50 000 Mark zur Verfügung zu stellen, und zwar der Arbeitsgemeinschaft rheinischer Volksbildungsvereinigungen. Der Haushaltsplan zur Förderung von Kunst und Wissenschaft sieht eine Ausgabe von 450 000 Mark vor, darunter 200 000 Mark zur Erhaltung alter Baudenkmäler. Ich glaube, ungemein wichtiger als die Erhaltung alter Baudenkmäler und Kirchen — man kann auch im Zweifel sein, ob die eine oder andere Kirche wirklich ein altes Baudenkmal ist — ist aber die Volksbildungsarbeit. Deshalb glauben wir berechtigt zu sein, den Antrag zu stellen, und dürfen auch hier wohl auf Ihre Unterstützung hoffen.

Meine Damen und Herren! Im Haushaltsplan erscheint u. a. eine Anzahl Positionen für Unterstützungen an Beamte, die zur Verfügung des Herrn Landeshauptmanns stehen. Wir können es nicht gut heißen, daß hier einer einzelnen Person, dem Herrn Landeshauptmann, ein solches Verfügungsrecht gegeben wird.

Ich will nicht unterstellen, daß der Herr Landeshauptmann nach Willkür handelt. Aber man soll auch den Schein der Möglichkeit vermeiden und soll auch vermeiden, daß unter der Beamtenschaft vielleicht der Gedanke aufkommt, daß bei der Entscheidung über solche Gesuche diese oder jene Gründe maßgebend sind. Wir halten es für viel richtiger, wenn die Entscheidung hier irgendeinem Ausschuß übertragen wird.

Es sind uns auch eine Anzahl Wünsche von Beamten und Angestellten zugegangen, aus denen zu entnehmen ist, daß sich gewisse Härten in der Eingruppierung, besonders bei den unteren und mittleren Gruppen, ergeben haben. Wir bitten den Herrn Landeshauptmann, auch hier eine Nachprüfung vorzunehmen und zu versuchen, bestehende Härten auszumerzen.

Meine Damen und Herren! Dem Provinziallandtag wird die Wiederwahl zweier Landesräte vorgeschlagen. Es ist notwendig, daß auch die Provinzialverwaltung auf eine Verjüngung ihres Beamtenstabes hinarbeitet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber es geht nicht an, daß der Nachwuchs nur auf Grund verwandtschaftlicher oder gesellschaftlicher Beziehungen die Möglichkeit hat, in die Provinz einzutreten. (Sehr gut! links.) Wir wenden uns insbesondere gegen die Gepflogenheit, nur junge Assessoren zunächst ganz harmlos als Hilfsarbeiter in die Verwaltung hineinzubringen. Für uns fängt der Mensch nicht beim Assessor an, wie früher beim preussischen Kommiß beim Leutnant, sondern es gibt auch sonst noch befähigte junge Männer, die vielleicht bessere Entwicklungsfähigkeiten aufweisen als mancher Herr, der es bis zum Assessor gebracht hat.

Aber, meine Damen und Herren, ich kann die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, mich auch gegen die Ueberhebung zu wenden, die in gewissen Kreisen Platz gegriffen hat. So müssen wir uns gegen die ungeheure Ueberhebung wenden, die sich der Herr Reichskanzler Dr. Marx in einem Schreiben an eine Tagung katholischer Beamten in Bochum herausgenommen hat. (Hört, hört! links.) Der Herr Reichskanzler Dr. Marx hat nach der Kölnischen Zeitung vom 15. Dezember 1926 in einem Schreiben an eine Tagung katholischer Beamten in Bochum — veröffentlicht in der Berliner Börsenzeitung vom 11. Dezember 1926 — behauptet, die katholische Weltanschauung befähige den katholischen Beamten vor allen anderen dazu, unser Vaterland wieder aufzurichten. Wörtlich sagt Herr Marx: „Der katholische Beamte ist in weit höherem Maße berufen, in diesem Sinne zu wirken und wie ein Sauerbrunnen die Gesinnung des ganzen Beamtenkörpers zu durchtränken mit dem tiefen Pflichtbewußtsein, eine Gewissensfrage mit der Beamtentätigkeit erfüllen zu müssen, eine Samariterarbeit an dem aus tausend Wunden blutenden Volkskörper zu leisten, wie Un-

gehörige anderer Weltanschauung.“ Da haben wir es. Meine Damen und Herren! Protestanten, Juden und wie sie alle heißen mögen, sind nach der Ansicht des Herrn Reichskanzlers Dr. Marx minderwertig und für den Verwaltungsapparat nicht so zu gebrauchen wie die katholischen Beamten.

Meine Damen und Herren! Ich frage den Herrn Landeshauptmann und frage die Kollegen des Zentrums in diesem Hause (Zuruf des Abgeordneten Görlinger: und den Vorsitzenden des Provinzialausschusses!), ob sie sich diese Auffassung des Herrn Reichskanzlers Marx zu eigen machen. Wenn ja, dann ist uns in der Personalpolitik des Rheinlandes manches verständlich. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist Sache derjenigen, die sich nicht zu der Weltanschauung des Herrn Reichskanzlers bekennen — es sind ja Vertreter der verschiedensten Weltanschauungen hier im Hause anwesend — sich gegen die von Herrn Marx vertretene Auffassung zu wenden. Wir Sozialdemokraten, meine Damen und Herren, lassen uns das nicht gefallen. Wir werden uns dagegen zur Wehr setzen, daß das Zentrum mit uns so verfährt wie der protestantische Liberalismus früher mit dem Zentrum verfahren ist. (Zuruf des Abgeordneten Görlinger: Das Zentrum hat sehr schnell vergessen!) Meine Damen und Herren! Das Unrecht, das dem Zentrum früher widerfahren ist — ich stehe nicht an, zu erklären, es ist ein großes Unrecht gewesen — scheint ganz vergessen zu sein. Sonst würde es auch in der Provinz manchmal anders aussehen. Man würde sonst unser Unrecht auf Mitarbeit innerhalb der Verwaltung nicht nur platonisch anerkennen. (Unverständlicher Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten.) Quatsch! (Weiterkeit. Glocke des Vorsitzenden.) Ihr (zu den Kommunisten) habt das Zeug nicht dazu. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Das ist nur der Drang nach der Futterkrippe!)

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Darf ich um etwas Ruhe bitten? Ich mache den Herrn Redner darauf aufmerksam, daß ein Ausdruck wie „Quatsch“ parlamentarisch nicht zulässig ist. (Weiterkeit.)

Abgeordneter Böcken: Ich nehme den Ausdruck „Quatsch“ zurück.

Meine Damen und Herren! Die Situation ist zu ernst, um mich mit Ihnen (zu den Kommunisten) in ein Zwiegespräch einzulassen, das schließlich in Lächerlichkeit ausartet. (Zuruf links: Wir sind noch nicht bei den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten!) Ich wiederhole: Wenn die Auffassung, die Herr Dr. Marx vertreten hat, nicht auch die Auffassung des Zentrums ist, würde man unser Unrecht auf Mitarbeit in der Provinz nicht nur platonisch anerkennen, sondern auch durch Erfüllung unserer berechtigten Ansprüche uns die Mitarbeit möglich machen.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Mitarbeiten wollen wir, wie hier im Hause, so auch in der Provinzialverwaltung, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil auch wir unsere rheinische Heimat lieben und weil wir unsere Kräfte in ihren Dienst stellen wollen. (Lauter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort als nächster Redner hat Herr Oberdörster.

Abgeordneter **O b e r d ö r s t e r**: Meine Damen und Herren! Der Etat des Vorjahres wurde in jeder Beziehung hinsichtlich der Ausgaben für Wohlfahrtszwecke nach den Wünschen der deutschen Großindustrie aufgestellt. Diese Leute verlangten bei der Aufstellung der Etats im Frühjahr des Vorjahres sowohl vom Reich und den Ländern wie auch von den Provinzialverbänden und den Kommunen, daß für die Wohlfahrtsausgaben 20 Prozent weniger in die Etats eingesetzt würden. (Hört, hört! links.) Auch die Provinzialverwaltung hat im vergangenen Jahre diesem Wunsche, der für alle Verwaltungen selbstverständlicher Befehl ist, Rechnung getragen. Nach dem Bericht des Herrn Landeshauptmanns hat man auch den Etat in diesem Rahmen durchführen können, und der Etat für das kommende Jahr ist unter den gleichen Verhältnissen aufgestellt. Ja, wenn man die schlimmen Folgen der wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt, so muß man feststellen, daß die in den Etat eingesetzten Beträge für die Wohlfahrtsausgaben in diesem Jahre relativ noch geringer sind als im vergangenen Jahre. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Das entspricht dem, was der Reichsverband der deutschen Industrie diktiert. Das ist die Gesellschaft, die die eigentliche Regierung nicht nur im Deutschen Reich, sondern herunter bis zur letzten Gemeinde ist. Das, was diese Leute als Wunsch äußern, wird willigst von allen Organen apportiert, selbst wenn in diesen Organen auch Sozialdemokraten sind. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Ich glaube, der Herr Landeshauptmann hat gestern bei seinem Klagegedicht über die ungerechte Behandlung des Rheinlandes bei der Zuweisung von Reichsteuern und über den überspannten Zentralismus dem Reichsausschuß der deutschen Industrie den Nachweis geliefert, daß er der geeignete Mann ist, der demnächst den Verwaltungswasserkopf in Berlin vielleicht einmal zur Aber läßt. Das letzte Mal stand er ja bereits in der engeren Wahl. Aber da wurde zunächst der Kamerad Marx noch einmal vorgezogen. (Zuruf eines Kommunisten: Das war der größere Jesuit!) Das will ich hier nicht untersuchen. Aber ich möchte zunächst auf die immerhin hochpolitischen Ausführungen des Herrn Oberpräsidenten eingehen, bevor ich zu einigen Positionen des Etats Stellung nehme.

Der Herr Oberpräsident hat darüber gemurmelt, daß entgegen aller wirtschaftlichen und politischen Verunsinnung das Rheinland immer noch besetzt ist. Für ihn ist es unfassbar, daß in einem der ältesten Kulturländer

nun die Menschenrechte durch die Zwingherrschaft verletzt werden. Na, wer glaubt, daß der Völkerbund, in dem England neben Frankreich die erste Rolle spielt, ein Friedensinstrument ist, wird noch allerhand Enttäuschungen erleben. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wer glaubt, daß dieser Völkerbund Kultur verbreiten wird, dem ist kaum noch zu helfen. (Sehr richtig! rechts.) Unter der Duldung des Völkerbundes haben die französischen Kanonen Damaskus demoliert. Unter der Duldung des Völkerbundes hat man das Rifffoß abgemeuchelt. Unter der Duldung des Völkerbundes sind in China Tausende von Menschen durch die englischen Schiffsgeschütze getötet und verletzt worden. Auch Deutschland wird vom Völkerbund die Behandlung erfahren, die die deutschen Nationalisten verdienen und die in ihrer Tendenz von den Sozialdemokraten bis zum äußersten unterstützt wird. Diese Leute können natürlich auf der anderen Seite die Landesgrenzen spielend überwinden. Für die rheinischen Zentrums-Großindustriellen, die entscheidenden Leute im Eisensyndikat, spielen die Landesgrenzen durchaus keine Rolle (Sehr gut! bei den Kommunisten), sondern sie verständigen sich mit ihren französischen Freunden. Sie haben in dem Eisensyndikat eine Stelle geschaffen, die in erster Linie dazu beiträgt, aus dem deutschen Volke die Profite zu ziehen, die man vielleicht in einem gegenseitigen Konkurrenzkampf nicht erobern kann. Deshalb ist es schon eine nicht zu übertreffende Demagogie, wenn das Zentrum hier einen Antrag einbringt, der an und für sich nichts kostet, in dem verlangt wird, daß bei dem endgültigen Handelsabkommen mit Frankreich die Reichsregierung keine Meistbegünstigungsklausel über die Einfuhr französischer Weine aufnehmen soll. Was wird die Zentrumskapitalisten daran stören, wenn der rheinische Weinbau kaputt geht. Für sie kommt es doch nur darauf an, durch die Verständigung mit den französischen Eisensyndikaten ihre Profite zu erhöhen. Das ist doch das Entscheidende, nicht die Interessen des rheinischen Weinbaues. Deshalb ist ein solcher Antrag nichts wie Demagogie.

Generell möchte ich zu den Zentrumsanträgen, die in so reicher Zahl bei dieser Tagung vorgelegt worden sind, sagen, daß sie ein Symptom dafür sind, daß dem Zentrum die Schäfchen wegrennen, weil einerseits die Wirtschaftspartei die kleinen und mittleren Schichten vom Zentrum wegzieht und andererseits die christlich-soziale Reichspartei die Arbeiter dem Zentrum abspenstig macht. Das Zentrum versucht nun, mittels solcher Mittelchen die Leute vor seinem Karren zu halten. Meine Herren, die Arbeiterschaft hat kein Interesse an der Einführung französischer Weine. Die Arbeiterschaft kommt nicht in die Versuchung, französische Weine zu trinken, die werden natürlich von denselben Kreisen bevorzugt, die auf der anderen Seite den rheinischen Winzerstand auf Grund dieser Verhältnisse zugrunde richten. Aber Menschenrechte und Kultur-

länder sind heute Begriffe, die in der Praxis einen durchaus anderen Inhalt haben. Es kann, solange die heutige Wirtschaft besteht, keine Menschenrechte, keine Kulturländer geben (Sehr gut! bei den Kommunisten), sondern nur einen Kampf um die Profite der einzelnen imperialistischen Staaten, einen Kampf, bei dem die Arbeiterschaft natürlich immer tiefer und tiefer in das Elend hinabsinken wird.

Der Herr Oberpräsident sagte weiter: Wir wollen keine vorzeitige Räumung auf Kosten des Vaterlandes und um den Preis wirtschaftlicher oder politischer Fesselung. Man ist doch bereits trotz des § 16 in den Völkerbund eingetreten, was sicherlich eine ungeheure Fesselung Deutschlands im Interesse der westeuropäischen imperialistischen Staaten bedeutet. Aber was heißt: Auf Kosten des Vaterlandes? Das, was man Deutschland hinsichtlich der Besatzung an Erleichterungen einräumen wird, muß auf der anderen Seite reichlich aufgewogen werden. Wenn Deutschland bereit sein wird, nicht nur den § 16 des Völkerbundes anzuerkennen, sondern auch aktiv in die englische Front zum Kampf gegen Rußland einzutreten, dann wird man dafür im Rheinlande die Besatzungslasten etwas mildern. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wenn Deutschland jetzt bereit ist, den englischen Imperialisten in China Hilfe zu leisten, dann wird man in der gleichen Weise bereit sein, hinsichtlich des Rheinlandes den Großmütigen zu spielen. (Zustimmung bei den Kommunisten.) Die Gefahr, daß Deutschland in die chinesischen Verhältnisse hineingezogen wird, ist außerordentlich groß. Die englischen Imperialisten werden jeden Druck versuchen und jedes Mittel zur Anwendung bringen, um auch Deutschland gegen das um seine Freiheit kämpfende chinesische Volk in Stellung zu bringen. In den letzten Tagen sind von den Vertretern deutscher Firmen in Schanghai Telegramme eingegangen, die eine Aenderung der deutschen Politik in bezug auf China und die Unterstützung der englischen Politik fordern, weil die englischen Banken, die dort an deutsche Firmen über 10 Millionen Kredite gewährt haben, mit der Zurückziehung dieser Kredite drohen. Die Gefahr, daß Deutschland sich in diesem Falle für die imperialistischen Interessen Englands mißbrauchen läßt, ist sehr groß. Deshalb ist es unsere Pflicht, dagegen zu protestieren, daß Deutschland in dieser Weise in China mit eingreift. Wir verlangen vielmehr, daß Deutschland über die bisherige Politik hinaus das chinesische Volk in seinem Kampf zur Abwehr des imperialistischen Toches in jeder Weise unterstützt. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Carl: Was geht das den Provinziallandtag an?) Das sind Dinge, die nach meiner Meinung nicht nur den Provinziallandtag, sondern das ganze deutsche Volk in höchstem Maße interessieren. Der imperialistische Angriff auf China ist die Ursache für die Entfaltung eines neuen Weltkrieges. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Ich glaube, die Arbeiterklasse hat an

dem letzten Völkergemezel noch reichlich genug. Sie wird ihre ganze Kraft aufbieten, um eine Wiederholung unmöglich zu machen. Wir sagen Ihnen offen: Wenn die deutsche Bourgeoisie den Versuch unternimmt, in irgendeinem Falle einen Krieg, sei es gegen China, sei es unter der Führung Englands gegen Rußland, oder an anderer Stelle zu wagen, dann werden wir der deutschen Bourgeoisie den Krieg ansagen. Dann werden wir der Arbeiterklasse sagen: Die Niederschlagung der deutschen Bourgeoisie ist der erste Schritt. Das werden wir sagen, und das wird die Arbeiterschaft in einer solchen Situation verstehen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Der Herr Oberpräsident hat dann gewünscht, daß Reich und Staat die Bevölkerung des Rheinlandes weiterhin in wirtschaftlicher Hinsicht in stärkstem Maße fördern möge, um die Folgen der Besatzung zu lindern. Na, Fürsorge von Staat und Reich für die Wirtschaft ist durchaus nichts Außergewöhnliches, aber nicht für die arbeitende Bevölkerung, das ist in das Reich der Habel zu verweisen. Wir haben es erlebt, daß die Ruhrindustriellen nicht nur lange Zeit keine Steuern gezahlt haben, — nicht einmal die Kohlensteuer, die sie von den Konsumenten unmittelbar wieder einzogen —, sondern daß man ihnen, ohne daß der Reichstag irgendwie darüber Beschluß gefaßt hatte, auch noch 700 Millionen zugeschoben hat. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Und was hat man den Arbeitern und Angestellten, die in dieser Zeit ungeheure Opfer gebracht haben, die zum Teil wirtschaftlich ruiniert worden sind, gegeben? Man hat formell einige Millionen zur Verfügung gestellt und Bedingungen aufgestellt, die von fast keinem der Beteiligten erfüllt werden konnten. Noch in den letzten Tagen hat der Reichstag es wiederum abgelehnt, weitere Mittel bereitzustellen, um diese Bevölkerungskreise auch nur notdürftig unterstützen zu können. Es klingt deshalb wie eine hohle Phrase, wenn hier der Vertreter der Preussischen Regierung von wirtschaftlicher Fürsorge für die Bevölkerung redet. Wir brauchen ja nur in die Erinnerung zurückzurufen, in welcher Weise die Wirtschaft in größtem Maße unterstützt wird, wie gerade die mächtigsten wirtschaftlichen Unternehmungen vom Staat in einer unerhörten Weise subventioniert werden. So hat Stumm nicht weniger als 25 Millionen Mark Kredite bekommen, Röchling 41 Millionen, Mannesmann 41 Millionen, Rheinmetall 19 Millionen und die Vereinigten Reedereien 50 Millionen. Diese Liste kann noch weit, weit fortgesetzt werden. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Carl: Was geht das die Provinz an?) Namens der Arbeiterschaft der Provinz protestieren wir dagegen, daß hier nun an einer solchen Stelle Förderung derjenigen Teile der Wirtschaft verlangt wird, die sich bisher schon vollgejogen haben, die nicht nur in der Kriegszeit aus dem Blute des Volkes Gold geprägt haben, sondern auch in der Inflation den Arbeiter um seinen Lohn betrogen

und den Mittelstand und den kleinen Mann vollständig enteignet und sich mit Sachwerten vollgefogen haben. Wir verlangen, daß zur Beseitigung der Schäden, die auf Grund des ganzen Wirtschaftssystems in die Erscheinung treten, Mittel in ausreichendem Maße bereitgestellt werden, und daß die Gesellschaft, die im letzten Jahre diese ungeheuren Profite eingestrichen hat, zur Deckung der notwendigen Kosten herangezogen wird.

Wir haben im letzten Jahre ein seltenes Krisenjahr durchlebt. Aber wenn wir uns das Ergebnis des letzten Jahres ansehen, dann stellen wir fest — das hat gestern der Herr Landeshauptmann ausdrücklich hier bestätigt —, daß trotz Produktionssteigerung die Arbeiterzahl sich verringert hat und daß trotz Belebung der Wirtschaft keine Auswirkung auf dem Arbeitsmarkte eingetreten ist. Wenn wir das Fazit des letzten Jahres ziehen, so stellen wir fest, daß die Kapitalneubildung nicht weniger als 8 Milliarden betragen hat. Das sind die Profite der deutschen Wirtschaft, die nach außen hin in die Erscheinung treten. Die stillen Gewinne, die verschleiert werden, sind da nicht eingeschlossen. Was sehen wir auf der anderen Seite? Ein grenzenloses Elend. Man braucht nicht irgendwie schwarz in schwarz zu malen; man kann sich hier auf Material stützen, das sicherlich als objektiv bezeichnet werden kann, z. B. auf das Material, das in einigen Nummern der von der Provinz herausgegebenen „Wohlfahrtspflege“ enthalten ist. Dort wird ein Elendsbild dargestellt, daß man sich wirklich wundern muß, daß die Provinzialverwaltung nicht einmal den Versuch macht, durch ihre Tätigkeit das Elend zu mildern. Wenn die Dinge so weit sind, daß Fürsorgeerziehung angewendet werden muß, dann wird die Provinz das, was von der Klassenjustiz verhängt wird, ausführen und dafür die Kosten übernehmen. Man wird allenfalls einen noch größeren Verwaltungsapparat schaffen, der viel Geld frißt, und glaubt damit eine Fürsorgetätigkeit ausführen zu können, die sich natürlich nur darin erschöpft, gute Ratsschläge zu geben, mit denen die in immer größeres Elend versinkenden Massen nichts anfangen können. Die Ursachen dieser ganzen Verhältnisse liegen natürlich in der heutigen Wirtschaft selbst. Wenn der Herr Landeshauptmann gestern sagte, daß auf absehbare Zeit eine wesentliche Abschwächung der Erwerbslosigkeit nicht eintreten wird, so bedeutet das nicht nur eine Stabilisierung dieses Zustandes, sondern es bedeutet, daß das Elend nicht im Verhältnis zu den Zahlen der Erwerbslosen, sondern mit der Dauer der Erwerbslosigkeit auch progressiv wächst. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Trotzdem man das hier feststellen muß, wird nichts unternommen, um diesen Dingen in irgendeiner Weise zu steuern.

Die Herren Sozialdemokraten haben bereits Anfang vorigen Jahres durch den ADGB. in einer großen Denkschrift die deutschen Unternehmer zur Vernunft

bringen zu können geglaubt, indem man ihnen nachzuweisen versuchte, daß doch gerade im Interesse ihres Profits die Lohnerhöhung notwendig sei, weil dadurch der innere Markt gekräftigt werde. Der Herr Landeshauptmann hat gestern ebenfalls zum Ausdruck gebracht, daß natürlich die Hebung der Kaufkraft auf dem Binnenmarkte von der allergrößten Bedeutung für die Besserung unserer Wirtschaft ist, und er hat auch Ausführungen gemacht, die sich in der Richtung bewegten, daß man in erster Linie die Landwirtschaft fördern müsse, um sie kaufkräftiger zu machen und um andererseits auch die Lebenshaltung des deutschen Volkes durch die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung unabhängig vom Auslande zu machen. Aber bildet nicht die Arbeiterklasse das Gros der Verbraucher? Will jemand bestreiten, daß die Arbeiterschaft, soweit sie beschäftigt ist, zum mindesten zu 80 Prozent nicht das zum Leben Notwendige von ihrem Lohn kaufen kann? Ich glaube kaum. In einer der letzten Nummern der „Wohlfahrtspflege“ können Sie nachlesen, wie das absolute Einkommen der Arbeiterschaft ist und in welchem Verhältnis es zu den Kosten der Lebenshaltung steht, ganz abgesehen von den ungenügenden Unterstützungen derjenigen, die infolge des Krieges arbeitsunfähig sind, die infolge von Invalidität oder Alter erwerbsunfähig sind, die auf eine Arbeitslosenunterstützung angewiesen sind oder die als Kleinrentner, die in der Inflation alles verloren haben, heute dahinvegetieren müssen. Ihr Herren Sozialdemokraten, glaubt Ihr, daß die Vernunft der Unternehmer ausreicht, um nach der Richtung hin irgendetwas zu unternehmen? (Zuruf eines sozialistischen Abgeordneten: Handgranaten!) Glauben Sie immer noch, daß die Rationalisierung eine Verbilligung der Produktion bringt und daß sich entsprechende Auswirkungen auf dem Markte zeigen? Ich zweifle nicht, daß Sie noch immer diese Illusion haben, trotzdem die Praxis auch Ihnen bewiesen haben dürfte, daß trotz der ungeheuren Warenmenge, für die kein Absatz vorhanden ist, auch auf keinem Gebiete eine Preisentkung eingetreten ist, wie das in Krisenperioden der Vorkriegszeit der Fall war. (Zuruf des Abg. Dunder: Die Hauptsache ist, daß die Unternehmer verdienen!) Wir haben heute bereits einen solchen Zustand der Monopolisierung unserer Wirtschaft, daß eine Konkurrenz in den entscheidenden Wirtschaftskreisen vollständig ausgeschaltet ist, daß die Könige der Wirtschaft auch in der Krisenperiode die Preise diktieren, die notwendig sind, um einen ungeheuren Profit einstecken zu können. Aber mit den Gesetzen dieser Wirtschaft sind Vernunftgründe unvereinbar. Wenn man auf diesem Gebiete etwas erreichen zu können glaubt, dann soll man auch den Versuch machen, nun wirklich die Erwerbslosigkeit dadurch zu überwinden, daß man eine Verkürzung der Arbeitszeit vornimmt, daß man wenigstens den Achtstundentag einmal wieder als normalen Arbeitstag zugrunde legt, um eine größere Anzahl Arbeiter beschäf-

tigen zu können. Ist es nicht ein Hohn, daß Kulturmenschen auf der einen Seite zehn und zwölf Stunden arbeiten und daß auf der anderen Seite Millionen zum Nichtstun verurteilt sind? Ein größerer Widersinn ist doch fast undenkbar!

Aber diese Fragen sind natürlich auf diesem Wege unlösbar. Der Kapitalismus hat seine unabänderlichen Gesetze, und das oberste Gesetz ist die Profiterzielung, die Machterweiterung, die Zusammenballung von Kapital. Dadurch wird einmal die Krise schärfere Formen annehmen müssen, weil der innere Markt infolge dieser Politik, die von den großen wirtschaftlichen Konzernen und Trusts getrieben wird, immer mehr und mehr einschrumpfen muß. Andererseits bringt natürlich diese Einschränkung des Marktes eine Wiederbelebung der Wirtschaft nicht mit sich, natürlich auch keine Preissenkung, sondern einen verschärften Kampf des jetzt wieder tätigen deutschen Imperialismus auf dem Weltmarkte gegenüber den anderen imperialistischen Mächten. Es wird versucht werden, auf dem Weltmarkte möglichst die Waren zu verschleudern, um Absatz zu finden und auf der anderen Seite die Preise im Inlande um so höher zu gestalten. Aber weder dieser Weg, noch eine Regelung der Produktion, noch der Versuch, die Produktion dem tatsächlichen Bedarf anzupassen, noch auch gewaltsame Regelungen durch Kriege werden diese ungeheuerlichen Verhältnisse beseitigen können. Solange die Profiterzielung für die Produktion maßgebend ist, werden diese Zustände, die heute bereits ein erschreckendes Bild zeigen, nur noch schlimmer. Keine Moralpauken, keine Sittlichkeitschnüffler werden an diesen Dingen etwas ändern können. Auch keine Fürsorgeziehung, besonders die heutige nicht, wird die Schäden einer solchen Wirtschaft ausgleichen können. Auch die internationale Verständigung der Industrie wird hier keine Regelung bringen können, weil es eben mit den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft unvereinbar ist, das, was auf der einen Seite produziert wird, auf der anderen Seite auch dem Verbrauch zuzuführen. Also auf der einen Seite eine ungeheure Steigerung der Unternehmerprofite, die auch darin ihren Ausdruck findet, daß die Börsenkurse trotz der Krise ungeheuer gestiegen sind. Auf der anderen Seite eine Zunahme des Elends trotz dieser Erscheinungen. Wir müssen feststellen, daß dieser Zustand des Elends stabilisiert wird, daß sich dieser Zustand mit der zunehmenden Rationalisierung und der Fortführung der Wirtschaft in diesem Rahmen progressiv steigern und damit die Verfaulung der Gesellschaft einhergehen muß. Ich glaube, das ist die Charakteristik des heutigen Zustandes und der Entwicklung für die nächste Zeit.

Wenn wir jetzt den Etat im einzelnen uns ansehen, so ist auch dort meiner Meinung nach an vielen Punkten eine Kritik durchaus angebracht.

Der Vertreter der Staatsregierung hat lobend hervorgehoben, daß die Schäden, die infolge der Nach-

kriegsverhältnisse an den Provinzialstraßen eingetreten sind, beseitigt wurden und daß der Zustand dieser Straßen ein durchaus guter ist. Wenn man aber aufs Land hinausgeht, dann findet man etwas andere Verhältnisse. Wenn die Provinz die ihr für den Straßenbau zur Verfügung stehenden Mittel und die Anleihen, die zu diesem Zwecke noch besonders aufgenommen worden sind, um die Straßen auszubauen, die jetzt insbesondere von den Automobilen der herrschenden Klasse benützt werden, so hat man das auf Kosten des Wegebbaus auf dem Lande getan, indem man den Gemeinden und Kreisen nicht die notwendigen Zuschüsse für ihren Wegebau gegeben hat. Wir müssen hier eine Benachteiligung des Landes nicht gegenüber der Industriebevölkerung, sondern gegenüber einer kleinen Schicht in den Städten feststellen, die heute auf Grund ihres Besitzes das Auto benützt. Deshalb muß gefordert werden, daß nicht nur die Mittel der Provinz für die Verbesserung der Provinzialstraßen gebraucht werden, sondern, daß wenigstens auch diejenigen, in deren Interesse der Ausbau der Provinzialstraßen in erster Linie erfolgt, in einem höheren Maße zu den Kosten herangezogen werden und daß auf der anderen Seite die Mittel der Provinz, die auch von der Landbevölkerung mitaufgebracht werden müssen, in höherem Maße zur Förderung des Gemeindegebäus verwandt werden.

Dann hat man in den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns vermißt, daß man auch die Provinz versucht, den Wohnungsbau in der ihr zukommenden Weise zu fördern. Wenn durch die Wohnungsfürsorge auf diesem Gebiete gearbeitet wird, so ist das durchaus ungenügend. Die Provinz muß Mittel zur Verfügung stellen, damit die notwendigen Darlehen über die Hauszinssteuerhypotheken hinaus auch wirklich von der arbeitenden Bevölkerung verzinst werden können. Ohne daß diese notwendigen Zusatzdarlehen zu einem erträglichen Zinsfuß gegeben werden, ist die Bezahlung der Miete für Wohnungen, die mittels der Hauszinssteuer errichtet werden, nur einer ganz kleinen Schicht möglich. Die Provinz muß hier einen Ausgleich wenigstens insofern schaffen, als eine Zinsverbilligung für die von der Landesbank für diesen Zweck bereitgestellten Darlehen gewährt wird. Wenn man böshaft sein wollte, könnte man annehmen, daß nach der Umgehung dieser Frage durch den Herrn Landeshauptmann eine Wohnungsnot in der Rheinprovinz nicht mehr vorhanden sei. Für sehr viele ist auch tatsächlich die Wohnungsnot ein unbekannter Begriff. Aber für diejenigen, die den unteren Volksschichten angehören, ist die Wohnungsnot eine der furchtbarsten Geißeln, die das Leben vieler zu einer qualvollen Hölle macht und die Quelle ungeheurer Schäden ist, für die nachher wiederum Mittel von der Provinz aufgewandt werden müssen. Deshalb muß auch hier gefordert werden, daß zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues von der Provinz

die Mittel bereitgestellt werden, die erforderlich sind, um hier wenigstens die allergrößten Schäden zu beseitigen.

Ein dunkles Kapitel ist das der Befoldung. Wir haben nicht nur eine Befoldungsordnung mit dreizehn Klassen, sondern darüber hinaus noch eine ganze Reihe Einzelgruppen. Wenn schon in der Befoldungsordnung nicht ein einziger sozialer Zug ist, so ist bei der Ruhegehaltsordnung, die dieser Befoldungsordnung angepaßt ist, in ihrer Auswirkung noch viel Schlimmeres zu verzeichnen. Nach dem Bericht betragen die Durchschnittspensionen der Beamten im letzten Jahre 3700 Mark. Das bedeutet selbstverständlich, daß das Groß viel weniger als 3700 Mark bekommt und daß ein kleiner Teil eine wesentlich darüberliegende Pension erhält. Bei den Hinterbliebenenbezügen betragen die Durchschnittsbezüge 2200 Mark. Auch hier ist natürlich der gleiche Unterschied vorhanden, auch hier hat das Groß eine bedeutend geringere Pension. Aber wenn man damit die Beträge vergleicht, die die Arbeiter und Angestellten als Ruhegehalt oder als Hinterbliebenenrente erhalten, so treten hier Unterschiede in die Erscheinung, die direkt unglaublich sind. Bei diesen Arbeitern und Angestellten beträgt der durchschnittliche Jahresbezug 1400 Mark, wobei natürlich auch wieder nach unten hin ganz gewaltige Verringerungen eintreten. Dies trifft auch auf die Hinterbliebenenrenten zu, die für diese Kategorie nur jährlich 800 Mark betragen. Das nennt man sozialen Ausgleich. Auf der anderen Seite haben wir bei der Provinzialverwaltung und in den Provinzialanstalten noch eine große Anzahl von Beamten und Angestellten, die nach den Gruppen 2 und 3 besoldet werden und die nebenbei entweder stehen müssen oder sonst in irgendeiner Weise gezwungen sind, sich neben dieser Befoldung Einnahmen zu verschaffen. Es ist meiner Meinung nach ein Skandal, wenn man Leute in den Gehaltsgruppen 2 und 3 beschäftigt, die zum Teil bereits 30 und mehr Jahre ihre Arbeitskraft der Provinz zur Verfügung gestellt haben. Deshalb ist es meiner Meinung nach erforderlich, daß der Provinziallandtag immer und immer wieder eine Abänderung der Befoldungsordnung fordert und daß vor allen Dingen die Provinz selbst diese Härten auszugleichen versucht. Wir werden aus dem Grunde beantragen, daß alle diejenigen Beamten und Angestellten der Provinz, die in einer Gruppe unter 4 sind, in 4 eingestuft werden, und daß bei Neueinstellungen das Anfangsgehalt in Gruppe 4 in allen Fällen das Mindestgehalt sein muß. Wir sind der Auffassung, daß das Gehalt der Gruppe 4 nicht zum Lebensunterhalt ausreicht. Aber um Ihnen zu beweisen, daß es uns nicht darauf ankommt, lediglich Agitationsanträge zu stellen, bleiben wir in unserem Antrage unter dem, was eigentlich vom rein menschlichen Standpunkte aus gefordert werden müßte. (Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Kein Mensch ist in 2!) Na, es gibt Pfortner, die in 2 sind. (Widerspruch.)

Entweder bin ich angelogen worden (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Das soll vorkommen!) oder Pfortner von Heil- und Pflegeanstalten werden nach 2 besoldet. (Zuruf eines Kommunisten: Ihre Leute — zu den Sozialdemokraten — sind alle in einer höheren Gruppe!) Aber sehen Sie sich einmal die Zahl derer an, die in 3 sind. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: In der Gemeinde wird ja mit 4 angefangen!) Das ist auch verschieden, je nachdem. Aber zählen Sie einmal nach, wieviel in 3 sind. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Sie haben doch die Vorlage bekommen, was reden Sie denn da oben?) Aber es ist doch Tatsache, daß eine ganze Reihe von Beamten und Angestellten der Provinz unter Gruppe 4 besoldet werden. Gruppe 4 ist nach unseren Begriffen das mindeste, was ein Mensch haben muß, um die bescheidensten Bedürfnisse erfüllen zu können.

Jetzt zu einigen anderen Punkten. Die Verhältnisse in den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten sind keineswegs so, daß darüber keine berechtigten Klagen vorzubringen wären. Wenn wir auch anerkennen, daß die älteren Anstalten in ihrer ganzen Einrichtung nicht so mustergültig sein können, wie die neuerichteten Anstalten, so muß doch dahin gewirkt werden, daß auch diese Anstalten möglichst modernisiert werden. Wir haben im vorigen Jahr verlangt, daß der Mietvertrag über einen Teil der Anstalt Galkhausen gelöst und die Anstalt Galkhausen wieder vollständig als Heil- und Pflegeanstalt in Benutzung genommen wird. Damals war angeblich kein Bedürfnis dafür vorhanden. Aber ich behaupte, daß dieses Bedürfnis doch vorhanden war, denn im letzten Jahre haben wir eine teilweise Ueberbelegung der Heil- und Pflegeanstalten gehabt, die meiner Meinung nach unzulässig ist. Ich habe in Bonn in der Frauenabteilung persönlich festgestellt, daß nicht nur an jeder Seite zwei Betten aneinandergerückt waren, um eine möglichst große Anzahl Betten an jeder Stirnseite stellen zu können, sondern daß auch noch eine dritte Reihe vor diesen Betten aufgestellt wurde, auch mit zwei und zwei aneinandergerückt. In einem solchen Saal ist nicht einmal der polizeilich vorgeschriebene Luftraum für die Patienten vorhanden. Meiner Meinung nach sind diese Zustände unhaltbar. Deshalb muß gefordert werden, daß die Provinzialanstalt Galkhausen wieder vollständig zur Unterbringung der Pflegebedürftigen in Benutzung genommen wird. Gerade bei der Provinzialanstalt Bonn sind Zustände, die wirklich jeder Beschreibung spotten. Dort sind Arbeitsräume, die meiner Meinung nach die Gewerbeinspektion für gesunde Arbeiter nicht als angemessen bezeichnen würde, Arbeitsräume, die im Keller gelegen sind, die nur Halbdunkel haben und die meiner Meinung nach auf den Gesundheitszustand der Kranken einen durchaus ungünstigen Einfluß ausüben müssen. Deshalb muß vom Provinziallandtag gefordert werden, daß hier sofort andere Arbeitsräume geschaffen

werden und daß, so lange diese nicht vorhanden sind, in diesen Räumen keine Leute mehr beschäftigt werden. Im Sommer sind die Verhältnisse für die Kranken durch die ungeheure Fliegenplage direkt unerträglich. Diese Fliegenplage ist darauf zurückzuführen, daß die landwirtschaftlichen Dekonomiegebäude in unmittelbarer Nähe der Anstaltsgebäude liegen und daß natürlich von dort die Fliegen angezogen werden. Aber auch die Wirtschaftsgebäude sind in einem unglaublichen Zustande. Meiner Meinung nach muß von der Provinzialverwaltung unverzüglich eine Verlegung der landwirtschaftlichen Dekonomiegebäude erfolgen, und es müssen darin dann die jetzigen Wirtschaftsgebäude untergebracht werden.

Auch die Behandlung der Patienten läßt noch viel zu wünschen übrig. Ich will nicht bestreiten, daß die Vorschriften im einzelnen vielleicht genügend sind. Aber die Kranken werden mit allen möglichen Mitteln gezwungen, zu arbeiten, trotzdem jeder Arbeitszwang ausgeschlossen sein soll. Diejenigen, die nicht die ihnen übertragene Arbeit verrichten, oder infolge ihres Zustandes die Arbeit nicht so machen, wie sie gemacht werden soll, werden so lange eingepackt, bis sie müde und bereit sind, eine solche Arbeit zu machen. Es muß dahin gewirkt werden, daß solche Mittel unzulässig sind, um die Kranken zur Leistung irgendeiner Arbeit zu bringen. In den Anstalten ist allgemein nicht die Bezeichnung „Heil- und Pflegeanstalt“, sondern „Heil- und Flegeanstalt“ üblich. Ich glaube, es ist an der Zeit, dafür zu sorgen, daß dort, wo irgendwelche Auswüchse bestehen, durchgegriffen wird und daß das Vorurteil, das heute noch allgemein in der Bevölkerung gegen die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten besteht, endlich ausgeräumt wird. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Auch mit der Einweisung der Kranken in die verschiedenen Abteilungen muß etwas vorsichtiger vorgefahren werden. Ich habe einen Fall erlebt, der einfach unglaublich klingt, wo ein Fürsorgezögling, der Epileptiker ist und der angeblich in einer Fürsorgeerziehungsanstalt ein „Komplott“ gegen das Personal geschmiedet haben soll, in eine Heil- und Pflegeanstalt zur Behandlung gebracht wurde. Und wohin? In das Bewahrschhaus in Bedburg-Hau. Ich würde Ihnen allen empfehlen, dieses Haus sich einmal anzusehen. Dann werden Sie mit mir der Überzeugung sein, daß es nur für solche Geistesranke in Betracht kommen kann, die wirklich eine dauernde Gefährdung ihrer Mitmenschen sind, daß es aber auch auf diese Fälle beschränkt werden muß und daß es wirklich ein Verbrechen ist, einen Menschen, der als Epileptiker eine sachgemäße Behandlung haben muß, in eine solche Umgebung zu bringen, in der man ihn 1½ Jahr festhält und beinahe zur Verzweiflung bringt. Solche Dinge müssen unmöglich gemacht werden.

Das sind die Kritiken, die wir hier anzusetzen haben. Wir werden in den Kommissionen noch eine Reihe

Einzelfälle vortragen, um zu zeigen, wo die Verhältnisse gebessert werden müssen.

Das dunkelste Kapitel ist sicherlich das der Fürsorgeerziehung. Der Name ist durchaus falsch. Er bezeichnet durchaus nicht das, was als Fürsorgeerziehung in der Provinz praktisch durchgeführt wird. Im vorigen Jahr hat der Herr Landeshauptmann darauf hingewiesen, daß versucht werden müsse, vor allen Dingen die Anstaltspflege einzuschränken und diese Fälle überhaupt zu reduzieren, indem man überall wo es möglich ist, die Kinder in die Familien zurückgibt. Wir haben damals nicht sehr viel Glauben an diese Ausführungen gehabt. Wir haben jetzt bereits die Bestätigung dafür, daß nicht eine Verringerung der Zahl, sondern eine Erhöhung von 14 000 auf 15 000 eingetreten ist. Die Ursachen habe ich vorhin bereits geschildert. Sie liegen keineswegs darin, daß etwa die Arbeiterschaft in moralischer und sittlicher Beziehung verkommener ist als andere Volkskreise. Ich behaupte im Gegenteil, daß die sittliche und moralische Stellung der Arbeiterschaft eine einwandfreiere ist als die anderer Volksteile. Aber in der Fürsorgeerziehung finden wir fast ausnahmslos Kinder aus Arbeiterfamilien, der beste Beweis dafür, daß die Ursachen der Fürsorgeerziehung lediglich in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet sind. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Deshalb halten wir es für angebracht, daß die Mittel, die jetzt für die Fürsorgeerziehung völlig zwecklos aufgewandt werden, zum Teil zur Vorbeugung benutzt werden und daß den Familien, die ihre Kinder nicht in irgendeiner Weise notdürftig durchbringen können, Erziehungszuschüsse gegeben werden. Ich glaube, das ist viel vernünftiger, als zunächst zuzulassen, daß durch die wirtschaftlichen Verhältnisse die Kinder demoralisiert und dann zwangsweise in Fürsorge gebracht werden.

Solange die heutigen Verhältnisse bestehen, verlangen wir, daß für die Familienpflege solche Pflegesätze gezahlt werden, die es gestatten, den betreffenden Pfleglingen auch wirklich die notwendige Nahrung zuzukommen zu lassen. Wenn hier ein Betrag von 75 Pfg. durchschnittlich gegeben wird, so entspricht das nicht dem mindesten, was für die Ernährung dieser Kinder erforderlich ist.

Nach dem Bericht des Herrn Landeshauptmanns werden für Bekleidung und Ausrüstung dieser Kinder in Familienpflege jährlich ganze 12,98 Mark ausgegeben. Das bedeutet, daß entweder die in größter Not lebenden Familien dieser Kinder nun noch die Kinder zum Teil kleiden müssen oder aber, daß sie in Lumpen oder in geschenkten Kleidungsstücken umherlaufen müssen. Es wird also nicht einmal in der notdürftigsten Weise von seiten der Provinz für die Bekleidung der in der Familienpflege befindlichen Zöglinge gesorgt.

Die Kosten der Fürsorgeerziehung in den Provinzialanstalten sind, trotzdem die persönlichen Kosten gestiegen sind, im vergangenen Jahre nicht unwesentlich

gesunken. Ich kann mir das nur dadurch erklären, daß auch hier an der Verpflegung, an der Bekleidung, vielleicht auch an anderen Dingen gespart worden ist, was sich natürlich gegen die Zöglinge selbst auswirken muß. Ich kann mir nämlich kaum denken, daß durch eine rationellere Bewirtschaftung solche Ersparnisse möglich sind, wie sie hier in dem Bericht des Herrn Landeshauptmanns in die Erscheinung treten. Dagegen müssen wir feststellen, daß in den Privatanstalten die Kosten während der gleichen Zeit nicht unwesentlich gestiegen sind.

Ein anderer Punkt, der mir sehr dunkel erscheint und worüber wir Aufklärung verlangen, sind die Kosten der Beaufsichtigung für die in Familienpflege und in Lehr- und Dienststellen untergebrachten Zöglinge. Es wird dort auch in diesem Jahre noch ein Betrag von jährlich 46,20 Mark aufgewandt. Das bedeutet, daß für die Beaufsichtigung der ungefähr 7000 Zöglinge, die in Familien- und in Lehr- und Dienststellen untergebracht sind, jährlich nicht weniger als 320 000 Mark aufgewandt werden. Aber ich glaube, das ist eine Position, aus der insbesondere den karitativen Verbänden Subventionen zugeführt werden, in dem hier in der Form der Beaufsichtigung von Fürsorgezöglingen diese Organisationen eine Unterstützung des Provinzialverbandes erhalten. Wir verlangen in diesem Punkte Aufklärung und fordern, daß diese Beaufsichtigung durch die Provinz selbst, vor allen Dingen durch die örtlichen Jugendämter und ihre Organe durchgeführt wird und nicht in der bisherigen Form, wofür hunderttausende Mark jährlich erforderlich sind.

Dann haben wir immer schon gefordert, daß die Fürsorgezöglinge nicht als billige Ausbeutungskräfte auf das Land und in häusliche Dienste gegeben werden, sondern daß sie, soweit sie das überhaupt wünschen, die Möglichkeit erhalten, einen Beruf zu erlernen, der ihnen später ein Fortkommen gewährleistet. Aber es werden keine Zahlen darüber angegeben, wieviel Zöglinge eine berufliche Ausbildung erhalten. Ich glaube, man behauptet durchaus nicht zuviel, wenn man sagt, daß 90 Prozent aller Zöglinge über 14 Jahre heute wirklich als billige Arbeitskräfte bei einer ungeheuren Arbeitszeit ausgebeutet werden und nach Ablauf der Fürsorgeerziehung als Gelegenheitsarbeiter sich durchschlagen müssen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Das ist ein unwürdiger Zustand, der auch unter dem heutigen System beseitigt werden kann.

Wenn nun auch die Provinzialverwaltung selbst an der Verhängung der Fürsorgeerziehung schuldlos ist, so stände es, glaube ich, doch in ihrer Macht, in sehr vielen Fällen die Fürsorgeerziehung zum frühesten Zeitpunkt aufzuheben, wenn wirklich durch sozial denkende Menschen eine Nachprüfung der häuslichen Verhältnisse vorgenommen würde. Wie die Urteile der Klassenjustiz in Fürsorgefällen zustande kommen,

das ist einfach unbegreiflich. Trotzdem keine Kinder und Fürsorgezöglinge durch uniformierte Polizeibeamte abgeholt werden dürfen, kann man dies immer und immer wieder feststellen. In der rücksichtslosesten Weise werden die Kinder ihren Eltern weggerissen. Mir ist ein Fall bekannt, wo die Polizei frühmorgens in Uniform erschien, einer Witwe ihre Kinder von 1 bis 12 Jahren wegnahm und diese Kinder einfach verschleppte. Denn anders kann man es nicht bezeichnen, wenn man die Mutter darüber im unklaren läßt, wo die Kinder hingebracht werden. Die Mutter brach dann zusammen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Man benutzte die Gelegenheit, um die Dreizimmerwohnung der Frau zu räumen, das Mobiliar auf den Speicher zu stellen und sie so auch noch ihrer Wohnung zu berauben. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Das ist natürlich nachher der Grund, daß die Fürsorgeerziehung mangels einer Wohnung unbedingt aufrechterhalten werden muß. Wenn irgendein Sittlichkeitschneifler bei einer solchen Witwe feststellt, daß sie vielleicht mit einem Manne verkehrt hat, so genügt das, um die sittliche Gefährdung der Kinder zu begründen. Es ist meiner Meinung nach etwas Unglaubliches, daß dadurch Familien auseinandergerissen werden und daß dadurch weiterhin die Kosten der Fürsorgeerziehung ins Unheimliche wachsen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Der Lehrer Lohmar drüben in M. Gladbach war für die Jugenderziehung nicht zu gefährlich!)

Meine Damen und Herren! Ein anderer Fall. Auf Grund eines Gerichtsurteils wurde über zwei Kinder, von denen der Junge bereits die Schule verlassen hatte und das Mädchen bereits 12 Jahre alt war, Fürsorgeerziehung verhängt. Das Gericht hat auf Grund der Angaben guter Freunde und treuer Nachbarn dem Antrage des Jugendamtes stattgegeben, trotzdem die Eltern 7 Kinder erzogen haben, von denen jedenfalls — mit einer einzigen Ausnahme — gegen keins irgend etwas eingewandt werden kann. Nachdem ich mich von den Verhältnissen im einzelnen überzeugt habe, habe ich festgestellt, daß nicht ein einziger Grund vorhanden war, die Fürsorgeerziehung zu verhängen. Die Ursache war lediglich die Tatsache, daß die Eltern auf Grund der Erfahrungen, die sie mit der Kirche gemacht hatten, nicht allzu fest mehr an der Kirche hingen und daher der dortige Pastor und der Kirchenvorstand glaubten, es bestände die Gefahr, daß die Seelen dieser Kinder der Kirche verloren gehen könnten. Also Eltern, die 7 Kinder erzogen haben, wo der Vater seit 20 Jahren auf Grund einer Lungenkrankheit Invalide ist und trotzdem seine Familie durchgebracht hat, nimmt man die beiden jüngsten Kinder, die eine Stütze der Eltern sein könnten, weg, und, wenn die Verhältnisse nachgeprüft sind, gibt es seitens der Provinzialverwaltung noch Schwierigkeiten, um die Aufhebung der Fürsorgeerziehung zu erzielen. Hier muß, wenn das, was der

Herr Landeshauptmann im vorigen Jahr gesagt hat, überhaupt einen Sinn haben soll, gefordert werden, daß eine Nachprüfung aller Fälle vorgenommen wird und daß überall dort, wo unter Gewährung von Verpflegungszuschüssen eine Entlassung am Plage ist, die Entlassung aus der Fürsorgeerziehung erfolgt.

Das schlimmste Kapitel sind die Privatanstalten, die bisher überhaupt unter keiner öffentlichen Kontrolle stehen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Es muß gefordert werden, daß die Provinz diese Anstalten nicht mehr zur Unterbringung von Fürsorgezöglingen benutzt und daß die Fürsorgezöglinge, die wirklich auf Grund besonderer Verhältnisse einer Erziehung bedürfen, in eigenen Anstalten der Provinz untergebracht werden. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Das, was das Licht der Öffentlichkeit aus diesen Anstalten erblickt, ist zum Teil direkt empörend. Eine Arbeitszeit kennt man dort überhaupt nicht. Nur einige Auschnitte: In den Düsseldorf Anstalten, im Rede-Stift, wird eine ziemlich umfangreiche Bäckerei betrieben, die natürlich nicht nur für die Düsseldorf Anstalten den Brotbedarf deckt, sondern auch noch den Bäckereien in Düsseldorf eine ganz gewaltige Konkurrenz ist. Das Nachtbrotverbot, das sonst für alle Bäckereien gilt, scheint dort nicht zu bestehen. Die Arbeitszeit ist unbegrenzt, die Behandlung der Zöglinge so ziemlich wie auf dem Kasernenhof. Die Bezahlung? Na, Nebensache. Das gleiche gilt auch für die sonstigen Privatanstalten. Wir werden vor allen Dingen in den Ausschüssen Gelegenheit nehmen, eine ganze Menge von Material noch vorzutragen. Deshalb ist es unverantwortlich, noch länger in diesen religiösen Anstalten Kinder unterzubringen, für die die Provinz die Erziehungskosten zu tragen hat, sondern hier müssen Provinzialanstalten geschaffen werden. Wir verlangen, daß vor allen Dingen überall dort, wo durch den Landeshauptmann die Aufhebung der Fürsorge möglich ist, eine Nachprüfung erfolgt, sowie Entlassungen in all den Fällen, wo wirklich keine direkte Gefahr für die Kinder besteht. Wir verlangen weiter, daß von den eingesparten Kosten Zuschüsse zur Erziehung dieser Kinder an die in Armut lebenden Familien gegeben werden. Ferner verlangen wir, daß sowohl ausreichende Pflegegelder für Privatpflege gezahlt, als auch ausreichende Beträge für die Bekleidung der Zöglinge ausgeworfen werden. Bei Beschäftigung, ganz gleichgültig, wo die Beschäftigung erfolgt — ob im Hausdienste, ob in der Landwirtschaft, ob als gewerblicher Arbeiter — muß die Bezahlung nach Tarif erfolgen, muß dafür gesorgt werden, daß das Verdienst nicht in irgendeiner Weise dem Arbeitgeber zugute kommt, sondern auch tatsächlich den Fürsorgezöglingen sicher gestellt wird. Wir verlangen ferner, daß die Fürsorgezöglinge das Recht haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren, soweit sie irgendwie beschäftigt werden, daß sie die Möglichkeit haben, an dem Leben der Gewerkschaften und an ihren Versammlungen teilzunehmen.

Die Fürsorgeerziehung hat durchaus nicht das Recht, die verfassungsmäßig garantierte Koalitionsfreiheit diesen jungen Leuten, die wirtschaftlich ausgepreßt werden, irgendwie zu beschneiden.

Die Beseitigung der Prügelstrafe, wie die Beaufsichtigung durch die örtlichen Jugendämter, ist eine ergänzende Forderung, die wir auf diesem Gebiete erheben müssen.

Wenn bei dem Etat für 1925 noch ein erheblicher ungedeckter Fehlbetrag vorhanden ist, wenn bereits im Vorjahre diese Abstriche am Etat gemacht wurden, wenn in diesem Jahre wiederum ohne Berücksichtigung des Notwendigsten der Etat aufgestellt wurde, so ist das, glaube ich, ein Beweis dafür, wie weit der Bankrott der heutigen Gesellschaft und ihrer staatlichen Organe bereits vorgeschritten ist. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Alle Ausführungen, die einen gewissen Optimismus zum Ausdruck bringen, werden natürlich niemals in Erfüllung gehen können, sondern es wird sich der heutige Zustand durch eine Verschärfung der Not für die Arbeiter fortsetzen. Das wird natürlich dazu führen, daß auf der einen Seite die Profite der Besitzenden größer werden und auf der anderen Seite das stabilisierte Elend schlimmere Formen annimmt. Wir müssen es deshalb ablehnen, in die Gefänge einzustimmen, die hinauslaufen auf eine Volksgemeinschaft, auf eine Ueberbrückung der Gegensätze, die angeblich, nach den Ausführungen des Herrn Oberpräsidenten, nur künstlich konstruiert werden. Wir sagen vielmehr, daß die Gegensätze zwischen den Ausgebeuteten und den Ausbeutern sich dauernd verschärfen müssen, daß diese Gegensätze die Ausgebeuteten zwingen, eine einheitliche Front gegen ihre Ausbeuter zu bilden, und um die Erhaltung ihrer Existenz zu kämpfen. Das ist die Linie, in der die Entwicklung gehen wird. Eine Ueberbrückung der Gegensätze wird selbst den Sozialdemokraten nicht gelingen, trotz ihrer Anschließung an die Bourgeoisie und ihrer Helfersdienste. (Zuruf: Die Entwicklung hält keiner auf!) Es ist durchaus verfehlt, sich jetzt darüber zu beklagen, daß man nicht überall an die Futterkrippen zugelassen wird. Seien Sie (zu den Sozialdemokraten) beruhigt. Auch wenn die Bourgeoisie Sie heute nicht überall mehr gebraucht, als Polizeipräsidenten, als Schlichter werden Sie der Bourgeoisie immer noch Leute zur Verfügung stellen dürfen. Für diese schwierigsten Dienste, für diese Blutarbeit an der Arbeiterklasse sind Heinrich Meyer und andere immer noch gut genug. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Ihr habt doch den Hindenburg-Kurs gemacht!) Na, Hindenburg-Kurs. Ich habe kein Bedürfnis, noch auf die Bürgerblockregierung und ihre Politik im einzelnen einzugehen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Das ist für Sie auch heißes Eisen!) Aber die Bürgerblockregierung ist doch das Produkt

Ihrer Arbeit. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Die Niederschlagung der Arbeiterklasse, das sind die Früchte Ihres Verrates seit 1914. Ihre Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik und neuerdings auch Ihre Wirtschaftsdemokratie wird die Arbeiterschaft nur in noch größeres Elend hineinbringen. (Zuruf des Abgeordneten Görlinger: Seid still, Ihr lernt's noch!) Alle Ihre Vorschläge zu Reformen werden diese Leute keineswegs irgendwie in Retirade bringen, sondern sie nur dazu veranlassen, ihre Profitpolitik rücksichtslos fortzuführen. Man wird Ihnen gestatten, hie und da noch eine schmierige Arbeit zu machen. Dafür wird man Sie auch noch zu Krippen heranziehen, und Sie werden natürlich trotz aller Fußtritte, die Sie heute bekommen, immer und immer wieder, wenn die Bourgeoisie Ihre Hilfe gebraucht, bereit sein, sich schützend vor die Geldschränke dieser Gesellschaft zu stellen. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Jeder blamiert sich, so gut er kann!) Ich brauche dafür im einzelnen keine Beweise anzuführen. Aber ich sage Ihnen: Es wird Ihnen nicht mehr gelingen, die Arbeiterschaft, wenn sie in Bewegung ist, durch die Präsentierung eines Finanzministers, der ein Besitzsteuerprogramm vorlegt, wie es Herr Hilferding getan hat, zurückzudrängen, sondern die Arbeiterschaft hat aus diesen Dingen gelernt. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Können Sie überhaupt namens der Arbeiterschaft zu uns sprechen? Sie haben ja gar keine Anhänger mehr!) Sie können in demagogischer Weise wirken, wie Sie wollen; die Arbeiterschaft, auch die christliche, wird erkennen, daß sie in wirtschaftlicher Hinsicht gemeinsame Interessen gegen das Kapital hat (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Und Sie sind der Zersplitterer!), daß in wirtschaftlicher Hinsicht die Kämpfe geschlossen geführt werden müssen. Ob Sie jetzt einen lendenlahmen Kampf gegen das Arbeitszeitgesetz führen, ob Sie jetzt der Bourgeoisie behilflich sind, durch die Erwerbslosenversicherung das bisherige Fürsorge, das besteht, noch zu beseitigen, ob Sie mit Rücksicht auf die preußische Koalition Hirtfelder schützen, trotz seiner ungeheuerlichen Mietverordnung (Sehr richtig! bei den Kommunisten), oder ob Sie auf einem anderen Gebiete einen Verrat begehen, die Arbeiterschaft wird die Dinge, die Sie hinter sich haben, nicht mehr vergessen und sich nicht mehr vom Kampf durch die Phrasen der Sozialdemokratie abhalten lassen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Gegen kommunistische Phrasen!) Ich glaube, das hat die Arbeiterschaft begriffen, daß, genau so gut wie die Bourgeoisie, ihre Ausbeuter, über alle politischen und religiösen Gegensätze hinweg eine geschlossene Front gegen sie bilden, auch die Arbeiterschaft diese geschlossene Front bilden muß, um ihre Existenz zu verteidigen und um eine Wirtschaft zu schaffen, die allen eine Lebensmöglichkeit einräumt. Die Arbeiterschaft erkennt immer mehr und mehr (Zuruf des Abgeord-

neten Hoffmann: daß Sie die Zersplitterer sind!), daß die demokratische Republik nicht in ihrem Interesse ausgebaut werden kann, daß es dort eine Demokratie nicht geben kann, daß es dort auch in wirtschaftlicher Beziehung keinen Ausgleich der Interessengegensätze geben kann, sondern daß nur der Kampf entscheidend sein kann für das, was die Arbeiter zur Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse erhalten werden. Aus diesem Grunde werden wir alles daran setzen, um die Arbeiterschaft von der Notwendigkeit des Klassenkampfes zu überzeugen, weil nur durch den Klassenkampf die Arbeiterklasse die heutigen Zustände beseitigen kann, weil sie nur dadurch ihre Existenz erhalten und darüber hinaus auch diese Wirtschaft überwinden kann. Sie mögen sich darauf beschränken, nun irgendwelche Reformen durchzusetzen. Aber die Arbeiter dürften doch bald erkannt haben, daß all dies Geplärre zwecklos ist, daß dies alles mit der kapitalistischen Wirtschaft unvereinbar ist, daß es unmöglich ist, innerhalb dieses Systems die Lebenslage der Arbeiterschaft zu verbessern. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Ohne Sozialdemokratie keine soziale Reform!) Wir werden auf allen Gebieten für die Durchführung der Tagesforderungen der Arbeiterklassen auch im einzelnen kämpfen. Wir werden aber über dem Kampfe um die aktuellen Tagesforderungen der Arbeiterklasse den Kampf zum Sturz der jetzigen Gesellschaft nicht vergessen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Mit Sowjet-Granaten!) Das ist natürlich Ihre alte Walze. Aber ich muß Ihnen noch sagen, daß die Mittel zur Bezahlung dieser Sowjet-Granaten, wenn sie wirklich geliefert sein sollten, die Sozialdemokraten bewilligt haben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn sie schon geliefert worden sind, dann haben natürlich die Sozialdemokraten die Gelder dafür bewilligt. (Zuruf links: Geßler hat die Bezahlung bestätigt.) Ich werde diese Polemik mit Ihnen nicht fortsetzen (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Weil sie Ihnen unangenehm ist!), weil ich nicht der Auffassung bin, daß Sie sich noch irgendwie von der Bourgeoisie zu lösen vermögen. Sie sind vollständig von dieser Gesellschaft korumpiert, Sie sind verloren. (Zuruf eines Sozialdemokraten: Für den Kommunismus!) Sie sind unzer trennbar verbunden mit der bürgerlichen Gesellschaft. Die Arbeiterschaft wird aus der ganzen Vergangenheit den Schluß ziehen, daß sie sich nicht davon abhalten lassen darf, Kämpfe zu führen, weil man eine Schlichtungsordnung hat, weil man ein Arbeitszeitnotgesetz erläßt, sondern sie wird einsehen, daß sie diese Kämpfe trotzdem führen muß, wenn sie leben will. Meine Herren, ich sage Ihnen, daß die Arbeiterklasse nicht ein menschenwürdiges Dasein von Gnaden der Bourgeoisie haben wird, sondern daß sie das nur durch den Kampf erreichen und daß ihre Befreiung nur ihr eigenes Werk sein kann. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Lernen Sie doch mal etwas von Marx!) Na, Herr

Hoffmann, mich mit Ihnen über Marx auseinander zu setzen, lehne ich ab. Sie haben inzwischen den Karl Marx verwechselt mit dem Kamerad Wilhelm Marx. Sie haben bereits die Ideologie von Wilhelm Marx zum Marxismus erhoben. So dürfte die Parallele stimmen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wir werden die Arbeiterklasse immer und immer wieder aufrufen zur Sammlung, zu einer geschlossenen Front gegen dieses bereits in der Verwesung begriffene System, damit sie mit den Mitteln des Klassenkampfes eine neue Arbeiterwelt aufrichte. (Lauter Beifall bei den Kommunisten.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a f e n : Das Wort hat Herr Abgeordneter Waterrodt.

Abgeordneter Waterrodt: Meine Damen und Herren! Wir sind in der angenehmen Lage, in diesem Jahre, ebenso wie im Vorjahre, an den Anfang unserer Erörterungen die Erklärung stellen zu können, daß wir den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns in seiner gestrigen Stattsrede im wesentlichen zustimmen können. Wir schließen uns dem von verschiedenen Seiten an die Verwaltung ausgesprochenen Dank in allen Punkten an.

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage, wie sie uns gestern hier vom Herrn Landeshauptmann vorgetragen worden ist, findet im allgemeinen unsere Billigung.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a f e n : Ich bitte, dem Redner mit etwas mehr Ruhe zuzuhören.

Abgeordneter Waterrodt: Wir sind der Ansicht, daß die allgemeine Wirtschaftslage so, wie sie vom Herrn Landeshauptmann beurteilt worden ist, im wesentlichen richtig beurteilt wird. Namentlich auch sind wir der Ansicht, daß der wirtschaftliche Aufschwung, den wir in der letzten Zeit haben beobachten können, nicht zu übertriebenen Hoffnungen berechtigen darf, sondern daß er wahrscheinlich nur eine vorübergehende Erscheinung bleiben wird, die sich jedenfalls im Sinne einer allgemein erhofften und erwarteten Gesundung der Wirtschaft nicht wird auswirken können, und zwar deshalb nicht, weil dieser wirtschaftliche Aufschwung auf Ursachen und Wirtschaftsmethoden beruht, die nach unserer Auffassung nicht in der Lage sind, den Kern des Übels zu beseitigen. Das Kernstück der ganzen Frage unserer zukünftigen wirtschaftlichen Gestaltung ist und bleibt das Erwerbslosenproblem, die Frage, wie wir die Menschen, die heute ohne Tätigkeit und ohne Arbeit sind, wieder irgendwie in den Wirtschaftsprozess einschalten können. Nach der Richtung hin ist jedenfalls in der letzten Zeit nichts Wesentliches geschehen. Solange es nicht gelingt, dem Problem der Erwerbslosigkeit mit wirksameren Mitteln zu begegnen als bisher, wird auch ein dauernder wirtschaftlicher Aufschwung und mit der wirtschaftlichen eine dauernde politische Gesundung unseres Lebens nicht möglich sein.

Es ist natürlich im Rahmen dieser Statterörterungen nicht möglich, den ganzen Umfang des Erwerbslosenproblems zu erörtern. Aber einige wesentliche Gesichtspunkte dürfen doch vielleicht kurz herausgestellt werden, die nach unserer Ansicht mehr Beachtung finden müssen, als sie bisher Beachtung gefunden haben.

Mit der Erhöhung der Unterstützungssätze oder mit der Erweiterung des Kreises der Unterstützten wird man dem Problem selbstverständlich nicht zu Leibe gehen und das Problem nicht restlos erledigen können. Ein wesentliches Moment, neben anderen positiven Momenten, ist bei der Frage der Erwerbs- und Arbeitslosigkeit das Problem der Schwarzarbeit. Wenn es uns gelänge, zunächst einmal die Schwarzarbeit zu beseitigen, dann würde dadurch, glaube ich, das Wesentlichste schon geschehen sein, was in der nächsten Zeit überhaupt geschehen kann, um der Gesamtwirtschaft zu helfen und gleichzeitig auch der Erwerbslosigkeit in weitem Umfange zu begegnen. Es ist allgemein bekannt, in welchem Maße heute Schwarzarbeit getrieben wird. Schwarzarbeit treiben nicht bloß die Erwerbslosen, die des Morgens zum Arbeitsnachweis gehen und stempeln und dann den ganzen Tag freihaben. Schwarzarbeit wird auch in weitem Umfange von denjenigen getrieben, die noch im Arbeitsprozeß drinstecken. Da zeigt sich eine der wichtigsten Schattenseiten der Ueberspannung eines an sich vielleicht richtigen Prinzips, nämlich der Ueberspannung der Forderung nach der schematischen Durchführung des Achtstundentages. Meine Damen und Herren! Es gibt zweifellos Arbeiter, für die der Achtstundentag noch zu lang ist; das kann gar nicht bestritten werden. Es gibt aber auch solche arbeitende Kreise, die durch eine achtstündige Beschäftigung am Tage nicht voll beschäftigt sind (Zuruf des Abgeordneten S a a f e n: Wie Sie zum Beispiel! Weiterer Zuruf: Aerzte usw.!) und die dann die überschüssige Zeit, die ihnen zur Verfügung steht, dazu benutzen, anderen die Arbeit wegzunehmen und außer der achtstündigen Arbeitszeit, die sie in ihrem besonderen Berufe absolvieren, noch andere Arbeiten zu verrichten. Es gibt eine ganze Reihe von Arbeitern — das muß einmal offen ausgesprochen werden —, die etwa von morgens 7 oder 8 bis nachmittags 3 Uhr ihre achtstündige Arbeitszeit absolvieren und dann von 4 bis 8 Uhr noch anderswo arbeiten. (Zuruf des Abgeordneten S a a f e n: Weil sie nicht leben können! Zahlen Sie anständige Löhne, dann hört das auf!) Dem kommunistischen Zwischenrufer möchte ich nur erwidern, daß es in den Kreisen der Bevölkerung, die nicht zur arbeitenden Bevölkerung gehören, weite Schichten gibt, die froh wären, wenn sie für ihren Lebensunterhalt das hätten, was ein Durchschnittsarbeiter bezieht, die sogar froh wären, wenn sie für ihren Lebensunterhalt das hätten, was ein Unterstützungsempfänger durchschnittlich an Unterstützung bezieht (Zuruf des Abgeordneten S a a f e n: Das ist be-

zeichnend für die heutige Wirtschaft!) Sie reden immer nur von den Verhältnissen in Ihren Berufsschichten und denken gar nicht daran, daß es andere Schichten der Bevölkerung gibt, die heute viel schlimmer daran sind als die Schichten, zu denen Sie gehören und deren Interessen Sie zu vertreten vorgeben. (Zuruf des Abgeordneten Haß: Sie stellen der heutigen Gesellschaft ein Armutszugnis aus!) Daran, daß die Schwarzarbeit so ungeheuer grassiert und daß damit auch die Zahl der Erwerbslosen immer mehr zunimmt, trägt auch die Arbeitgeberschaft einen Teil der Schuld; das darf nicht verschwiegen werden. Die Arbeitgeberschaft ist, wie wir glauben beobachten zu können, manchmal doch den Wünschen der arbeitenden Klassen gegenüber, namentlich, wenn es sich um Entlassungen handelt, viel zu entgegenkommend. (Hört, hört! links.) Wir müssen häufig die Beobachtung machen, um nur ein Beispiel herauszugreifen, daß in allzu entgegenkommenderweise (Zuruf links: Scharfmacher!) dem Arbeiter ein Entlassungsschein ausgestellt wird, in dem ihm bescheinigt wird, daß er wegen Arbeitsmangel entlassen wird, wenn die wirklichen Gründe der Entlassung andere sind. (Erregte Zurufe links: Das ist eine Gemeinheit! Das ist eine unerhörte Frechheit, was dieser Mensch sich da erlaubt!) Auch durch derartige Dinge, die von Ihnen ernstlich nicht bestritten werden können, wird die Erwerbs- und Arbeitslosigkeit künstlich über den notwendigen Stand hinausgehoben. (Unruhe links.)

Meine Damen und Herren! Die Arbeitslosenversicherung kann uns nach unserer Ansicht schon deshalb nicht helfen, weil sie in Wirklichkeit doch nur eine Verschiebung der Lastenaufbringung bedeutet. Das Wesentlichste und das Wichtigste ist, daß wir das ganze System an der Wurzel angreifen (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Aufhängen muß man Euch, dann ist das System an der Wurzel angefaßt!) und vor allen Dingen zunächst einmal dafür sorgt, dieses System, das sich weite Schichten der arbeitenden Bevölkerung geschaffen haben, um neben ihrem normalen Lohn (Zuruf eines Kommunisten: Was nennen Sie denn einen normalen Lohn, 25 Mark die Woche?) sich unzulässigerweise Nebenbezüge zu verschaffen, die sich der Kontrolle der Behörde gänzlich entziehen, wieder zu beseitigen.

Daneben muß, wie gesagt, meines Erachtens der Versuch hergehen, der schematischen Durchführung des Achtstundentages (Zuruf eines Kommunisten: Der existiert ja längst nicht mehr, warum reden Sie denn davon?), der von Ihnen (zur Linken) stets gefordert wird und dessen Durchführung Sie mit allen Mitteln erzwingen wollen, entgegenzutreten. (Zuruf des Abgeordneten Haß: Wieviel Stunden arbeiten Sie denn am Tage?) Ich habe vorhin bereits darauf hingewiesen, daß wir für eine Reihe von arbeitenden Schichten anerkennen, daß der Achtstundentag noch zu lang ist, daß

es aber ebenso auch eine ganze Reihe anderer Schichten der arbeitenden Bevölkerung gibt, die damit nicht vollständig beschäftigt sind. Gerade in dieser Schematisierung, die von Ihnen gefordert und verlangt wird, erblicken wir einen der wichtigsten Gründe, die zu den Schwierigkeiten geführt haben, unter denen wir leiden. (Zuruf des Abgeordneten Göltinger: Davon verstehen Sie nicht viel!) Nicht verstehen können habe ich es, daß der Herr Kollege Hölken hier von einem unheilvollen Einfluß der Wirtschaft gesprochen hat, der sich überall breitmachen soll. Die ganze schwierige Lage, in der wir uns befinden, ist doch in Wirklichkeit nur wirtschaftlicher Art, und von der Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse hängt letzten Endes doch die Gestaltung aller anderen Verhältnisse ab. Diese schwierige Wirtschaftslage aber, meine Herren, ist doch hervorgerufen durch die falsche Wirtschafts- und Staatspolitik, die bei uns im letzten Jahrzehnt getrieben worden ist, und zwar gerade unter der verantwortlichen Mitwirkung und Führung derjenigen Kreise, denen der Herr Kollege Hölken angehört. (Zuruf eines Kommunisten: Der Sozialdemokraten!) Wenn Sie nun instinktiv fühlen, meine Herren, daß Sie die Gesundung, die wir unbedingt notwendig haben, durch diese von Ihnen inaugurierte Politik nicht erreichen werden, sondern daß die Gesundung beginnt, gerade aus der Wirtschaft selbst herauszukommen, dann ist es allerdings verständlich, daß Sie sich dagegen in Abwehrposition setzen. Aber diese Abwehr wird dadurch in keiner Weise etwa richtig oder sachlich begründet.

Wenn im übrigen der Herr Kollege Hölken hier geglaubt hat, darauf hinweisen zu sollen, daß bestimmten Wirtschaftsverbänden und wirtschaftlichen Organisationen ein Anhörungsrecht bei der Frage der Bewilligung von Steuern gegeben worden sei und daß dieses Anhörungsrecht sich zu einem direkten Mitbestimmungsrecht ausgewachsen habe, so scheint Herr Kollege Hölken noch nie etwas von der Nebenregierung der Gewerkschaften gehört zu haben. Er scheint nie etwas davon gehört zu haben, daß die Gewerkschaften doch in sehr erheblichem Umfange nicht nur gefordert haben, Einfluß auf die Gesetzgebung und die Verwaltung zu gewinnen, sondern daß sie diesen Einfluß auch in sehr erheblichem Umfange erreicht haben.

Was die Frage unserer gegenwärtigen Verwaltungsorganisation anlangt, so hat der Herr Oberpräsident hier in seiner gestrigen Eröffnungsrede Bedenken gegen die Znangriffnahme der Verwaltungsreform geäußert. Der Herr Landeshauptmann hat zwar nicht direkt, aber doch sehr deutlich indirekt einen gegenteiligen Standpunkt eingenommen. Meine Freunde und ich halten es in dieser Frage mit dem Herrn Landeshauptmann. Wir sind der Auffassung, daß die Frage einer Verwaltungsreform, und zwar einer grundlegenden Verwaltungsreform, äußerst

dringlich ist. (Abgeordneter Dr. Stein: Sehr gut!) Die immer weitere Ausdehnung der Gegenstände der öffentlichen Verwaltung, die dadurch hervorgerufene Vergrößerung des Beamtenapparats und der Behördenorganisation, die Ausdehnung des Wasserkopfes Berlin, von dem der Herr Landeshauptmann gesprochen hat, zwingen unseres Erachtens dazu, diese Frage keinen Tag länger auf die lange Bank zu schieben, sondern sie mit möglichster Beschleunigung in Angriff zu nehmen. Nach unserer Ansicht ist ein rückwärtsloser Abbau der öffentlichen Aufgaben, namentlich der Verwaltungsaufgaben, notwendig. Meine Damen und Herren! Man spricht immer vom Beamtenabbau. Der Beamtenabbau ist aber nicht das Wesentliche, sondern das Wesentliche ist der Abbau der sachlichen Aufgaben der Verwaltung aller Sparten. Wenn dieser Abbau der sachlichen Aufgaben einmal durchgeführt wird, dann kommt der Abbau des Apparats ganz von selber. (Abgeordneter Görlinger: Was denken Sie sich dabei, Herr Vaterrodt?) Was ich mir dabei denke, Herr Görlinger, das will ich Ihnen sagen. Zunächst denke ich da an unsere stets vorgetragene Forderung, die ich auch heute wiederholen werde, auf Beseitigung jedweder Betätigung der öffentlichen Verwaltung in Dingen, die nicht Sache einer öffentlichen Verwaltung sind, namentlich in wirtschaftlichen Dingen; die Betätigung der Verwaltung in Regiebetrieben (Zuruf des Abgeordneten Görlinger: Das heißt, der ganzen Gemeindebetriebe!), die Beteiligung der Verwaltung an wirtschaftlichen Betrieben, industriellen Unternehmungen und dergleichen. (Zuruf links: Damit Sie höhere Preise nehmen können!) An diese Dinge denke ich in erster Linie. Wenn es uns gelingt, diese Dinge einmal wieder aus der Verwaltung herauszubringen und sie dahin zu bringen, wohin sie gehören, in die Hände der Wirtschaftskreise, und wenn es uns gelingt, einmal wieder den Umfang der Verwaltungsaufgaben etwa auf den Stand von 1914 zurückzuführen, dann ist mir um den Abbau des Apparates und um den Beamtenabbau gar nicht bange, dann kommt der meines Erachtens ganz von selber. (Abgeordneter Görlinger: Die Entwicklung geht umgekehrt! Zuruf rechts: Abwarten!) Herr Görlinger meint, die Entwicklung ginge umgekehrt. Sie geht solange umgekehrt, als es Ihnen möglich sein wird, auf diese Entwicklung noch einen maßgebenden Einfluß auszuüben. (Zuruf des Abgeordneten Haack: Dann dauert es ja nicht mehr lange!) Dann dauert es hoffentlich nicht mehr lange, denn es ist die allerhöchste Zeit, daß dieser Entwicklung Einhalt getan und an die Stelle dieser Entwicklung eine andere Entwicklung gesetzt wird.

Meine Damen und Herren! Um auf das Gebiet der kommunalen Regiebetriebe zurückzukommen. Die Verwaltungen, die sich in die Wirtschaft hineingemischt haben und die selber Wirtschaftsbetriebe haben, haben dabei doch in der Regel der Fälle, wenn es sich nicht

um sogenannte Monopolbetriebe handelte, gründlich Fiasko gemacht. Ich darf an eins erinnern. Wir haben im vorigen Jahre den Antrag gestellt, die Beteiligung der Provinz bei einer Aktiengesellschaft der Steinindustrie, der Westerwaldbrüche-Aktiengesellschaft, abzustößen. Dieser Antrag ist vom ganzen Hause, wenn ich mich recht erinnere, gegen unsere Stimmen abgelehnt worden. Meine Damen und Herren! Im vorigen Jahre wäre diese Abstößung vielleicht noch möglich gewesen. Ob sie in diesem Jahre noch möglich ist, weiß ich nicht. Wir werden unseren Antrag deshalb nicht wiederholen; auch deshalb nicht, weil er wahrscheinlich doch demselben Schicksal verfallen würde wie der vorigjährige Antrag. Aber, wenn dieser Betrieb trotz eines Darlehens von 400 000 Mark, das er von der Provinz erhalten hat, im abgelaufenen Geschäftsjahr mit einem so ungeheuren Defizit abgeschlossen hat wie kein Betrieb, der rein privatwirtschaftlich aufgezogen ist und mit rein privaten Mitteln arbeitet, dann, glaube ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das doch ein starker Beweis dafür, wie richtig unser Antrag im vergangenen Jahre war und wie richtig unser grundsätzlicher Standpunkt im allgemeinen ist. Man kann natürlich der Provinzialverwaltung keinen Vorwurf daraus machen, daß dieses Unternehmen so schlecht abgeschnitten und so schlecht gewirtschaftet hat. Aber davon bin ich überzeugt: Wenn das Unternehmen, an dem die Rheinprovinz, die Provinz Westfalen, der Kommunalverband Wiesbaden und der Ruhrfiedlungsverband finanziell erheblich beteiligt sind, nicht gewußt hätte, daß es diese starken öffentlichen Verbände hinter sich hatte, so hätte es wahrscheinlich viel vorsichtiger gewirtschaftet. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb sind wir auch, wenn wir unseren Antrag nicht wiederholen, heute wie vor Jahresfrist der Ansicht, daß die Verwaltung ihre Beteiligung an derartigen Unternehmungen so schnell wie möglich abbauen soll. Sie kann nicht mehr Geld verdienen, als wenn sie es lieber heute wie morgen tut.

In der Frage der Ruhrprovinz bitten wir den Herrn Landeshauptmann nachdrücklich, weiter auf dem von ihm eingenommenen Standpunkte zu verharren und allen Bestrebungen, die auf die Bildung einer besonderen Ruhrprovinz abzielen, den stärksten Widerstand entgegenzusetzen. Auch die Bildung einer derartigen neuen Provinz würde in Wirklichkeit nichts anderes zur Folge haben — darauf wurde gestern schon hingewiesen — als eine völlig unnötige, ungeheure Vergrößerung des Verwaltungsapparats und die Schaffung einer ganzen Reihe von neuen Behörden, Organisationen und Beamtenstellungen. Wir würden damit die Aufblähung des Verwaltungs- und Beamtenkörpers nur wiederum vergrößern. Wir sind aus diesen Gesichtspunkten heraus der Ansicht, daß dem mit allem Nachdruck entgegengetreten werden muß. Denn, meine Damen und Herren, das darf man

vielleicht auch einmal sagen: Dieses dauernde Aufblähen des Verwaltungs- und Beamtenapparats ist in Wirklichkeit doch auch gar nichts anderes, als ein besonderes System der Erwerbslosenfürsorge (Heiterkeit), wobei ich dahingestellt sein lassen will, ob der produktiven oder nur der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge.

Der Landwirtschaft, meine Damen und Herren, wird mit der Forderung nach Erhöhung der Produktion an sich, wie sie hier von verschiedenen Parteien gestellt worden ist, allein sicher nicht geholfen. Eine Erhöhung der Produktion der Landwirtschaft fördert die gesamte Wirtschaft und kommt der gesamten Volkswirtschaft zugute. Für die Landwirtschaft allein aber kommt es in erster Linie darauf an, eine Verbilligung der Produktion zu ermöglichen. (Sehr gut! rechts.) Diese Verbilligung der Produktion aber setzt eine Verminderung der Lasten voraus, namentlich eine Verringerung der Steuern, die heute auf der Landwirtschaft lasten. Weiterhin erscheint es erforderlich, dafür Sorge zu tragen, daß der Landwirtschaft in größerem Maße als bisher Hypotheken zu billigem Zinsfuß zur Verfügung gestellt werden können. In der Vorkriegszeit war die Landwirtschaft in der Lage, von der Landesbank der Provinz Hypothekenkaptialien zu sehr niedrigen Sätzen zu nehmen. Dies ist leider, was von uns sehr bedauert wird, gegenwärtig nicht in demselben Maße und demselben Umfange möglich. Im Gegenteil sind die Bedingungen außerordentlich erschwert, und die Zinssätze sind noch außerordentlich hoch. Es muß seitens der Provinz nach unserer Ansicht in der Richtung gestrebt werden, hier zu einer Besserung der Verhältnisse beizutragen und dafür Sorge zu tragen, daß gerade unserer heimischen Landwirtschaft Hypothekenkaptialien zu günstigeren Bedingungen und namentlich zu billigeren Zinssätzen zur Verfügung gestellt werden können, als es bisher der Fall gewesen ist.

Ein ganz besonderes Kapitel bei der Frage der Landwirtschaft bildet die Frage der Ueberspannung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Die Berufsgenossenschaften wurden ursprünglich ins Leben gerufen, um die Mittel für die Unfallrenten sicherzustellen. Man kam dann bald darauf, daß die beste Unfallversicherung und die beste Unfallrente dann vorhanden sei, wenn man geeignete Mittel finde und geeignete Wege gehe, um Unfälle zu verhüten. So kam in das Berufsgenossenschaftswesen als vordringlicher Gesichtspunkt die Unfallverhütungsvorschrift hinein, an sich ein durchaus gesunder Grundsatz und durchaus gesunder Gesichtspunkt. Die Unfallverhütungsvorschriften sind aber nach der Ansicht der Mehrzahl unserer Landwirte gegenwärtig derartig überspannt und übertrieben, daß die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft — man kann das ruhig sagen — für den größten Teil unserer Kleinbauern jedenfalls direkt

als der Bauernschreck bezeichnet werden kann. (Zuruf links: Das können wir verstehen.)

Die optimistische Auffassung des Herrn Landeshauptmanns über die Verhältnisse bei der Winzerebevölkerung hat nach unserer Auffassung und nach unserer Kenntnis der Dinge eine reale Unterlage nicht. Die schon längst beantragte Aenderung des Weingesetzes ist noch immer nicht verabschiedet worden, wie Ihnen bekannt ist. Die schwebenden Verhandlungen über den französischen Handelsvertrag entsprechen in keiner Weise den berechtigten Forderungen der Winzer und entsprechen auch nicht den ständigen Versprechungen, die die Regierung der Winzerschaft gemacht hat. Es ist zudem bekannt, daß die Ernte des verfloffenen Jahres eine völlige Mißernte war. Trotz aller dieser Umstände zeigen die Weinpreise weiter, namentlich wegen der schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich und wegen des unsicheren Ausgangs dieser Verhandlungen, eine sinkende Tendenz. Meine Damen und Herren! Daß darin eine außerordentlich große Gefahr liegt, braucht, glaube ich, nicht weiter betont und erörtert zu werden. Wir halten es für unsere Pflicht, auf diese Gefahr hinzuweisen, und bitten die Provinzialverwaltung, nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß diese Gefahren, die in der Auswirkung der von mir gekennzeichneten Momente liegen, möglichst verringert und hintangehalten werden.

Zu den einzelnen Fragen des Haushalts in der umfassenden Weise Stellung zu nehmen, wie das der Vertreter des Zentrums getan hat, ist natürlich völlig unmöglich. Ich werde mir daher erlauben, nur einige Einzelfragen, die unser besonderes Interesse haben, kurz herauszugreifen.

Wir bitten zunächst die Verwaltung wie im vorigen Jahre, darum bemüht zu sein, daß in kürzester Frist dem Provinziallandtage neben den jährlichen Haushaltsplänen eine Vermögensaufstellung vorgelegt wird, und zwar nicht nur über den augenblicklichen Stand, sondern eine Vermögensaufstellung, aus der sich die Vermögensbewegung etwa seit dem Jahre 1913/14 bis auf den heutigen Tag ersehen läßt. Denn nur dann, wenn wir eine derartige Vermögensaufstellung haben, wird es möglich sein, eine Finanz- und Wirtschaftspolitik in unserem Provinzialverbande, nicht, wie wir es jetzt immer tun müssen, auf ein Jahr, von der Hand in den Mund, zu machen, sondern wieder einmal eine Politik auf weite Sicht anzulegen. Wir erkennen gerne an, daß bisher der Vorlage einer derartigen Vermögensaufstellung erhebliche Schwierigkeiten sich entgegengestellt haben und daß die Vorlage auch heute noch nicht unerhebliche Schwierigkeiten bereiten wird. Wir sind aber der Auffassung, daß wir doch allmählich wieder soweit zu normalen Verhältnissen zurückgekehrt sind, daß wir auch in unserer wirtschaftlichen und finanziellen Gebarung wieder auf die früheren Grundsätze zurückkommen müssen, daß wir, wie gesagt, nicht

lediglich auf ein Jahr wirtschaften, sondern wieder in die Lage versetzt werden, unsere Dispositionen auf längere Zeiträume hinaus zu treffen.

Was den viel erörterten Nürburgring anlangt, so wäre es uns erwünscht gewesen, von der Verwaltung eine Mitteilung oder eine Erklärung darüber zu erhalten, ob die Bedingungen, die der Provinziallandtag im vorigen Jahr dem Provinzialausschuß mit auf den Weg gegeben hat für die Bewilligung eines Darlehens von 450 000 Mark sichergestellt und erfüllt sind. Nach den Informationen, die meine Freunde über das Unternehmen des Nürburgringes erhalten haben, scheint uns diese Frage nicht absolut klar zu sein. Die Gebarung bei der Verwaltung des Unternehmens scheint doch, nach Informationen, die uns geworden sind, nicht so zu sein, daß man ihretwegen in vollem Umfange beruhigt sein könnte. Wenn man z. B. hört — eine Frage der Personalpolitik, die dort betrieben wird —, daß in einer verantwortlichen Stelle sich ein Mann befinden soll, der zehnmal wegen Eigentumsvergehens vorbestraft ist, so scheint mir das doch immerhin gewissen Anlaß zu berechtigten Bedenken zu geben. Es würde uns nicht unangenehm sein und wäre vielleicht auch für das Haus von Interesse, wenn die Verwaltung in der Lage wäre, uns eine Auskunft darüber zu geben, in welcher Beziehung die Eifel-Kompagnie-N.-G. zu dem Kreise Adenau als Unternehmer des Nürburgrings und überhaupt zu dem Nürburgring-Unternehmen steht, und zwar sowohl in sachlicher als auch in personeller Beziehung. Die Eifel-Kompagnie-N.-G., meine Damen und Herren, ist ein privatwirtschaftliches Unternehmen in der Form einer Aktiengesellschaft, das dort an der Nürburgstraße Holzhäuser errichten will zur Aufnahme von Sportlern, von Autosportlern und namentlich auch von Sommergästen in der Form von Sommerkolonien, etwa wie man an der See in Seebädern so besondere Badekolonien errichtet hat. Die Verhältnisse dieser Eifel-Kompagnie-N.-G. sollen nach unseren Informationen und nach einer Auskunft, die uns geworden ist, derartig schlecht sein, daß wir wünschen möchten, der Unternehmer des Nürburgrings habe mit dieser Gesellschaft nichts zu tun. Wir möchten also die Verwaltung bitten, uns darüber, wenn sie dazu in der Lage ist, eine Aufklärung zu geben, damit wir eventuell über diese Frage beruhigt sein können.

In der Frage der Autobahnstraße teilen wir die Ungehaltenheit des gesamten Hauses darüber, daß dieser Frage bei den Zentralverwaltungsstellen in Berlin so viel Hindernisse in den Weg gelegt werden. Wir möchten dringend wünschen, daß diese Hindernisse bald überwunden werden.

Was die Vorlage des Provinzialausschusses auf Bewilligung eines Betrages von 200 000 Mark für Jugendherbergen anlangt, so möchte ich auch dazu ein Wort sagen. Wir stehen dem Wander- und Jugend-

herbergsgedanken durchaus freundlich und wohlwollend gegenüber. Wir verkennen in keiner Weise die hohen erziehlichen Werte, die im Wandern liegen. Wir sind aber doch der Auffassung, daß man vielleicht gegenwärtig schon dabei ist, den guten Gedanken der darin liegt, zu überspannen, und daß man auch des Guten zuviel tun kann. Wir sind vor allen Dingen der Ansicht, daß man für diese an sich guten und nützlichen Dinge nur dann etwas wird tun können, wenn wirklich für andere vordringlichere Erziehungs- und Bildungsaufgaben unserer Jugend nichts mehr zu tun bliebe, oder wenn da alles in Ordnung wäre. Daß das aber der Fall sei, können wir leider nicht anerkennen. Im Gegenteil, wir müssen überall in den Gemeinden als Trägern der Schulkosten feststellen, daß für die erziehlichen Aufgaben unserer Jugend und sogar für die räumliche Unterbringung der Schulen in keiner Weise genügend geschehen kann. Wir behalten uns die endgültige Stellungnahme zu dem Antrage des Provinzialausschusses vor, möchten aber bereits jetzt bemerken, daß wir der Auffassung sind, daß mit erheblich geringeren Mitteln relativ erheblich mehr geleistet werden könnte, wenn man einen viel geringeren Betrag etwa dem Eiserverein oder anderen Organisationen zur Verfügung stellte, die diese ganzen Dinge ehrenamtlich und unentgeltlich machen, ohne daß irgendwie ein bezahlter Apparat dazu notwendig ist. (Sehr gut! rechts.) Wir würden also den zuständigen Ausschuß bitten, wenn er den Antrag erörtert, vor allen Dingen die Frage zu prüfen, ob es nicht auf diesem Wege möglich ist, daselbe Ziel mit viel geringeren Mitteln zu erreichen. (Zuruf links: Wie stellen Sie sich das denn vor, eine Jugendherberge ehrenamtlich?)

Dem Antrage des Provinzialausschusses auf Übernahme der Bürgschaft für die Beteiligung der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt an der Rheinischen Wohnungsfürsorgegesellschaft können wir im Gegensatz zur Arbeitsgemeinschaft nicht zustimmen. Meine Damen und Herren! Ich habe bereits im vorigen Jahre unseren Standpunkt zu den Wohnungsfürsorgegesellschaften hier dargelegt und klargestellt; ich will diese Ausführungen nicht wiederholen. Ich bin nur einigermaßen überrascht gewesen, daß Herr Kollege Kaiser heute sich so mit Begeisterung für diesen Antrag eingesetzt und die Zustimmung seiner Freunde zu diesem Antrage erklärt hat (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Ohne Begeisterung!), da die Deutsche Volkspartei, der der Herr Kollege Kaiser angehört, im Deutschen Reichstag, wie ich aus Zeitungsberichten entnommen habe, doch einen ganz anderen Standpunkt diesen Wohnungsfürsorgegesellschaften gegenüber einnimmt, und zwar einen Standpunkt, der m. E. richtig ist und der dahin geht, daß irgendeine Unterstützung dieser Wohnungsfürsorgegesellschaften für denjenigen, der diesen Standpunkt für richtig hält, nicht in Frage

kommen könnte. Der Herr Reichstagsabgeordnete Winnenfeld hat am 12. März 1927 im Reichstage nach dem Bericht der Kölnischen Zeitung, also doch sicher eines unverfänglichen Blattes, auf das ich mich beziehen darf, gesagt, die Wohnungsfürsorgegesellschaften hätten das Bauen nicht verbilligt, sondern verteuert; die westfälische Wohnungsfürsorgegesellschaft habe die Leute aus ihren billigen Wohnungen gelockt, jetzt könnten sie die hohen Mieten nicht aufbringen; das Verhalten der Gesellschaft grenze an Betrug. „Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei“ ist hier vermerkt. Ja, Herr Kollege Kaiser (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Westfalen!). Was für die westfälische Wohnungsfürsorgegesellschaft gilt, trifft, glaube ich, mutatis mutandis auf die rheinische Wohnungsfürsorgegesellschaft ebenfalls zu. Diese Wohnungsfürsorgegesellschaften sind nämlich alle zusammen in einer großen Zentralorganisation, werden nach denselben Grundsätzen aufgezogen und werden nach denselben Grundsätzen geleitet und verwaltet.

Ich will damit meine Ausführungen zum Haushalt und zu den vorgelegten Anträgen schließen (Fronisches Bravo! links), und bitte Sie, mir zum Schluß noch ein Wort zu einer anderen Angelegenheit zu gestatten.

Wie Sie gestern vom Herrn Vorsitzenden gehört haben, haben die Herren Abgeordneten Pohl und Herrmann ihre Zugehörigkeit zur Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung gelöst und eine besondere Gruppe gebildet. Meine Damen und Herren! Das hat der Presse zu Ausführungen Veranlassung gegeben, die mich nötigen, mit einem kurzen Wort darauf einzugehen und sie richtig zu stellen. Die Kölnische Zeitung schreibt gestern, daß für den 73. Provinziallandtag die Mitteilung, daß die drei Abgeordneten Pohl, Herrmann und Wedershoven aus der Wirtschaftspartei ausgetreten seien und eine neue Partei, die Deutsche Volksrechtspartei, gegründet hätten, eine Ueberraschung bedeutet habe. Sie schreibt dann weiter, was die Herren zu dieser Trennung von der Wirtschaftspartei veranlaßt habe, könne man nur raten. Ich habe mich für verpflichtet gehalten, dazu die Erklärung abzugeben, daß die Herren Pohl und Herrmann, wie den Mitgliedern dieses Hauses, wenigstens zum Teil, bekannt sein wird, niemals zur Wirtschaftspartei gehört haben, sondern daß sie auf eine besondere Liste, die Liste des Sparerbundes, gewählt worden sind, und daß sie mit den beiden Mitgliedern des Provinziallandtags, die auf die Liste des Rheinischen Bauern- und Winzerbundes gewählt wurden, sowie mit den Mitgliedern des Provinziallandtags, die der Wirtschaftspartei angehören, genau so zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammengetreten sind, wie die deutschnationalen, die deutschvolksparteilichen und die demokratischen Abgeordneten dieses Hauses auch zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammengetreten sind.

(Zuruf links: Das ist aber keine Liebesheirat!) Vor allen Dingen aber muß ich Stellung nehmen gegen den Satz, daß man nur raten könne, was die Herren zu diesem Austritt aus der Partei — also zu einem Austritt, der gar nicht stattgefunden hat — bewogen habe. Die Herren haben die Gründe, die sie zu ihrem Austritt aus der Fraktionsgemeinschaft bewogen haben, sowohl dem Herrn Vorsitzenden als auch der Fraktion in einem Schreiben mitgeteilt, und der Herr Vorsitzende hat von diesem Schreiben im Ältestenausschuß und, ich weiß nicht, ob auch im Plenum (Zuruf: Doch!), sogar auch im Plenum, Kenntnis gegeben. Wenn der Herr Berichterstatter der Kölnischen Zeitung also hier zugehört hätte, würde er nicht haben schreiben können, daß man nur raten könne, aus welchen Gründen die Herren ausgetreten wären, sondern dann würde er es gewußt haben. Die Herren haben mitgeteilt, daß sie deshalb ausgetreten sind, weil ihre Gruppe, der Sparerbund, sich jüngst der neugebildeten Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung angeschlossen habe und weil eine Führertagung dieser Partei den Beschluß gefaßt habe, daß die Vertreter der Partei in den Parlamenten selbständig aufzutreten hätten, ohne Bindung an irgendeine andere Partei oder Gruppe; und sie haben mitgeteilt, daß lediglich dieser Beschluß ihrer Führertagung für sie maßgebend gewesen sei, aus der Fraktionsgemeinschaft auszutreten. Ich stelle auch im Namen der Herren Herrmann und Pohl fest, daß dieser Grund der einzige war und daß im übrigen die freundschaftlichen Beziehungen, die bisher bestanden, in derselben Weise unverändert weiterbestehen.

Im Anschluß daran kann es sich die Kölnische Zeitung nicht verkneifen, die Bemerkung zu bringen: „Die Wirtschaftspartei hat jetzt noch 8 Mitglieder, darunter die Abgeordneten Vaterrodt, Dr. Stein und Dr. Limbourg“. (Heiterkeit, Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Das ist doch richtig!) Selbstverständlich ist das richtig, Herr Kollege Kaiser. (Zuruf links: Ein Prachtexemplar!) Aber sie werden mir zugeben müssen, daß die Benennung des Vorsitzenden der Fraktion, des stellvertretenden Vorsitzenden und dann ausgerechnet des Herrn Dr. Limbourg als des einzigen von den 6 übrigen Mitgliedern doch einen gewissen Beigeschmack hat. (Zuruf rechts: Als Muster wegen der freundschaftlichen Beziehungen!) Diese Tendenz, Herr Kollege Kaiser, nötigt mich, trotz Ihrer Ansicht, daß man von diesen Dingen auch nicht in der Form einer Warnung sprechen dürfte, doch zum Falle Limbourg noch eine Erklärung abzugeben.

Sie erinnern sich, meine Damen und Herren, der Erklärung, die von uns bei Gelegenheit des 71. Provinziallandtags, hier zum Falle Limbourg abgegeben worden ist, und der weiteren Erklärung, die ich bei den vorigjährigen Haushaltsberatungen dahin abgegeben habe, daß wir zu einer endgültigen Stellungnahme

im Falle Limbourg und zu einer endgültigen Regelung in diesem Hause deshalb noch nicht in der Lage seien, weil die schwebenden Verfahren noch nicht abgeschlossen seien. Meine Damen und Herren! Die Dinge liegen heute noch genau so, wie im vorigen Jahre, obgleich es inzwischen bereits ein halbes Jahr her ist, daß das Justizministerium sich veranlaßt gesehen hat, eigens zur Berichterstattung in dieser Frage einen Staatsanwalt von Trier nach Berlin kommen zu lassen. Daß wir infolgedessen auch heute noch nicht in der Lage sind, den Fall Limbourg vor diesem Forum endgültig zum Abschluß zu bringen, bedauern wir außerordentlich. Aber die Schuld daran liegt nicht an uns. Und, meine Damen und Herren, wann das möglich sein wird, das endgültig zu bestimmen, scheint mir außerordentlich schwer und zweifelhaft, und weil wir eben die Befürchtung haben, daß auf dem Wege der gerichtlichen Austragung die Frage nicht endgültig geklärt werden wird, jedenfalls nicht in absehbarer Zeit, sehe ich mich genötigt, im Augenblick jedenfalls den Standpunkt unserer Fraktion hier zum Ausdruck zu bringen und zu begründen.

Meine Damen und Herren! Es hat im vergangenen Herbst eine sehr eingehende Erörterung des Falles Limbourg in den Kreisen der Arbeitsgemeinschaft des Preussischen Staatsrats stattgefunden. Diese sehr eingehende Aussprache über den Fall, bei der alles vorhandene Material bis auf das letzte i-Pünktlein gepriift worden ist, ist absolut negativ verlaufen und ausgegangen wie das Hornberger Schießen, weil auch der Ausschuß der Arbeitsgemeinschaft des Staatsrats sich auf den Standpunkt stellte, daß man zunächst doch noch den endgültigen Ausgang des Bitburger Prozesses abwarten müsse, des Prozesses, in dem bekanntlich Herr Dr. Limbourg wegen tätlicher Beleidigung des inzwischen verstorbenen Bürgermeisters Dr. Messerich von Bitburg angeklagt ist. Ich darf Ihnen in die Erinnerung zurückerufen, daß das Verfahren eingestellt war, daß dann auf Beschwerde des Herrn Dr. Limbourg hin das Verfahren wieder aufgenommen worden ist, daß das Gericht, obgleich es offensichtlich von vornherein auf dem Standpunkt stand, das Verfahren sei wieder einzustellen, eine vierzehnstündige Beweisaufnahme mit absolut negativem Ergebnis veranstaltet hat, daß dann nach vierzehnstündiger Beweisaufnahme das Verfahren wiederum eingestellt wurde, am 15. Januar 1926, meine Damen und Herren, und daß es bis heute nicht möglich geworden ist, die von dem Staatsanwalt eingelegte Berufung zur Verhandlung zu bringen. (Hört, hört! rechts.) Ebenso, meine Damen und Herren, es ist nicht möglich gewesen, eine ganze Reihe von Privatklagen, die im Januar 1926 gegen zahlreiche Zeitungen bzw. Zeitungsredakteure erhoben worden sind, bis heute nicht etwa zur Erledigung, sondern überhaupt nur vor den Richter zu bringen. Erst in einem einzigen Falle

hat vor etwa 14 Tagen ein Termin in Berlin stattgefunden, und in diesem Falle ist das Verfahren mit der Begründung ausgesetzt worden, daß zunächst einmal der Fall im Rheinlande entschieden werden solle, weil man da doch den Dingen sehr viel näher sei als in Berlin. (Hört, hört!) Aber, meine Damen und Herren, es ist vielleicht ganz interessant, Ihnen hier die Einlassung des angeklagten Redakteurs in Berlin vorzutragen, des Redakteurs der Vossischen Zeitung, die als erste den Vorwurf des Separatismus gegen Herrn Dr. Limbourg brachte, von wo er dann in alle anderen Blätter übergang. Dieser Redakteur der Vossischen Zeitung hat sich als Angeklagter dahin ausgelassen: „Ich verstehe gar nicht, warum darin eine Beleidigung erblickt wird, daß ich jemanden einen Separatisten nenne. Eine separatistische Betätigung und eine separatistische Auffassung ist doch genau so eine politische Auffassung wie jede andere politische Auffassung, wie meine politische Auffassung auch. Ich weiß nicht, warum derjenige, der eine solche Auffassung hat, nicht ein anständiger Mensch sein kann.“ Jrgendeine sachliche Unterlage für seinen Vorwurf hat der Angeklagte zugegeben überhaupt nicht zu besitzen, sondern er habe einfach gedankenlos das abgedruckt, was ihm von anderer Seite zugegangen sei.

Meine Damen und Herren! Bei dieser Sachlage, bei dem absolut negativen Verlauf jeglicher bisher vorgenommenen Untersuchung und bei der offensichtlichen Tendenz, die ganzen schwebenden Verfahren nicht zur Erledigung zu bringen, sehen meine Freunde sich veranlaßt, heute die positive Erklärung abzugeben, daß für sie der Fall Limbourg erledigt ist. Wir haben infolgedessen beschlossen, Herrn Dr. Limbourg endgültig in unserer Fraktionsgemeinschaft zu belassen und werden von diesem Beschluß nicht abgehen. (Beifall bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Vorsitzender Dr. F a r r e s : Darf ich einmal etwas unterbrechen? Es war heute morgen vorgesehen worden, mit Rücksicht namentlich auf die Herren Stenographen des Hauses eine Pause von einer Stunde eintreten zu lassen. Nun ist mir eben mitgeteilt worden, daß wohl die meisten Fraktionen auf weitere Reden verzichten werden. Zum Wort gemeldet ist noch von der kommunistischen Fraktion Herr Abgeordneter Wohl. Der kommunistischen Fraktion stehen noch 18 Minuten zur Verfügung. Dann wird, soviel ich unterrichtet bin, von der Arbeitsgemeinschaft — auch nicht lange — Herr Abgeordneter von Stedman sprechen, ferner von der Gruppe Wohl Herr Wohl. Dann hat sich der Herr Landeshauptmann zum Wort gemeldet; außerdem ist noch Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld zu einer Bemerkung gemeldet. Ich habe mit den verschiedenen Fraktionen Fühlung genommen. Ich glaube, daß wir richtig schätzen, wenn wir annehmen, daß wir in einer Stunde fertig werden. Liegen aber die Dinge so, dann halte ich es für richtig, von einer Pause Ab-

stand zu nehmen und durchzutagen. Ich nehme auch an, daß das den Herren Stenographen möglich ist. Das Wort hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Ich stelle offiziell den Antrag, daß wir jetzt durchtagen, bis auch die zweite Rednerreihe gesprochen hat. Es muß nämlich anschließend an die Plenarsitzung noch der Provinzialausschuß zusammentreten, um zu den Anträgen Stellung zu nehmen, und es müssen auch noch die Fraktionen zusammentreten, die ihre Ausschußmitglieder noch über die vorliegenden Anträge instruieren wollen. Aus diesen Gründen lege ich großen Wert darauf, daß wir jetzt hintereinander die Tagesordnung fertig machen. Wir hoffen, um $\frac{1}{4}$ nach 3, längstens $\frac{1}{4}$ Uhr, fertig zu sein. Das ist besser, als jetzt eine Mittagspause zu machen. Ich stelle also den Antrag, durchzutagen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Janßen:

Abgeordneter Janßen-Lammersdorf: Ich meine, wir haben uns doch dahin geeinigt, daß an sich keine zweite Rednerganitur auftreten solle. Die Bemerkungen, die Sie noch einzuflechten haben, können Sie auch auf eine spätere Zeit verschieben. Wir haben noch reichlich Zeit zum Reden. Wenn sich aber von der Arbeitsgemeinschaft zwei Herren zum Worte melden, so könnte das doch eine neue Sachlage schaffen, da dann die Abmachung doch gar keinen Sinn mehr hat. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Wir werden trotz der zwei Redner mit dem Reden sparsam sein!)

Oberbürgermeister Dr. Jarres: Ich habe den Herrn Abgeordneten Haas so verstanden, daß wir zunächst einmal die zweite Rednerreihe anhören werden und dann die endgültige Entschliebung fassen, aber in Aussicht nehmen, durchzutagen. Das Wort hat Herr Abgeordneter Pohl.

Abgeordneter Pohl: Meine Damen und Herren! Der Spärbund, der Kampfbund der Entrechteten, tritt in dieser Tagung erstmalig als selbständige Partei auf, als die Rechtspartei für Volksrecht und Aufwertung. (Zuruf links: Offiziere ohne Kontrakt!) Wir folgen damit dem Beispiel unserer Freunde im Reichstag, in den Landtagen von Sachsen und Thüringen und in den Provinziallandtagen in den benachbarten Provinzen. Wir folgen damit ferner dem Beispiele unserer Freunde in den Gemeindevertretungen, wo Neuwahlen stattgefunden haben. Die Erfolge, die wir bei Neuwahlen gehabt haben, sind so, daß wir manche alte Partei heute bereits überholt haben. Die Bildung unserer Partei geschah nicht mutwillig, sondern sie geschah der Not gehorchend, weil das sittliche Empfinden des Volkes durch eine unrichtige Gesetzgebung verlezt war und dadurch weite Kreise des deutschen Volkes in bittere Not geraten waren.

Wenn der Herr Oberpräsident in der Eröffnungsrede zum Ausdruck brachte, daß wir Rheinländer eine Beseitigung der Zwingherrschaft am Rhein fördern

und erwarten, so stimmen wir dem in allen Punkten zu. (Bravo!) Meine Damen und Herren! Die Stände, die in unserer Partei vereinigt sind, sind allezeit die Kraft und die Stütze des Staates gewesen. Das sind wir auch heute noch, und wir werden es bleiben, trotz aller Rot, trotz allen Jammers und allen Elends, das eine falsche Politik über die besten, die schaffenden Stände des deutschen Volkes gebracht hat. Trotzdem sagen wir auch heute noch mit dem Herrn Oberpräsidenten, daß wir eine vorzeitige Räumung nicht auf Kosten des Gesamt Vaterlandes erstreben.

Wenn der Herr Oberpräsident von einer inneren, seelischen Bedrückung sprach, die niemand von uns nehmen könnte, so trifft das bei uns doppelt zu, einmal, weil der Gesslerhut am Rhein aufgepflanzt ist. (Zuruf links: Sie meinen doch nicht den Reichswehrminister?) Es war aber schon einmal so, und so wie einst, wird auch diesmal wieder der Gesslerhut am Rhein verschwinden.

Die entrechteten Spärer leiden aber auch noch unter einer anderen seelischen Bedrückung, und diese Bedrückung, meine Damen und Herren, könnte sehr wohl von ihnen genommen werden. Dazu bedarf es nur der Wiederherstellung des Rechts, des alten deutschen Volksrechtes. Dazu bedarf es nur einer Besinnung auf das ewige Gesetz, auf die zehn Gebote, die kein Volk ungestraft außer Acht lassen kann. (Zuruf links: Da werden Sie noch lange warten müssen!)

Wenn der Herr Landeshauptmann meinte, daß der Berliner Wasserkopf unbedingt einmal zerplagen müsse, so wünschen wir, daß das recht bald geschieht und daß dabei der jetzige Reichstag in alle Winde zerstreut wird. (Heiterkeit.) Vorläufig glauben wir aber daran noch nicht. So muß denn diese geplagte Provinz, muß das Volk am Rhein sich seinen Etat selbst so gestalten, daß er für alle Teile erträglich wird.

Wir geben zu, daß die Verwaltung bemüht gewesen ist, die Ausgaben einzuschränken. Wir müssen aber, wenn wir den Grund der Mehranforderungen betrachten, folgendes herausgreifen:

Einen wesentlichen Mehrbetrag weist die Fürsorge für Geistesranke auf. Die Ausgaben sind von rund 12,6 Millionen im Jahre 1926 auf 14,7 Millionen im Jahre 1927 gestiegen. Dazu kommen die Kosten der für die Unterbringung des Zuwachses noch erforderlichen Bauten. Meine Damen und Herren! Der Vorbericht sagt, daß mit einer weiteren Steigerung der Zahl dieser armen Menschen gerechnet werden muß. Wenn ein Herr im Provinzialausschuß sagte, wenn es so weiter ginge, würde man bald mit mathematischer Genauigkeit errechnen können, wann der letzte Landtagsabgeordnete nach Grafenberg wandern werde (Zuruf: oder Minister werde!), so glauben wir das nicht. (Zuruf links: Sie dürfen nicht von sich auf andere schließen!) Diese Formel enthält eine zu große Zahl unbestimmter Werte. Ich glaube nicht, daß Leute mit

Gehältern und Lantienen, wie sie die Aufsichtsräte in der Schwerindustrie haben, nach Grafenberg brauchen. Die gehen lieber nach Italien und in die Kurorte des Auslandes, um dort den deutschen Wohlstand kund zu tun. In die Irrenanstalten gehen die infolge der Aufwertungsgeetze Entrechteten. (Zuruf: Die Sparer!) Zehntausende, meine Damen und Herren, haben dieses Unheil kommen sehen; sie nahmen sich selbst das Leben, bevor sie geisteskrank geworden waren. Für die Selbstmörder und Geisteskranken dieser Art tragen die die Verantwortung, die die Aufwertungsgeetze schufen.

Einen weiteren Posten des Mehrbedarfs bilden die Zinsen für die Anleihen. Sie sind um 1 Million 400 000 Mark gegen 1926 auf 3 Millionen 457 000 Mark gestiegen. Wenn wir uns darüber klar sind, daß jeder Pfennig Zinsen und Steuern in Wirklichkeit Arbeit darstellt, so muß uns diese Steigerung bedenklich stimmen. Die Anleihen im Auslande, für die das deutsche Volk mit den Darwestlasten zusammen in Anspruch genommen wird, betragen insgesamt 3 Milliarden. Das Volk muß diese 3 Milliarden im Jahre 1927 erarbeiten. Damit hat man uns zu Sklaven und Bütteln der Ausländer gemacht. Meine Damen und Herren! Dazu kommen die Hypotheken und die Mieten, die die Ausländer aus mehr als 500 000 deutschen Häusern saugen, die sie für wenige Goldpfennige erworben haben. Diese Zustände, meine Damen und Herren, verdanken wir allein der AufwertungsPolitik. Wenn jetzt eine neue Anleihe für uns im Rheinlande zur zwingenden Notwendigkeit geworden ist, so wollen wir dem unsere Zustimmung nicht versagen, wenn uns versichert wird, daß es keine Auslandsanleihe sein soll. Wir tun das, weil dadurch zum großen Teil Arbeit und Brot für viele Notleidende geschaffen wird und weil der Zins der deutschen Wirtschaft zugute kommt. Wir tun es besonders deshalb, weil dadurch der Not der Arbeitslosen gesteuert wird.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns eigentlich gewundert, daß man in der Debatte der Ursache der heutigen Zustände so wenig nachgegangen ist. Wenn Herr Kollege Waterrodt meinte, mit der Verhinderung der Schwarzarbeit die heutigen üblen Zustände beseitigen zu können, so glaube ich doch wohl sagen zu müssen, daß er sich in einem großen Irrtum befindet. (Zuruf des Abgeordneten Waterrodt: Das habe ich nicht gesagt!) Unsere Auffassung geht dahin, daß ein großer Teil der Arbeiternot auf die Aufwertungsgeetze und die damit in Zusammenhang stehenden Geetze zurückzuführen ist.

Ich greife nur einen einzigen Zweig heraus. Meine Damen und Herren! Herr Reichsbankpräsident Dr. Schacht — also einer, der doch über die Finanzwirtschaft Bescheid wissen muß — hat am 6. Mai 1926 in einer Rede gesagt, daß die alten Sparer früher 1,7 Milliarden jährlich im Grundbesitz, also in Wohnungsbauten investierten. Geschähe das heute noch, so ergäbe

das nach einer ganz einfachen Rechnung bei 8000 Mark je Wohnung 200 000 Wohnungen im Jahr; dann hätten wir wahrscheinlich heute keine Wohnungsnot mehr. Meine Damen und Herren! Wenn Sie noch weiter rechnen, so können von 1,7 Milliarden bei 8 Mark Lohn am Tage 700 000 Arbeiter dauernd beschäftigt werden. Sehen Sie, meine Damen und Herren, so können Sie dem Problem der Arbeitslosigkeit etwas näher kommen. Das Aufwertungsgeetz hängt mit diesen sozialen und wirtschaftlichen Fragen auf das innigste zusammen. Man hat eben die Politik des einstigen preußischen Finanzministers Miquel verlassen, der da sagte: Wenn ich Steuern haben will, darf ich die Henne, die mir die goldenen Eier legt, nicht vorher schlachten.

Wenn nun die Not und die Verschuldung der Kommunen betont wurde, so müssen wir fordern, daß ihre Neuwerbungen, wie wir sie Tag für Tag sehen, so lange eingestellt werden, bis die alte Schuld restlos getilgt ist. Wenn wir im Rheinlande Städte haben, die seit 1914 um fast 300 Millionen an Grundbesitz breiter geworden sind, so beweist das, wo die Spargroschen der schaffenden Stände geblieben sind.

In dieser Hinsicht bedauern wir es auch, daß die Verwaltung in diesem Jahre den Vermögenszuwachs der Provinz nicht ausgewiesen hat.

Wir haben uns darüber gefreut, daß in dem Abschnitt Kriegsbeschädigtenfürsorge bei den Darlehen ein kleiner Mehrbetrag von 40 000 Mark gegen 1926 zum Ansaß gekommen ist. Wir müssen es aber bedauern, daß in den übrigen Teilen dieses Abschnittes keine Erhöhung vorgenommen wurde. Die Beihilfen für Altveteranen sind sogar ganz gestrichen. Wir können dem nur dann zustimmen, wenn tatsächlich kein Altveteran mehr da ist. Nach unserer Auffassung kann hier nicht genug geschehen; mit Worten kann man den Dank des Vaterlandes nicht erledigen. Dieser Abschnitt hätte nach unserer Auffassung unbedenklich zu Lasten der Jugendherbergen erhöht werden können.

In den Landeskultur- und Gesundheitsfragen möchten wir die Aufmerksamkeit der Verwaltung und aller Parteien auf die Trinkwasserhältnisse in der Eifel hinweisen. Die Stadt Prüm hat ihre Kanalabwässer in den Prümbach geleitet. Dadurch sind bei einer Anzahl von Gemeinden geradezu unhaltbare Zustände entstanden. Ich nenne nur einige Gemeinden: Weinsfeld, Wagerath, Pittenbach. Andere Gemeinden haben überhaupt kein Wasser. Die Folgen dieser Zustände sind unausbleiblich. Typhus bei Mensch und Vieh und andere Krankheiten sind zur Tagesordnung geworden. Die Verwaltung hat in anerkennenswerter Weise ihre Hilfe schon zugesagt. Wir müssen aber an dieser Stelle bitten, daß hier eine gründliche Hilfe erfolgt, denn diese armen Gemeinden sind von sich aus nicht in der Lage, diese Zustände zu beseitigen.

Den warmen Worten, die manche Redner für unsere Brüder an der Saar gefunden haben, schließen wir uns voll und ganz an. Meine Damen und Herren! Wir haben aber noch eine besondere Forderung für unsere Brüder an der Saar, und zwar die Forderung, daß auch dort die Aufwertungsfrage, in der bisher nichts geschehen ist, in Angriff genommen wird. Wir sind der Meinung, daß der Herr Oberpräsident und der Herr Landeshauptmann, wie auch alle rheinischen Vertreter im Reichsrat und Staatsrat die notwendigen Schritte tun könnten, um eine gerechte Regelung der Aufwertungsfrage im Saargebiet herbeizuführen.

Zu den Beamtenfragen und zu den Fragen der Angestellten und Arbeiter werden wir bei den besondern Vorlagen in wohlwollender Weise Stellung nehmen. (Bravo!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine verehrten Damen und Herren! Für die anerkennenden Worte, die von den Vertretern der bürgerlichen Fraktionen hier für die Provinzialverwaltung und für meine Person ausgesprochen worden sind, kann ich auch in diesem Jahre nur meinen wärmsten Dank aussprechen. Die Anerkennung der Verwaltung liegt aber mehr noch als in diesen ausdrücklichen Worten stillschweigend darin, daß nur in so wenigen Punkten an den Ausgabeposten, die in den Haushaltsplan eingestellt worden sind, Kritik geübt worden ist. Ich glaube, daß darin stillschweigend zum Ausdruck gebracht ist, daß tatsächlich die Verwaltung und der Provinzialausschuß das Bemühen gehabt haben, die Ausgaben auf einem solchen Niveau zu halten, daß man an ihrer Höhe jedenfalls nicht viel bemängeln kann.

Es sind eigentlich nur in zwei Punkten Ausstellungen gemacht worden, und zwar von dem Herrn Abgeordneten Waterrodt. Dabei bedauere ich ganz besonders die Ausstellungen, die an den Ausgaben für Jugendherbergszwecke gemacht worden sind. Ich hätte gedacht, daß gerade dieser Posten auf allen Seiten des Hauses verständnisvolle Würdigung gefunden hätte, ganz besonders, wo wir so schon außerordentlich hohe Beträge zur Heilung von Schäden der Jugend in unseren Haushaltsplan einstellen müssen, Schäden, die vielleicht in dem Augenblick, wo sie an uns gebracht werden, schon nicht mehr zu heilen sind. Um so mehr sollte man sich bemühen, doch auch Mittel anzuwenden, um Schäden von der Jugend abzuwehren und vorbeugend zu wirken. Gerade in dieser Hinsicht werden die Jugendherbergen und die Förderung des Jugendwanderns jetzt und in Zukunft eine wesentliche Aufgabe zu erfüllen haben. Ich glaube aber auch, daß die Ausstellungen des Herrn Abgeordneten Waterrodt wohl mehr grundsätzlicher Natur waren, insofern als er ja im wesentlichen das System bemängelt hat, in dem wir die Jugendherbergen unterstützen. Er meinte,

es wäre viel einfacher, wenn wir diese Gelder dem Eiselerverein gäben und dann die Jugendherbergen ehrenamtlich gebaut würden. Ich weiß nicht, ob es dem Herrn Abgeordneten Waterrodt möglich sein wird, Maurer, Zimmerer und sonstige Handwerker zu finden, die Jugendherbergsgebäude ehrenamtlich errichten. Das ist uns nicht möglich und wird wahrscheinlich auch dem Eiselerverein nicht möglich sein. Verwaltungskosten für Jugendherbergen entstehen uns überhaupt nicht, sondern wir arbeiten schon in der engsten Weise mit der freien Tätigkeit zusammen, nämlich mit dem Zweigverein Rheinland des Verbandes Deutscher Jugendherbergen, der seinerseits wieder auf das freundschaftlichste und engste mit dem Eiselerverein zusammenarbeitet, so daß die Ausstellungen, soweit sie sich auf eine Zusammenarbeit mit der freiwilligen Tätigkeit beziehen, bisher schon eine Erfüllung gefunden haben.

Was die Ausstellungen an den Bewilligungen für die Wohnungsfürsorgegesellschaft angeht, so möchte ich zunächst sagen: Besondere Provinzialmittel werden dafür nicht beantragt. Es handelt sich nur darum, der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt Gelegenheit zu geben, ihrerseits einen namhaften Betrag der Wohnungsfürsorgegesellschaft zuführen zu können, die dafür auch wieder den entsprechenden Betrag aus Staatsmitteln erhält, denn bei der Ueberweisung der Staatsmittel an die Wohnungsfürsorgegesellschaft ist Bedingung, daß der gleiche Betrag aus Provinzialmitteln aufgebracht wird. Ich glaube, daß wir es nicht beantworten könnten, hier die an sich ganz unbedenkliche Bürgschaft, die gefordert wird, abzulehnen und damit darauf zu verzichten, daß weitere Mittel in die Rheinprovinz hineinfließen, die doch wieder dazu dienen, auf dem Wohnungsbaumarkte Beschäftigung zu schaffen und dadurch wieder zahlreichen Arbeitern, Unternehmern und auch Angehörigen des Mittelstandes eine Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst zu geben.

Wenn im übrigen die Tätigkeit der Wohnungsfürsorgegesellschaften im allgemeinen bemängelt worden ist, so entspricht auch das wohl nur der grundsätzlichen Auffassung, die verlangt, daß die öffentliche Tätigkeit sich aus jeder Förderung des Wohnungswesens heraus hält. Ich brauche darauf wohl nicht einzugehen. Wir sind alle der Ueberzeugung, daß ohne Förderung aus öffentlichen Mitteln in absehbarer Zeit im Wohnungswesen eine wesentliche Besserung nicht eintreten kann.

Wenn dann der Herr Abgeordnete Waterrodt mit der Rheinischen Wohnungsfürsorgegesellschaft und ihrer Arbeit das Wort „Betrug“ in Verbindung gebracht hat (Abgeordneter Waterrodt widerspricht), so muß ich das auf das allerschärfste zurückweisen. Herr Abgeordneter Waterrodt, Sie haben eine Stelle vor-
gelesen, worin das Wort „Betrug“ mit der West-

fälischen Wohnungsfürsorgegesellschaft im Zusammenhang gebracht wird, und auf einen Zwischenruf hin, daß es sich hier um die „Rheinische“ handele, haben Sie geantwortet: Bei der Rheinischen wird es genau so sein wie bei der Westfälischen (Sehr richtig! rechts), und gegen diese Behauptung muß ich schärfsten Einspruch erheben. Ich erwarte von Ihnen, daß Sie mir nähere Unterlagen für eine solche Behauptung geben. (Zuruf des Abgeordneten Vaterrodt: Ich habe aber nur das von Herrn Winnenfeld behauptet!) Nein, ich habe genau gehört, was gesagt worden ist.

Meine Damen und Herren! Im übrigen wird mir die Antwort auf die Reden der Fraktionsführer in diesem Jahre etwas leichter als in früheren Jahren. In früheren Jahren war ich stets genötigt, weitgehende Ansprüche, die von den Fraktionen erhoben worden waren, hier zurückzuweisen und ihre Unmöglichkeit mit Rücksicht auf die Finanzlage nachzuweisen. In diesem Jahre haben offenbar auch die Ausführungen der Fraktionsredner unter dem Einfluß der Finanzlage gestanden. Infolgedessen sind solche Wünsche nur in ganz bescheidenem Umfange geäußert worden. Grundsätzlich möchte ich zu allen diesen Wünschen sagen: Ebenso, wie die Fraktionsredner anerkennen haben, daß die Ausgabenposten nicht so hoch angesetzt sind, müssen wir auch dabei bleiben, daß sie in der Höhe unbedingt erforderlich sind und daß infolgedessen, wenn eine wesentliche Mehrausgabe bewilligt wird, auch für die Deckung gesorgt werden muß, die dann nur in einer entsprechenden Erhöhung der Provinzialumlage um den Betrag der Mehrausgabe bestehen kann.

Unter diesen wesentlichen Mehrforderungen ist die größte das Verlangen, wiederum 150 000 Mark für Kinderspeisung in den Haushaltsplan einzustellen. Es ist Ihnen bekannt, daß früher dieser Betrag im Haushaltsplan gestanden hat. Im vorigen Jahre trat das Reich mit reichlichen Mitteln ein. Es wurde hier wiederum beantragt, auch von Provinzwegen noch Mittel zu bewilligen. Ich habe damals ausgeführt: Das ist einmal nicht notwendig, weil jetzt die Reichsmittel zur Verfügung stehen, und zweitens auch deshalb nicht praktisch, weil es doch weiter nichts bedeutet, als daß die betreffenden Mittel von den örtlichen Stellen in die Höhe gezogen werden, an die Provinzialverwaltung und dann wieder nach unten an die örtlichen Stellen verteilt werden. Es wird das selbe erreicht, wenn die örtlichen Stellen nicht in Form der erhöhten Provinzialumlage erst hierher die Beträge zu bezahlen haben, sondern wenn sie sie unmittelbar für die Kinderspeisung verwenden. Der erste Einwand, den ich damals gemacht habe, trifft leider in diesem Jahre nicht mehr zu. Das Reich hat den ursprünglich beantragten Betrag von 5 Millionen für Kinderspeisungen gestrichen. Der zweite Einwand trifft aber heute noch in dem alten Umfange zu. Auf der

anderen Seite will ich aber nicht bestreiten, daß immerhin durch die Tatsache, daß aus einer zentralen Stelle den örtlichen Stellen eine Beihilfe zur Durchführung von Kinderspeisung gegeben werden kann, doch vielleicht die eine oder andere Stelle sich eher bewegen fühlt, auf dem Gebiete etwas zu tun oder das bereits ins Leben Gerufene aufrecht zu erhalten. Es wird daher Sache der betreffenden Sachausschüsse sein, zu prüfen, ob dieser Vorteil schwer genug wiegt, um eine entsprechende Erhöhung der Provinzialumlage um 150 000 Mark gegen Einsetzung des Betrages für Kinderspeisung in Kauf nehmen zu können.

Es ist dann weiter von der sozialdemokratischen Fraktion verlangt worden, 50 000 Mark für allgemeine Volksbildungsbestrebungen in den Haushaltsplan einzustellen. Ich nehme an, daß hier mit „Volksbildungsbestrebungen“ diese Bestrebungen in weitestem Maße gemeint sind, also alles das, was heute unter Vorträgen, Volksbildungseinrichtungen, Freilichtbühnen, Volksbüchereien und ähnlichen Einrichtungen verstanden wird. Ich gebe auch hier zu, daß es wünschenswert wäre, von einer zentralen Stelle aus diese Einrichtungen mehr beeinflussen und auch unterstützen zu können. Bisher hat die Provinzialverwaltung sich ja auf diesem Gebiete weitgehende Zurückhaltung aufgelegt. Es ist richtig, daß diese Einrichtungen in der Rheinprovinz weitergehend sind als in anderen Provinzen. Ich würde es aber nicht für richtig halten, jetzt ins Blaue hinein einen bestimmten Betrag zu bewilligen, abgesehen davon, daß dann auch wieder die Frage der Erhöhung der Provinzialumlage akut würde. Vielmehr würde es m. E. ausreichen, wenn ich die Versicherung abgebe, daß die Frage einer generellen Beeinflussung und Unterstützung dieser Einrichtungen geprüft und im Provinzialauschuß erörtert werden wird und daß dann eventuell im nächsten Haushaltsplan solchen Wünschen Rechnung getragen werden kann.

Der Antrag auf weitere Unterstützung von Wasserleitungen, vor allem in den ärmeren Gegenden der Provinz, den die Zentrumsfraktion gestellt hat und der ja auch vom Herrn Abgeordneten Pohl unterstützt worden ist, verlangt keine unmittelbaren Zuschüsse der Provinzialverwaltung, sondern er sieht voraus, daß die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt in der Lage sein wird, auf diesem Gebiete vielleicht noch Mittel zur Verfügung zu stellen. Dann haben wir allerdings das Recht, an die Staatsregierung die Bitte zu richten, nunmehr ihrerseits auch mit den entsprechenden Beihilfen dazu zu kommen. Dann glaube ich wohl, daß auf diesem für die Volksgesundheit so wichtigen Gebiete sich noch etwas erzielen läßt.

Das gibt mir Veranlassung, ebenso, wie ich es eben schon bei der Bewilligung der Feuerversicherung für die Wohnungsfürsorgegesellschaft hätte tun können, auch hier hervorzuheben, wie durch diese Bewilligung

die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt sich als eine gemeinnützige Einrichtung zeigt, deren Ueberschüsse auch wieder der Gesamtheit zugute kommen, und daß wir deshalb auch alle Veranlassung haben, dafür zu sorgen, daß diejenigen Einrichtungen, die wir von anderer Seite — von der Landesbank oder von der Provinzialverwaltung — finanzieren, auch bei der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt versichert werden, da das, was an der Versicherung verdient wird, wieder der Allgemeinheit zugute kommt.

Eine weitere Mehrforderung in einem Antrage der Arbeitsgemeinschaft bezieht sich auf die Unterstützung der sogenannten Ostfiedlung. Mit dieser Frage sind die Provinzialverbände schon seit einiger Zeit befaßt. Es ist nicht zu bestreiten, daß zahlreiche Söhne rheinischer Landwirte nicht in der Lage sind, der Landwirtschaft treu zu bleiben, weil es ihnen nicht möglich ist, bei dem beschränkten Umfange des zur Verfügung stehenden Bodens sich eine Existenz in der Rheinprovinz zu gründen. Infolgedessen würde es zu begrüßen sein, wenn es möglich wäre, diese Söhne der rheinischen Landwirte ihrem Berufe dadurch zu erhalten, daß man sie im Osten ansiedelt, abgesehen davon, daß auch noch nationale Gründe für eine solche dichtere Besiedlung gerade der östlichen Grenzbezirke sprechen. Es wird nun verlangt, es möchten unmittelbar 30 000 Mark zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt werden. Ich glaube, daß es auch hier genügen würde, wenn der Provinzialausschuß ersucht würde, sich mit dieser Frage zu befassen, und, falls die Prüfung bejahend ausfällt, in den nächsten Haushaltsplan einen entsprechenden Betrag einzusetzen. In diesem Jahre wird ja doch wahrscheinlich noch nicht viel auf diesem Gebiete zu zahlen sein, denn eine solche Sache erfordert im Einzelfalle immer eine größere Vorbereitung, die sich bis zum Ende des Jahres hinzieht; der Betrag könnte dann aus dem Haushaltsplan des nächsten Jahres genommen werden, so daß eine Ueberschreitung des vorliegenden Haushaltsplans und eine eventuelle Erhöhung der Provinzialumlage sich vermeiden ließe.

In diesem Zusammenhange möchte ich auf die Ausführungen kommen, die über die Landwirtschaft gemacht worden sind.

Der Herr Abgeordnete Dr. Kaiser hat den optimistischen Bericht bemängelt, den ich über die Lage der Landwirtschaft gegeben habe. Herr Abgeordneter Dr. Kaiser, ich bin dabei glücklich in der Lage gewesen, mich zu stützen nicht auf die Angaben von Interessentenverbänden, sondern auf die authentischste Stelle, die ich auf diesem Gebiete in der Rheinprovinz anerkennen kann, das ist die Rheinische Landwirtschaftskammer. (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) Die Rheinische Landwirtschaftskammer hat in ihrem offiziellen Jahresbericht — ich habe ihn hier vorliegen —, nachdem sie im einzelnen die Verhältnisse dargelegt hat, am Schluß in Sperrdruck ihr ganzes

Urteil in dem Satze zusammengefaßt: „Zusammenfassend darf gesagt werden, daß im Jahre 1926 wohl der größte Tiefstand der Wirtschaftskrisis der rheinischen Landwirtschaft überschritten worden ist und daß manche Anzeichen bestehen, die nunmehr einen langsame Aufstieg erhoffen lassen.“ (Abgeordneter Dr. Kaiser: Erhoffen lassen!) Diese durchaus offizielle Auslassung habe ich in meiner Rede verlesen.

Was nun die Leistungen der Provinz für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion angeht, so ist ja von allen Seiten — nicht nur von der Arbeitsgemeinschaft und vom Zentrum, sondern auch von dem Redner der Sozialdemokratie — anerkannt worden, daß diese Gelder wohl aufgewendet sind und daß es Aufgabe auch der Provinzialverwaltung ist, nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern im Interesse des ganzen Volkes für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion zu sorgen.

Herr Abgeordneter Hölken hat dann aber doch die Höhe der Aufwendungen bemängelt, und zwar dadurch, daß er auf die verhältnismäßig geringeren Aufwendungen für gewerbliche Zwecke hinwies. Demgegenüber möchte ich darauf hinweisen, daß in der für uns maßgebenden Provinzialordnung und im Dotationsgesetz ausdrücklich als Verpflichtung der Provinzialverwaltung aufgeführt ist: die Unterstützung des landwirtschaftlichen Schulwesens und der landwirtschaftlichen Meliorationen. Dagegen von der Unterstützung gewerblicher Zwecke steht im Dotationsgesetz nichts. Insofern unterscheiden sich die Ausgaben wesentlich. Was wir für gewerbliche Zwecke tun, ist vollständig freiwillig. Bei der Unterstützung der landwirtschaftlichen Angelegenheiten dagegen erfüllen wir in größerem Umfange eine gesetzliche Pflicht. Von den Aufwendungen von 1 386 000 Mark, die im Haushaltsplan vorgesehen sind, entfallen auf Bodenverbesserungen aller Art 845 000 Mark und auf das landwirtschaftliche Schulwesen 343 000 Mark. Es bleibt also nur noch ein Betrag von 197 000 Mark, der etwa über unsere gesetzlichen Verpflichtungen hinaus aufgewendet und einzelnen Zwecken, der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, und insbesondere der Förderung der Tierzucht zugeführt wird. Ich darf auch darauf hinweisen, daß im Preussischen Landtag von allen Parteien, auch von der Partei des Herrn Abgeordneten Hölken, diese gleichen Mittel anstandslos in weitem Umfange bewilligt werden. (Hört, hört! rechts.) Bei den meisten Bewilligungen, die wir hier aussprechen, wird ja der entsprechend gleiche Betrag auch von der Preussischen Staatsregierung — ich nehme an, auch mit Zustimmung des Abgeordnetenhauses — zur Verfügung gestellt. Und gerade die Aufwendungen für landwirtschaftliche Meliorationen und Bodenverbesserungen sind ja auch wesentlich unter dem Gedanken der Beschäftigung von Erwerbslosen und der Arbeitsbeschaffung zu würdigen.

Wenn nun diese Aufgaben in der Durchführung von der Landwirtschaftskammer bearbeitet werden und ein großer Teil dieser Beträge an die Landwirtschaftskammer abgeführt wird, so sehen wir darin die zweifellos beste und praktischste Art, wie wir diese Aufgaben durchführen können, und wir würden es für vollständig verkehrt halten, etwa neben der sachkundigen Landwirtschaftskammer uns nun selbst hier ein Dezernat für diese Angelegenheiten aufzuziehen und unsererseits große Verwaltungskosten für diesen Zweck aufzuwenden. (Sehr richtig! rechts.) Im übrigen haben wir auf die Verwendung jeden gewünschten Einfluß. Wir werden zu jeder Vorstandsitzung der Landwirtschaftskammer eingeladen, und keine Auskunft, die wir verlangen, wird uns verweigert. Es unterliegt keinem Zweifel, daß jeder der hier in unserem Haushaltsplan vorgesehenen Beträge für den Zweck, für den er vorgesehen ist, auch tatsächlich verwendet wird. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Fragen Sie mal nach den Diäten!)

Es ist dann an der Geschäftsführung der Landwirtschaftskammer, insbesondere an der Höhe ihrer Verwaltungskosten, hier Kritik geübt worden. Ich bedauere, daß an dieser Stelle diese Kritik an einer Einzrichtung geübt wurde, die hier nicht vertreten und nicht in der Lage ist, an dieser Stelle sich zu rechtfertigen. (Sehr richtig! rechts.) Es ist mir wohl bekannt, daß im preussischen Abgeordnetenhaus auch darüber längere Ausführungen gemacht worden sind. Ich habe aber in der letzten Sitzung der Landwirtschaftskammer auch gehört, daß die wesentlichsten Punkte dieser Ausführungen zurückgewiesen worden sind, und daß insbesondere bei den Vergleichszahlen dem betreffenden Abgeordneten wesentliche Irrtümer vorgekommen sind. (Sehr richtig! rechts.) Wie leicht auf diesem Gebiet Irrtümer vorkommen können, ergibt sich auch daraus, daß dem Herrn Abgeordneten Hölken ein wesentlicher Irrtum unterlaufen ist. Er hat nämlich die Rheinische Kartoffelbaustelle mit der Saatkartoffelstelle verwechselt. (Zuruf des Abgeordneten Hölken: Ich habe gefragt, ob die beiden Stellen identisch seien!) Sie sind eben nicht identisch, sie sind in keiner Weise identisch. (Zuruf des Abgeordneten Hölken: Ich habe auch nur gefragt!) Infolgedessen fallen auch die langen Ausführungen, die Sie unter der großen Entrüstung Ihrer Partei vorgebracht haben, als ob aus Provinzialmitteln dem Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer eine Lantieme von 8000 Mark bezahlt würde, vollständig in nichts zusammen. (Hört, hört! rechts.) Die Provinzialverwaltung zahlt nur etwas für die Rheinische Kartoffelbaustelle. Diese Stelle hat die außerordentlich wichtige Aufgabe, durch Prüfung der richtigen Kartoffelsorten und Düngungsversuche festzustellen, welche Kartoffelsorten sich für den einzelnen Boden zum Anbau am besten eignen. Die Saatkartoffelstelle ist eine völlig un-

abhängige, neben der Landwirtschaftskammer stehende G. m. b. H., für die aus der Provinzialverwaltung nicht das geringste gegeben wird. (Zuruf eines Sozialdemokraten: Wo kriegt die denn das Geld her? Soviel Lantieme zahlt ja nicht einmal die Deutsche Bank!) Ich wiederhole nochmals: Mit solchen Lantimen haben die Zuwendungen der Provinzialverwaltung nichts zu tun. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Aber die Herrschaften stehen sich doch gut, sonst würden sie die Zuschüsse doch nicht gebrauchen!) Auf diese Einwendungen bezieht sich das, was ich eben gesagt habe, daß ich es nicht richtig finde, hier derartige persönlichen Angriffe gegen eine Stelle zu richten, die nicht in der Lage ist, sich an dieser Stelle dagegen zu verteidigen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Aber es sind doch Mißstände genug vorhanden! Antwort des Abgeordneten von Loë: Nein, das ist alles widerlegt!)

Was den Haushaltsplan der Straßenverwaltung angeht, so ist dazu der Wunsch geäußert worden, es möchte der Weg, den wir im vorigen Jahre gegangen sind, eine Anleihe aufzunehmen unter Zuanpruchnahme der Zinsverbilligungszuschüsse des Reiches, wieder beschritten werden, um die außerordentlichen Aufwendungen, die notwendig sind, um weitere Kreisstraßen auf die Provinz zu übernehmen und die Provinzialstraßen weiter auszubauen, auch in diesem Jahre wieder machen zu können. Ich habe in meiner Stattsrede schon dargelegt, daß das wohl möglich wäre. Aber die Bedingungen dafür müssen wesentlich verbessert werden. Mit einem Zinsfuß von 4 Prozent im ersten Jahre und von 3 Prozent in jedem der folgenden Jahre und dann nichts mehr können wir eine solche Maßnahme, die im wesentlichen auch zur Beschäftigung der Erwerbslosen durchgeführt wird, nicht mehr in die Hand nehmen.

Ich möchte dann noch ein Wort dazu sagen, daß einzelne Redner auch auf meine allgemeinen Ausführungen, insbesondere über die Frage der Ruhrprovinz, eingegangen sind. Ich stelle zunächst gerne fest, daß die Redner der Arbeitsgemeinschaft, des Zentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung, sich gegenüber der Frage der Ruhrprovinz in der nachdrücklichsten Weise ablehnend ausgesprochen haben. (Zuruf: Auch ein Kölner!) Ob die Tatsache, daß der Redner der Sozialdemokratie darüber geschwiegen hat, mehr ist als ein Vergessen, das wage ich nicht zu beurteilen. (Heiterkeit. Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Wir sind derselben Meinung!) Wenn aber der Herr Abgeordnete Dr. Kaiser dabei besonders unterstrichen hat, daß der dritte Grund, den ich für die Ablehnung der Ruhrprovinz anführte, nämlich die Gefahren und Konsequenzen, die sich daraus ergeben, nur eine ernste und wohlgemeinte Warnung an die betreffenden Kreise darstellen sollte, so hat sich eine Notwendigkeit dazu für den Herrn Abgeordneten Dr. Kaiser wohl daraus

ergeben, daß er von meiner Rede nur den Satz gehört hat, den er hier vorgelesen hat, daß er dagegen den Satz, den ich danach gesprochen habe, überhört hat; sonst hätte er ihn gewiß auch mit vorgelesen. Dieser folgende Satz lautete: „Von solchen Gesichtspunkten aus ließe sich auch noch — das Folgende habe ich betont —, was wir alle nicht wünschen, die Aenderung anderer Grenzen als der Provinzgrenzen zwischen Rheinland und Westfalen begründen.“ Ich habe diesem Satz nichts weiteres hinzuzufügen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Kaiser hat dann geglaubt, in meinen Ausführungen in diesem Jahre noch eine besondere Schärfe gegen Berlin herauslesen zu müssen. Auch hier glaube ich, daß meine Rede keinen Anlaß geboten hat, eine schärfere Beurteilung nach dieser Richtung hin vorzunehmen, als die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Kaiser selbst. Im Gegenteil, er ist in manchen Punkten weitergegangen als ich. In bezug auf die Verallgemeinerung des Vorwurfs finanzieller Benachteiligung möchte ich die allgemeinen Behauptungen des Herrn Abgeordneten Dr. Kaiser in diesem Umfange mir nicht einmal zu eigen machen. Insbesondere habe ich selbst in der Vergangenheit immer wieder anerkannt, daß von Reichs- und Staatsregierung während des Ruhrkampfes und in den Jahren danach außerordentlich viel für das besetzte Gebiet geleistet worden ist, wofür das besetzte Gebiet stets zu Dank verpflichtet sein muß. Wichtig ist, daß anscheinend in der letzten Zeit die Lust nach dieser Richtung hin etwas erkaltet ist und daß die Ansprüche, die von der Mitte Deutschlands, von Berlin, und auch von dem Osten gestellt werden, eine so weitgehende Berücksichtigung finden, daß daraus möglicherweise einmal eine Benachteiligung des Westens folgen könnte. Ich befürchte das mehr, als daß ich es bis jetzt schon behaupten könnte. Wogegen ich mich gewandt habe, ist nur die Art der Verwaltung. Ich habe mich gegen die immer stärker werdende Konzentration aller Verwaltungen nach oben in Berlin gewandt. Das ist nur durch eine Aenderung des Systems der Verwaltung gutzumachen. Es bedarf dazu gar keiner anderen Art der Verteilung der Aufwendungen. Es müssen eben in größerem Umfange die Gelder und die Aufwendungen, die in Berlin zur Verfügung gestellt werden, anstatt dort unmittelbar in den Ministerien verwandt zu werden, nach unten aufgeteilt werden oder, was noch besser ist, in Form der Steuerüberweisungen unmittelbar den Kommunalverbänden zu eigener Verwendung überwiesen werden. Dann hört diese große Verwaltungskonzentration von selbst auf.

Ich glaube aber im übrigen den Worten, die der Herr Oberpräsident in seiner Einleitungsrede gesprochen hat, nur zustimmen zu können, daß wir gerade bei den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen und bei den schwierigen Grenzverhältnissen des besetzten

Gebiets alle Ursache haben, gerade hier in der Rheinprovinz einträchtig zusammen zu arbeiten: Selbstverwaltung und Staatsverwaltung. Und ich glaube versichern zu können, daß hier in der Rheinprovinz dieses Zusammenarbeiten, wie es sich bisher in ausgezeichnete Weise abgewickelt hat, auch in Zukunft in derselben Weise sich zum Besten der Provinz gestalten wird. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter v. Stedman.

Abgeordneter von Stedman: Meine Damen und Herren! Der sozialdemokratische Fraktionsredner hat in seiner Rede zunächst ein gewisses Interesse für die Landwirtschaft betont. Ich kann mich aber des Eindrucks nicht erwehren, daß er in seinen weiteren Ausführungen eigentlich das Gegenteil bewiesen hat. (Sehr richtig! rechts.) Es muß eigentlich Wunder nehmen, wenn der Angehörige einer Partei, in deren Bezeichnung ausdrücklich das Wort „demokratisch“ vorkommt, die Selbstverwaltung eines Berufsbezuges in dieser Weise angreift. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Dieser Berufsbezug unterliegt doch der öffentlichen Kritik!) Meine Damen und Herren! Was würde wohl für ein Entrüstungsturm losbrechen, wenn einer von uns sich eines schönen Tages irgendeine Einflußnahme auf die Geschäftsgebarung einer Handwerkskammer oder einer Gewerkschaft anmaßen wollte. Ich muß ausdrücklich feststellen, daß es keinen Berufsstand gibt, der in bezug auf seine Selbstverwaltung, auf die Selbstverwaltung seiner Angelegenheiten so beschnitten und so eingengt ist, wie gerade der landwirtschaftliche Berufsstand. (Sehr richtig! rechts.) Ich brauche bloß daran zu erinnern, daß z. B. die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft meines Wissens die einzige Berufsgenossenschaft ist, welche nicht von dem Berufsstande selbst verwaltet wird. (Sehr gut! rechts.)

Meine Herren! Die bemängelten Etatspositionen werden in dem landwirtschaftlichen Ausschuß und bei Gelegenheit der Besprechung des landwirtschaftlichen Etats ihre Erledigung finden können. Es erübrigt sich also für mich, jetzt darauf einzugehen.

Meine Damen und Herren! Der Etat der Landwirtschaftskammer gehört auf keinen Fall vor dieses hohe Haus. Trotzdem möchte ich zum Etat der Landwirtschaftskammer einige Aufklärungen geben und einige Richtigstellungen vornehmen. Die Rheinische Landwirtschaftskammer hat die niedrigste Umlage sämtlicher Landwirtschaftskammern Preußens. (Hört, hört! rechts.) Und durch besondere Sparsamkeit ist es gelungen, in diesem Jahre den bisher bestehenden niedrigsten Satz sogar noch herabzusetzen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Durch hohe Staats- und Provinzialzuschüsse!)

Meine Damen und Herren! Dann sind von Herrn Abgeordneten Höfken die Reisekosten bemängelt worden. Ich habe die Ehre, Vorstandsmitglied der Land-

wirtschaftskammer zu sein, und kann Ihnen berichten, daß sogar die Vorstandsmitglieder der Kammer nur die Fahrtkosten 3. Klasse ersetzt bekommen.

Meine Damen und Herren! Es ist dann von der Saatkartoffelstelle die Rede gewesen. Ich bin dem Herrn Landeshauptmann dankbar, daß er darin schon einiges klargestellt hat. Lassen Sie mich Ihnen nur sagen, daß die Saatkartoffelstelle der Landwirtschaftskammer eine vollständig selbständige G. m. b. H. ist. Wenn Sie einmal einen Vergleich ziehen wollen, meine Herren, dann können Sie diesen Vergleich, wenn ich von Ihren Verhältnissen sprechen will, nur dadurch ziehen, daß Sie die Saatkartoffelstelle mit einem Konsumverein der Sozialdemokratischen Partei vergleichen. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Den gibt es ja gar nicht!) Ich möchte einmal hören, was Sie für einen Spektakel erheben würden, wenn ich mir anmaßen würde, in die Geschäftsgebarung eines Konsumvereins hineinzuleuchten. (Zuruf links.) Bezüglich dieser Unterbrechungen will ich Ihnen nur sagen: Es gibt in meiner Gegend einen Ort Mayen, und da gibt es eine Redensart, die heißt: Hintenherum hat Mayen gewonnen. Sie können sich ja einmal von den Leuten, die dort ansässig sind, erklären lassen, was das heißt. (Zuruf des Abgeordneten Haas: Sie meinen wohl, hinten herum hätte die Landwirtschaft gewonnen? Weiterer Zuruf links: Machen Sie alles hinten herum?) Dem sozialdemokratischen Redner scheint vollständig unbekannt zu sein, daß der Haushaltsplan einer Landwirtschaftskammer der Genehmigung des Preussischen Ministeriums bedarf und daß dieser Haushaltsplan vom Ministerium gutgeheißen werden muß. Meine Damen und Herren! Ueberlegen Sie sich doch bitte einmal, wer heute in der Preussischen Regierung sitzt und wer heute die Preussische Regierung ausübt. (Weiterer Zuruf des Abgeordneten Haas: Wer Landwirtschaftsminister ist!) Der Landwirtschaftsminister ist nicht sozialdemokratischer Minister. Meine Damen und Herren! Das ändert aber nichts daran, daß das Kabinett in ausschlaggebender Weise von sozialdemokratischen Führern beherrscht wird. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Das ist ja nicht wahr, das Gegenteil ist der Fall!)

Meine Damen und Herren! Was die Gehälter der Beamten der Landwirtschaftskammer anbetrifft, so unterliegen auch die Gehälter der Landwirtschaftskammer — ich stelle fest, daß diese Gehälter nach staatlichen Grundsätzen aufgestellt sind (Zuruf des Abgeordneten von Loë: Hört, hört!) — der Prüfung und Genehmigung des Herrn Landwirtschaftsministers als des Vertreters des Preussischen Staatsministeriums. Wenn Sie also hier die Gehälter der Beamten der Landwirtschaftskammer angreifen, so greifen Sie das Ministerium an, in dem Ihre eigenen Parteigenossen den Vorsitz führen. (Abgeordneter Dr. Kaiser: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Nun komme ich noch mit einem kurzen Wort auf die persönlichen Angriffe,

welche hier gegen den Freiherrn von Lüninck erhoben worden sind. Auch ich bedauere, daß hier in diesem Hohen Hause Angriffe gegen Leute erhoben werden, die nicht anwesend sind und sich infolgedessen nicht verteidigen können. Meine Damen und Herren! Ich kann mich aber des Eindrucks nicht erwehren, daß diese Angriffe bewußt gegen besseres Wissen erfolgt sind. (Laute Rufe: Oho! Unerhört! links; Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. Farres: Ich nehme an, daß Sie einem Mitglied dieses Hohen Hauses den Vorwurf einer bewußt falschen Behauptung nicht haben machen wollen. (Zuruf des Abgeordneten Haas: Das hat er doch gesagt!)

Abgeordneter von Stedman: Ich habe mich dem Eindruck nicht entziehen können, daß hier wider besseres Wissen Vorwürfe gemacht wurden.

Vorsitzender Dr. Farres: Ich würde Sie zur Ordnung rufen müssen, wenn Sie behaupten wollten, hier hätte ein Abgeordneter Behauptungen wider besseres Wissen gemacht.

Abgeordneter von Stedman: Dann verbessere ich mich dahin, daß ich sage: Die persönlichen Angriffe gegen Freiherrn von Lüninck sind bereits in vollster Deffentlichkeit widerlegt worden. (Abgeordneter von Loë: Sehr richtig! Zuruf des Abgeordneten Haas: Was ist die vollste Deffentlichkeit?)

Meine Damen und Herren! Die Vorgänge, die bei der unerhörten Haussuchung vorgekommen sind, und die Behauptungen von Diktaturbestrebungen, von denen Freiherr von Lüninck selbst nichts gewußt hat, sind in der Presse, sind in Erklärungen des Vorstandes der Landwirtschaftskammer, sind im Preussischen Landtag, sind in der breitesten Deffentlichkeit genügend besprochen und klargestellt worden (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Kein Engel ist so rein!), so daß ich annehmen darf, daß auch der Berichterstatter der Sozialdemokratischen Partei davon Kenntnis hatte. Meine Damen und Herren! Dem Freiherrn von Lüninck ist durch richterlichen Bescheid und durch ministerielle Auslassungen erklärt und bescheinigt worden, daß die gegen ihn erhobenen Angriffe gegenstandslos sind. Ich kann vor diesem Hohen Hause feststellen, daß die rheinische Landwirtschaft treu zu dem erwählten und bewährten Vorsitzenden der Rheinischen Landwirtschaftskammer steht. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Freiherr von Loë:

Abgeordneter Freiherr von Loë: Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat in seiner Stabsrede auch einen Ausblick auf die Lage der Landwirtschaft gegeben und ist eben in seinen Ausführungen noch kurz darauf zurückgekommen, indem er sich auf einen Bericht der Landwirtschaftskammer bezieht. Bezüglich der letzteren Rechtfertigung möchte ich bemerken: Man muß diesen Bericht aus den Umständen verstehen, unter denen er gegeben worden ist. Er richtete sich an die Berufsgenossen selber, und, wo unsere

Berufsgenossen heute in großem Maße wirtschaftlich äußerst schlimm bestellt sind, bedurfte es eines Wortes der Aufmunterung, um die schweren Zeiten überhaupt überstehen zu können. Aber, meine Herren, wenn man hier auf diesem breiten politischen Boden ein Gutachten über den wirklichen Stand der Landwirtschaftskammer und über die Möglichkeit der Landwirtschaft, durch die schlimmen Zeiten durchzukommen, abgeben und ihre Aussichten für die Zukunft darstellen will, so kann ich doch nicht die hier geäußerte Auffassung unwidersprochen lassen. Meine Herren! Wir haben in den letzten fünf Jahren keine einzige gute Ernte in der Landwirtschaft gehabt. Die letzte Ernte war sogar — wir können es ruhig sagen — eine katastrophal schlechte. Wenn wir in der Körnerernte — das Brotgetreide ist immer das Rückgrat der Landwirtschaft — einen Ausfall von 30 Prozent im allgemeinen erlitten haben, so ist das eine Katastrophe, nicht nur eine Krise. Insofern stehe ich auch zu dem Worte, das der Herr Landeshauptmann in seiner Etatsrede angezogen hat und das sich, wie ich glaube, auf mich bezogen hat. Die Lage der Landwirtschaft ist tatsächlich im letzten Jahre zu einer Katastrophe geworden. Meine Herren! Damals, als das Londoner Abkommen bezüglich unserer Reparationsleistungen abgeschlossen wurde, haben die Volkswirtschaftler zum Teil sich überlegt: Wie kann das die Volkswirtschaft Deutschlands leisten? Und man hat auch die Landwirtschaft durchgesehen, ob sie zu ihrem Teil das leisten könnte. Da haben jene gesagt: Wenn wir einmal das Glück hätten, drei volle Ernten zu erzielen — dabei wurde errechnet, was eine solche Maximalernte alles bedeute —, so würden wir davon schon ein ganz Erhebliches von unseren Verpflichtungen an die Alliierten abbürden können. Die Volkswirtschaftler vergessen aber jetzt, dieselbe Rechnung auf die Landwirtschaft anzuwenden, wenn diese eine Unterernte hat. Meine Herren! Die Ernte des letzten Jahres war für uns eine Katastrophe. Bedenken Sie einmal, meine Herren, was für eine Aufregung es im Lande hervorgerufen würde, wenn plötzlich einmal 30 Prozent der Gehälter der Beamten gestrichen würden.

Ich komme auf andere Momente: Der Körnerpreis, werden Sie mir entgegnen, ist gestiegen. Der Körnerpreis, meine Herren, ist gestiegen, als ein Drittel der Ernte schon von der Landwirtschaft abgegeben und verkauft war; er kam also nur zu einem Bruchteil der Landwirtschaft zugute. Es ist aber bei Berechnung der Rentabilität des Körnerbaues immer festzustellen, daß bei der Körnerernte die Menge die Rente, den Hauptfaktor, darstellt und der Preis diesen nur ergänzt. Ob auf den Morgen ein bis zwei Sack mehr oder weniger geerntet werden, so liegt darin der Schwerpunkt. Gewiß, der Preis muß auch so sein, daß sich die Gesteungskosten bezahlt machen, und das ist er jetzt zeitweise geworden, aber erst geworden.

Dann darf ich noch auf eine andere Branche der Landwirtschaft hinweisen. Nehmen Sie einmal den

Umtausch der Milchläge in der Milchwirtschaft: Jetzt gegen Meß. Früher war es so: Wer ein geschickter Landwirt war, konnte das ungefähr 20, 30 oder 40 Mark auf. Heute ist das Aufgeld 200 bis 250 Mark pro Haupt. Die Milch kostet heute in der nächsten Umgebung von Köln 19 Pfennig. Gehen Sie ein bißchen weiter in die Peripherie, so kommen schon 17 Pfennig heraus. Das sind gegen Vorkriegspreise nicht mehr tragbare Zahlen; Zahlen, die im Verhältnis schlechter sind als die der Vorkriegszeit. Dabei stehen wir heute noch nicht in der Milchschwemme, sondern die Milchschwemme tritt erst ein, wenn der Klee kommt. Wir stehen also eigentlich in einer Zeit, wo an sich höhere Preise sein müßten. Die Tendenz wird also sein, daß die Preise sich während der Kleezeit noch weiter heruntersetzen.

Die Schweinepreise sind bekanntlich heute nicht mehr lohnend. Sie können für die Preise, die heute am Kölner Markt gezahlt werden, keine Schweine mästen. Auch die Pferdepreise sind bekanntlich heute absolut unlohnend. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Die Reichswehr zahlt ja gute Preise!) Die kauft aber keine Kaltblüter. Unsere Pferde am Rhein sind Kaltblüter. (Zuruf des Abgeordneten Schröer, Essen: Wärmen Sie sie ein bißchen an! Heiterkeit.)

Meine Herren! Man wird vielleicht sagen können, die Rübenernte sei befriedigend. Sie ist zum Teil auch befriedigend gewesen, das mag zugegeben werden. Die Rübenernte ist aber nur ein Teil der ganzen Ernte. Sie betrifft auch nur gewisse Gegenden; das Gros der Provinz betreibt nicht Zuckerrübenbau.

Als äußeres Bild kommt hinzu, daß in der Rheinprovinz die landwirtschaftlichen Hypothekenschulden im vorigen Jahre wieder um 100 Millionen gestiegen sind. Rechnen Sie danach bitte einmal aus, welche Zinsen wir für die Schulden, die wir haben machen müssen, zu zahlen haben. Ich bin im Augenblick nicht in der Lage, Ihnen genaue Zahlen zu geben, aber Sie wissen, wie hoch die Verschuldung ist. Jedenfalls ist sie so, daß die Zinslast, die wir zu tragen haben, weit das übertrifft, was wir vor dem Kriege gehabt haben. Auf die Zinslast, meine Herren, kommen wir vielleicht bei anderer Gelegenheit noch zurück.

Die Lage der Landwirtschaft ist heute so, daß man mit Bestimmtheit sagen kann: sie arbeitet nicht mit Rente, sie arbeitet mit Verlust. Auch die Höhe der Zinsätze, die wir zahlen müssen, kommen der Bodenrente nicht annähernd nahe. Die Zinsätze sind ein Vielfaches dessen, was wir an Bodenrente erzielen. Das ist die Lage der Landwirtschaft, wie sie heute in Wirklichkeit ist.

Ich muß daher hier ausdrücklich betonen, daß wir nicht mit einem freundlichen Gesicht die Zukunft der Landwirtschaft betrachten können, sondern nur mit der größten Besorgnis. (Zuruf links: Alte Freiherrlichkeit!) Wer Landbesitz hat, kann ein, zwei oder drei Jahre lang mal zuzahlen aus seinem Vermögen, mit

anderen Worten: mehr Schulden machen. Aber der Moment des Zusammenbruchs, meine Herren, steht für außerordentlich viele Existenzen bevor.

Die Kritiken, die hier an der Landwirtschaftskammer und ihrem verdienten Vorsitzenden geübt worden sind, sind bereits von Herrn von Stedman und vom Herrn Landeshauptmann zurückgewiesen worden. Ich habe die Einzelheiten leider nicht gehört, weil ich nicht anwesend sein konnte. Aber ich möchte als Mitglied des Vorstandes der Kammer das unterstreichen, was Herr von Stedman gerade gesagt hat: Die ganzen Angriffe, die hier gemacht worden sind, sind alle schon in der Öffentlichkeit erhoben worden, und sie sind sowohl im Abgeordnetenhaus wie auch in der Presse restlos öffentlich widerlegt worden. Wer hier, ohne neue Momente, solche Angriffe vorbringt, nachdem sie längst widerlegt worden sind, mag es mit sich vereinbaren, ob das noch mit einer bürgerlichen Moral verträglich ist. (Zuruf links: Ihre Juristen verdrehen alles! Beifall rechts.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hölken.

Abgeordneter Hölken: Meine Damen und Herren! Ich habe erwußt, daß ich mit meinen Ausführungen zur Rheinischen Landwirtschaftskammer in ein Wespennest stechen würde. (Abgeordneter Gerlach: Sehr gut!) Aber, ich glaube, daß ich manchem kleinen Bauer aus der Seele gesprochen habe (Widerspruch rechts, Zustimmung links), der draußen auf seinem Acker von morgens früh bis abends spät schwer arbeiten muß, dem die Tausende nicht so mühelos in die Tasche fließen, wie dem Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Pattberg: Agitation!)

Meine Damen und Herren! Es ist mir nicht eingefallen, die Selbstverwaltung anzugreifen, sondern ich habe nur die Verschwendung kritisiert, die in der Landwirtschaftskammer getrieben wird, indem 18 000 Mark Aufwandsentschädigung an einen nicht unbemittelten Herrn gezahlt werden. Das ist mit der Not der Landwirtschaft durchaus nicht zu vereinbaren. Wenn die Landwirtschaft wirklich so notleidend ist, dann wäre es Aufgabe ihrer Führer, auch da bescheidener zu sein und sich nicht bei jeder Gelegenheit hinzustellen und den Gemeinden und den übrigen Selbstverwaltungskörpern Verschwendungssucht vorzutwerfen.

Meine Damen und Herren! Es ist dann gesagt worden, der Etat der Landwirtschaftskammer gehöre nicht vor dieses Haus (Sehr richtig! rechts), und doch gehört er vor dieses Haus. Wenn von uns Zuschüsse verlangt werden — ob wir gesetzlich verpflichtet sind, sie zu leisten, oder ob wir sie freiwillig geben — dann haben wir — sonst geben wir unser Selbstverwaltungsrecht preis — einen Anspruch darauf, Kontrolle auszuüben, wie diese

Mittel verwandt werden. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!)

Der Vergleich mit den Konsumvereinen, Herr von Stedman, hinkt. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Er trifft aber doch zu!) Wenn Sie den Konsumvereinen 2½ Millionen Mark Zuschüsse geben, die die Rheinische Landwirtschaftskammer von Staat, Provinz und Kreisen bekommt, dann wären die Konsumvereine in der Lage, die Lebensmittelpreise ganz erheblich zu senken. Die Konsumvereine würden keine 18 000 Mark Aufwandsentschädigung an ihren Vorsitzenden zahlen. (Abgeordneter Dr. Kaiser: Na, na! Zuruf des Abgeordneten Dr. Pattberg: Verbilligte Kredite!)

Dann möchte ich weiter darauf hinweisen, daß ich ja auch gefragt habe, Herr Landeshauptmann, ob diese Saatkartoffelstelle mit der Kartoffelstelle der Provinz identisch sei. Sie haben eben erklärt, das ist nicht der Fall, und so ist damit die Sache abgetan. (Zuruf des Abgeordneten Haas: Dann soll man die 8000 Mark doch lieber für Kartoffelversuche verwenden!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hölken. (Zuruf des Abgeordneten Haas: Zwischenrufe sind erlaubt, denken Sie an Stresemann, Herr Jarres!)

Abgeordneter Hölken (fortfahrend): Das ändert alles nichts an der Tatsache, daß hohe Aufwandsentschädigung gezahlt wird.

Nun wurde gesagt, es sei zu bedauern, daß die Herrschaften der Landwirtschaftskammer hier, wo sie sich nicht verteidigen könnten, angegriffen worden seien. Ach, Herr von Stedman war doch ein ganz berufener Verteidiger der Landwirtschaftskammer und des Freiherrn von Liniend, und Freiherr von Loë ist ja auch in der Lage, sich zu verteidigen. Ich darf auf die „Rheinische Zeitung“ hinweisen, die am 25. März u. a. schrieb: „Wer der diesjährigen Hauptversammlung der Rheinischen Landwirtschaftskammer beiwohnte, konnte ein innerliches Lachen darüber nicht verheizen, wie alles schön nach trefflicher Vorbereitung abließ, nach der Regie des Freiherrn von Loë.“ (Heiterkeit.) Also haben wir doch ganz prominente Vertreter und Verteidiger der Landwirtschaftskammer hier unter uns. Ich habe es für notwendig gehalten, darauf noch hinzuweisen.

Meine Damen und Herren! Sachlich haben Sie nicht entkräftigt, daß die Landwirtschaftskammer solche hohe Aufwandsentschädigungen zahlt, und sachlich ist auch richtig — ich betone das noch einmal —: Sie begeben sich selbst Ihres Selbstverwaltungsrechtes, wenn Sie darauf verzichten, die Kontrolle über die Zuschüsse auszuüben, die die Provinz gibt. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Wir müssen sie sperren!)

Dem Herrn Landeshauptmann möchte ich auf seine Bemerkung zur Ruhrprovinz sagen, daß wir gar keine Ursache hatten, dazu Stellung zu nehmen, weil wir an keine Ruhrprovinz denken. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Das

ist ja erfreulich! Zuruf des Landeshauptmanns: Wer ist „wir“? Unsere Fraktion. (Zuruf des Landeshauptmanns: Die ganze Fraktion?) Mit keiner Einschränkung. (Zuruf des Landeshauptmanns: Es wird keiner rot! Heiterkeit.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Mohl.

Abgeordneter Mohl: Wir möchten doch zu der Rede, die Herr Landeshauptmann Horion zuletzt gehalten hat, bemerken, daß er mit keinem Wort auf die Anträge einging, die die Kommunisten hier besprochen haben. Das mag wohl daran liegen, daß er während der Zeit, wo unser Abgeordneter sprach, in seinem Dunkelkammerchen so sehr darüber nachgedacht hat, wie er jetzt das Geld aus dem Wasserkopf Berlin herausquetschen will, daß er jetzt nicht in der Lage war, darüber zu sprechen. Aber wenn er zugab, daß die Wünsche der übrigen Parteien — damit meint er selbstverständlich auch diejenigen Herren, die sich hier so ein bißchen in Opposition aufspielen, die Sozialdemokraten — die Verwaltung in recht bescheidener Weise kritisiert hätten, so geht daraus hervor, daß er diese „Opposition“ durchaus nicht ernst nimmt, sondern sie eben nur so betrachtet, wie sie auch betrachtet werden will, daß sie für die Wähler etwas darstellen soll. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die Herren von der alleräußersten Rechten hierzu Sehr richtig! schreien, so weiß ich, daß diese Differenzen und Meinungsverschiedenheiten eben nicht ernst zu nehmen sind, sondern daß Sie alle ein Herz und eine Seele sind, wenn es gilt, das Volk zu betrügen. (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Mohl, ich rufe Sie wegen dieser Bemerkung zur Ordnung.

Abgeordneter Mohl: Ich habe bisher immer angenommen, daß die bürgerlichen Parteien nichts anderes tun, als ihre Reden hier in dem Sinne halten, wie ich es eben angeführt habe. Wenn Herr Jarres anderer Meinung ist, so ist das das erste Mal, daß ich hier darüber belehrt werde.

Vorsitzender Dr. Jarres: Weil ich in der Tat anderer Meinung bin und Sie Ihre verletzende Bemerkung wiederholt haben, rufe ich Sie zum zweiten Male zur Ordnung.

Abgeordneter Mohl: Ich komme zur Rede des Herrn Horion. Das Programm, das hier entwickelt wurde, entspricht genau dem Programm des Herrn Böglers, des Stahltrustmagnaten. Wenn hier die Frage geprüft wird, wo die Milliarden hingingen, und gesagt wird, es wäre schade darum, daß diese Milliarden alle so für die Wirtschaft verloren gingen, dann wäre vielleicht an die Herren von der Zentrumsfraktion die Anfrage zu stellen, wie es kam, daß der ehemalige Abgeordnete Lange-Hegermann so lange diese Futterkrippe ausnutzen konnte, ehe man ihn hinausgeworfen hat. Vielleicht ist Ihnen aus der Tagespresse bekannt, daß sein Vermögen progressiv so angewachsen ist, wie

das Vermögen der Arbeiter und derjenigen Provinzen, die eigentlich bedacht werden sollten, gesunken ist. Er hatte im Jahre 1914 noch 28000 Mark, und er hat glücklicherweise durch seine parlamentarische Tätigkeit, die bekanntlich anders ausgefallen ist, als hier eben gesagt wurde, 1,2 Millionen geholt. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Außerdem wird ihm vorgeworfen, daß er etwa 3 Millionen Gelder, die für das besetzte Gebiet bestimmt waren, zu anderen Zwecken verwandt hat. Wir sehen, es ist ein sehr einträgliches Geschäft, das man machen kann, wenn man solche Ehrenämter hat. Dann kann man sich auch einmal per Gelegenheit herauschmeißen lassen, das macht dann nichts. Das kennzeichnet die Moral.

Die ganzen Differenzen, die hier zwischen den einzelnen Fraktionen von der SPD. bis zur bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft bestehen, beziehen sich nur auf einen Punkt, auf den Kampf um die Futterkrippe. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Die Herren von der SPD. spüren so schon, daß auch in Preußen bereits der Fuß erhoben ist, der sie aus der Koalition hinausbefördern soll. Aus diesem Grunde die außerordentliche Nervosität. Sie sind nicht etwa nervös, wenn Millionen von Proletariern nichts zu essen haben. Wenn es da bei ihnen einmal brennt, hat man immer noch Leute vom Schlage eines Orzesinski oder Koste. Und wenn Genosse Oberdörster erklärt, daß immer noch, wenn schmutzige Arbeit zu leisten sei, diese Herren da wären, um den Bürgerblock aus der Patzche zu helfen, so stimmt das unbedingt.

Auch die Herren von der Landwirtschaft haben keine Ursache, sich hier groß aufzuregen, weil die Beurteilung der augenblicklichen Konjunktur in der Landwirtschaft nicht richtig sei. Wenn hier gesagt wird, die Landwirtschaftskammer stehe ganz rein da, die Landwirtschaft als solche sei bedürftig, sie müsse immer mehr Zuschüsse haben und die Landwirtschaftskammer müsse dafür sorgen, daß diese Zuschüsse richtig verteilt würden, so müssen wir dahinter ein Fragezeichen setzen. Wir behaupten nicht, daß die Herren Claaß und Büning hier das Geld dazu bekommen haben, um die schwarze Reichswehr zu organisieren und Fememorde zu unterstützen; das behaupten wir durchaus nicht. Aber wir haben Bedenken, ob die Gelder auch tatsächlich für die Zwecke verwandt werden, von denen Herr Freiherr von Loë sprach. Er hat hier geredet wie ein kleiner Bauer, bei dem der Gerichtsvollzieher vor der Tür steht mit der Absicht, ihm die letzte Kuh aus dem Stall zu holen. Ich glaube, so schlimm steht es mit ihm noch nicht. Es wird erst dahin kommen, wenn die Kleinbauern einmal begriffen haben, was die Reden für einen Zweck haben. Praktisch ist es bis jetzt so, daß die 100 Millionen Subventionen, die man wiederum bezahlt hat, nur den Großgrundbesitzern und den Freiherrn an den Hals geworfen werden, nicht nur, um die Sorgen der Kleinen zu lindern, sondern für ganz andere Zwecke. Wir haben alle Ursache, den Klein-

bauern zu sagen, daß sie gut aufpassen sollen. Hier gilt ein Wort August Bebel's, auf den die Sozialdemokraten jetzt nicht mehr schwören, daß man den Führern nicht nur auf den Mund, sondern auch auf die Finger sehen soll. Das gilt auch für die Herren Freiherren, die zwar nicht mehr dieselben Rechte haben wie früher, aber doch noch zuviel; es ist an der Zeit, deren Rechte bald zu beschneiden.

Herr Landeshauptmann Horion sprach dann auch über die Frage der Ablösung des Landesarbeitsamtes. Er meinte, es sei schade, daß wieder die Absicht bestände, ein neues Amt zu schaffen. Ich weiß nicht, ob man dies auch unter das Ressort „Förderung der Landwirtschaft“ rechnen soll, obgleich das Arbeits- und Berufsamt nichts damit zu tun hat. Aber wenn man es von dem Standpunkte aus betrachtet, daß es eine Fettweide für die Gewerkschaftsböden sein wird, so stimmt es ohne Zweifel. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Das war sehr geistreich!) Dann ist das auch eine Förderung der Landwirtschaft. (Herr Gerlach schüttelt den Kopf.) Herr von Gerlach, ich will nicht behaupten, daß das auch auf Sie zutrifft. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Da haben Sie mich geadeilt!) Ich habe nicht gesagt, daß das für das Düsseldorfer Arbeitsamt zutrifft; aber jeder kann sich aus dem etwas entnehmen.

Diese Ablösung hängt eng zusammen mit dem Versuch, ein Arbeitslosenversicherungsgesetz zu schaffen, das von dem Bürgerblock stürmisch begrüßt wurde, nachdem die Gewerkschaftsführer die Reformistenvorarbeit geleistet hatten, indem sie die Klassifizierung verlangten. Aber auf der ganzen Linie haben wir zu verzeichnen, daß der sozialpolitischen Reaktion die kulturelle Reaktion auf dem Fuße folgt. Hierunter gehören besonders die Etatspositionen, worin festgelegt wird, daß für die alten Kirchenbauten, für diese Ruinen aus vergangenen Jahrhunderten, noch Geld hinausgeworfen wird, um sie zu erhalten. Auch dagegen werden wir uns stark wehren. Es ist selbstverständlich, daß wir dafür keinen Pfennig bewilligen. Solange Hunderttausende Ihrer Glaubensgenossen (zum Zentrum) Hunger leiden müssen, solange haben wir dafür keinen Pfennig übrig. Es sind genug Ruinen in Deutschland. Sorgen Sie erst einmal dafür, daß wieder etwas Neues aufgebaut wird.

In derselben Linie liegen auch die Bestrebungen zur Eraffung eines Konkordats. (Heiterkeit.) In dieser Linie hat auch das Zentrum schon allerhand Erfolge zu verbuchen. Wenn Herr Stresemann in seiner neuesten Rede dagegen wettet, so ist das ein Schachzug, der selbstverständlich nur als ein solcher gewertet werden kann. Aber wenn das Zentrum die Absicht hat, die Schulen an die Pfaffen auszuliefern (Hu-, Hu!-Rufe im Zentrum), so ist es für die Arbeiter an der Zeit, sich dagegen zu wehren und Alarm zu blasen. Wir stellen zur Steuer der Wahrheit fest, daß es erst die verfluchte Folge des Weimarer Schulkompromisses war, daß die Dinge soweit gekommen sind. Auch die

Sozialdemokratie ist durch ihre Klügelpolitik mit dem Zentrum in der Regierung schuld daran, daß die Schulen an die Pfaffen ausgeliefert wurden. (Hu!-Rufe rechts. Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Wir sind an allem schuld!) Wir werden nach wie vor den schärfsten Kampf dagegen führen, daß solche Institute eingerichtet werden wie die, wovon Herr Horion sprach, daß man auch die kulturfördernden Organisationen provinziell überwachen soll und daß das Zentrum jetzt schon verlangt, daß beim Landesjugendamt eine Prüfungsstelle für Schmutz und Schund eingerichtet wird. Wie diese Prüfungsstelle aussehen wird, meine Herren, dafür haben wir genügend Beispiele. Wenn Sie schon auf Grund des Schund- und Schmutzgesetzes jeden Sumpf aufdecken wollen, dann gehen Sie einmal in die berühmte Brutflätte des Jesuitismus in Deutschland, in M. Gladbach, zum Volksverein für das katholische Deutschland. Dort ist es an der Zeit, aufzuräumen. Ich erinnere daran, daß im vorigen Jahre noch ein katholischer Geistlicher namens Rött zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, weil er sich an Schul- und Beichtkindern in der gemeinsten Weise sittlich vergangen hat. Ich erinnere weiter daran, daß zwei Monate darauf ein Lehrer Küpper ebenfalls wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen, begangen an Schulkindern in der Fliethschule in M. Gladbach, zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Ich erinnere weiter daran, daß vor Monaten in dem Wallfahrtsort Hahn ein Lehrer wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen, begangen an Schulkindern, verhaftet wurde. Dieser Lehrer hieß Lohmann. Das gehört alles nicht zum Schmutz- und Schundgesetz. Aber Ihre Heuchelei erzieht ja erst zu den Dingen, die Sie durch das Schmutz- und Schundgesetz bekämpfen wollen. Durch Ihre Heuchelei, die Sie in die Schulen einführen, wollen Sie das Volk verdummen, damit billige Sklaven und Ausbeutungsobjekte für die christlichen Kapitalisten geschaffen werden. Das ist der ganze Zweck des Schmutz- und Schundgesetzes. Auf dieser Basis beruhen auch die Erfolge Ihres soa. Fürsorgewesens. Gerade durch diese Schulen, deren Katholisierung Sie durch Ihren politischen Einfluß erreicht haben, werden erst die Fürsorgezucht Häuser gefüllt. Dadurch haben Sie die Mordlichkeit, jedes Jahr Tausende von Proletarierkindern durch die Klauen der Gendarmen, der Nonnen, Pfaffen und Schulmeister in die Fürsorgezucht Häuser des Rheinlandes zu führen. (Hu-, Hu!-Rufe.) Das ist Ihre Politik. Was dabei herauskommt, dazu nur ein Wort.

Ich erinnere an den Fall, der sich im vorigen Jahre in einer Anstalt in Niedersekmar zugetragen hat. Der Abgeordnete Pratzwinkel, der hier sitzt, weiß darüber näher Bescheid, denn einer seiner Verwandten verdient ja schweres Geld durch dieses Heim. Diesem Heim hat man direkt eine Fabrik angegliedert. Dort werden die Proletarierkinder an Spinnmaschinen ausgebeutet — 9½ Stunden —, und sie bekommen kaum 10 Pfennig

pro Tag als Entschädigung für die Schufsterei, die sie dort machen müssen. Dieses System dort ist so furchtbar, daß die Arbeiterkinder zur Verzweiflung getrieben werden, daß ein Arbeitermädchen sich aus dem zweiten Stockwerk der Anstalt hinabgestürzt hat, so daß es tot liegen blieb. Von Seiten der Verwaltung werden vielerleicht Leute auftreten, die erklären: das stimmt nicht. Wir sind dagewesen. Ich sage Ihnen jetzt schon, wenn Sie irgendwie mit Material herauskommen, daß Sie entweder von denjenigen, die an der Anstalt sind — ich kenne sie alle mit Namen, wenn es sein muß, werde ich hier noch mehr Zeugen namhaft machen —, mit Absicht falsch unterrichtet worden sind oder daß Sie versuchen, die richtig erkannten Tatsachen vor dem Plenum falsch darzustellen. Wir werden Zeugen genug benennen, die beweisen, daß das Mädchen durch das Straffsystem, durch die erbärmlich schlechte Behandlung, durch die Gefängnislast, durch die Ausbeutung zur Verzweiflung getrieben worden ist, so daß es nachher aus dem zweiten Stockwerk hinuntergesprungen ist, daß man es nackt in eine Speicherkammer, in eine Bretterbude, eingesperrt hat und daß man nachher versucht hat, die Sache zu vertuschen, indem man erklärte: das ist ein Fluchtversuch gewesen; die Höhe war nur drei Meter. Wir haben Photographien von der Anstalt, wodurch nachgewiesen werden kann, wie hoch das ist. Mag auch Herr Landesrat Saarbourg, der bei der Untersuchungskommission mit anwesend war, oder ein anderes Mitglied erklären: Es sind vier Meter, so sagen wir: Ein Mädchen springt nicht abends um 8 Uhr im Dunkeln aus einem zehn Meter hohen Fenster, nackt, ohne jede Bekleidung, um die Flucht zu ergreifen, in einem Gebiet, das vollständig von Wäldern umschlossen ist. Das sind die Früchte Ihrer Erziehungsarbeit. Wenn in einem Jahr schon tödliche Unglücksfälle zu verzeichnen sind, so wette ich tausend gegen eins, wenn man die Dinge genau nachprüft, dann ist es nicht nur dieser eine Selbstmord in dieser Anstalt gewesen, der dokumentarisch festgestellt ist, sondern es sind in Dutzenden von Fällen solche Selbstmordversuche passiert, die nicht ans Licht der Öffentlichkeit gelangt sind. Das sind Ihre Erfolge, die Sie auf Grund des Schmutz- und Schundgesetzes verewigen wollen. Unsere Fraktion wehrt sich mit Gewalt dagegen. Wir werden verlangen, daß speziell für dieses Heim die Zuschüsse von Seiten der Provinz gesperrt werden. Wenn Sie den Mut haben, das abzulehnen, erklären Sie damit vor aller Öffentlichkeit, daß Sie die Absicht haben, diese erbärmlichen Zustände zu verewigen und sie noch auszubauen.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Limbourg.

Abgeordneter Dr. Limbourg: Der erste Herr, der gestern sprach, endete so ungefähr mit den Worten: „Friede den Menschen auf Erden, die eines guten Willens sind.“ Meine Herren! Was das heutige System unter „Frieden“ hier im Lande versteht, weiß nur derjenige, der ein Gegner dieses Systems ist. Wir

haben hier im Lande erlebt und erleben es noch heute, daß die Gegner der Zustände mit jeder Waffe bekämpft werden. Dafür braucht man gar nicht Kommunist zu sein. Das merkt jeder in unserer Gegend genau. Die Besatzung wird mißbraucht, das Reichsgericht in Leipzig wird mißbraucht. Anzeigen erfolgen zur gleichen Zeit bei der Besatzung und beim Reichsgericht als Kriegsverbrecher. Das dritte, das sich dazu gesellt, ist der Herr Staatsanwalt, der leider Gottes nur zu willfährig ist, überall, wo die Behörden einen Widerstand vermuten oder wo Parteien, die mit der Behörde zusammenhängen, einen Widerstand spüren, einzugreifen. Meine Herren! Für den Frieden bedanken wir uns. Das ist der Friede, der vor zweitausend Jahren von Cäsar in Gallien gestiftet wurde. Das war ein Gallia pacata. Da wurde jeder anständige Mensch, der sich noch wehren wollte, umgebracht. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Wer hat Ihnen denn das erzählt?) Das weiß ich, wenn Sie es noch nicht wissen.

Meine Herren! Auf derselben Linie bewegt sich auch das, was von dem Herrn, der zuerst sprach, den Winzern zugesagt wurde: Sie sollten schön brav sein, es würde Ihnen geholfen. Die Leute werden so lange vertröstet, bis sie zugrunde gehen oder wieder dahin kommen, wo sie vor einem Jahre waren. Sie lesen hier in einer Eingabe, daß wahrscheinlich eine größere Weineinfuhr von Frankreich gestattet wird und daß die Zölle heruntergesetzt werden, daß man aber die Notlage auf anderem Wege beseitigen müsse. Meine Herren! Dann sollen die Herren in Berlin einfach nicht zugunsten der Industrie den Weinbau zum zweiten Male opfern, wie der Obst- und Gemüsebau immer wieder zugunsten der Industrie geopfert wird. Leider riskieren die meisten Vertreter der Landwirtschaft nicht, das in der freien Form zu sagen, wie es unbedingt erforderlich ist.

Da gestern und auch heute das besetzte Gebiet wiederholt ange schnitten wurde, will ich mich auch damit befassen. Meine Herren! Sie wissen, wie es unseren Brüdern in Lothringen gegangen ist, die dahin gezogen waren. Wer in Lothringen sich dadurch mißliebig gemacht hatte, daß er an Deutschland hing, der flog hinaus. Und wie die Leute hier behandelt werden, ist ja ganz genau bekannt. Vorhin hat ein Vertreter der Linken gesagt, daß die Großindustrie in Lothringen ganz glänzend abgeschnitten hat. Wie es aber den Bürgern und Bauern geht, die dort gewohnt haben, kann man im Rheinlande am besten beobachten, weil hier viele dieser Leute hängen geblieben sind. Ihnen geht es ungefähr so wie denen, die sich fürs Vaterland haben halbtot schießen lassen. Wenn ein Herr, der Beamter ist, sagt: „Wir sind bereit, die Besatzungskosten weiter zu tragen“, so ist das verständlich. Für uns Bürger ist es etwas anderes. Sie wissen vielleicht, daß Dienstwohnungen der Herren Beamten nicht für Besatzungszwecke herangezogen werden, daß aber Wohnungen von mißliebigen Leuten der Besatzung als Kasernen zur Verfügung gestellt werden. Daß die Herren

Beamten die Besatzungslast gerne weiter ertragen, kann man sich wohl vorstellen. Es wird von vielen im noch besetzten Gebiet, wo ich wohne, als große Ungerechtigkeit empfunden, daß wir diese Besatzungslast immer weiter tragen sollen. Es ist eigentlich schade, daß nicht von vornherein eine Regelung getroffen wurde, daß die Besatzung wandert. Wenn die Besatzung einmal acht bis 14 Tage nach Berlin gegangen wäre, so wäre das den Berlinern sehr heilsam gewesen — das haben ja die Herren vom Zentrum einmal den Münchenern gewünscht —. Ich bin der Ansicht, dann wären wir die Besatzung hier im Lande restlos los und würden die Herren in Berlin nicht bitten, sie noch weiter ertragen zu dürfen.

Das betrübendste Kapitel bei der Besatzung ist der Mißbrauch der Besatzung durch unsere Behörden. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Meine Herren! Sie auf der Linken wissen das, bei uns weiß es auch jeder. Daß hier die Herren die Kurage haben, so zu sprechen, wo diese Zustände doch jahrelang so gewesen sind und heute jeden Tag wieder ganz genau so aufleben können, verstehe ich nicht. Wir haben doch erlebt, wie die Besatzung mit französischen Ansprüchen von Landräten offiziell begrüßt wurde, wie die Behörden — Regierungen, Landräte und Bürgermeister — jahrelang den Bauern mit Besatzung gedroht haben, damit sie ihr Obst, Gemüse und ihr Getreide in der Zwangswirtschaft abliefern, und die Besatzung wußte in den meisten Fällen nichts davon. Das ist etwas sehr Beschämendes; es wäre falsch, wenn es hier nicht erwähnt würde; es wird nicht besser dadurch, daß wir es vertuschen.

Es wurde gestern so viel über Berlin gesagt. Meine Herren! Ich halte von dem System, das wir in Berlin seit dem 9. November haben, überhaupt nichts. (Weiterkeit.) Am 9. November fiel der Apparat zusammen, weil man eine kolossale Angst hatte; das ist meine Auffassung. Diese Angst regiert heute noch wie damals in Berlin, weiter nichts. Das haben Sie ja am besten an dem Falle von Bernkastel gesehen. Die Weinsteuer bestände heute noch, wenn die Bernkasteler in dem Finanzamt nicht etwas Luft gemacht hätten. Es ist wirklich betrübend, daß wir solche Zustände im Lande haben, daß die brutale Gewalt das einzige ist, was ein Recht sichert, oder der Parteiklingel. Es wurde dem Herrn des Zentrums erwidert, das Zentrum hätte alle Verantwortung, über Berlin zu schweigen. Meine Herren! Ich bin auch der Ansicht. Die Herren vom Zentrum ziehen doch überall im Lande herum und erklären: Wir sind die Partei, die seit dem 9. November positiv am Wiederaufbau mitarbeitet. Das ist ein netter Wiederaufbau, den wir seit der Zeit erlebt haben. Das ist doch eine so betrübende Zeit gewesen, die wir im besetzten Gebiet hatten. So ist man früher nicht einmal mit Regierungskreisen umgegangen. Was haben wir nicht alles durch die Außenpolitik, die von diesen Herren in Berlin getrieben worden ist, erlebt! Ich erinnere nur an das Jahr 1923. Das ist wirklich keinem Volke

zugemutet worden. (Zuruf des Abgeordneten Steinhilch: Dann machen wir doch einen Rheinstaat!) Was? (Weiterkeit.) Seien Sie nur einmal friedlich, wir kommen schon.

Dann wird von denselben Herren gesagt: Ja, der Ostpreußen! Ich kenne die Ostpreußen sehr gut, ich komme schon mal dahin. Das sind auch sehr geplagte Landwirte. In Ostpreußen geht es gerade den größeren Besitzern am schlechtesten. Wenn Sie meinen, diese hätten mit den 800 Kilometer Wegen gut abgeschnitten, so ist das doch wieder die Partei schuld, die andere Leute, nicht wir vom Westen, nach Berlin geschickt haben, die die ganzen Jahre einen „positiven Wiederaufbau“ betreiben.

Jetzt geht ja auch gerade von dieser Seite der Gedanke aus, daß dieses hervorragende rheinische Landbürgermeistersystem unbedingt gerettet werden müsse. Was darunter zu verstehen ist, weiß nur der Bewohner des flachen Landes, und zwar derjenige, der nicht zu der richtigen Partei gehört. Es gibt selbstverständlich hier, wie in jedem Beruf, auch sehr tüchtige Bürgermeister, das ist klar. Aber leider Gottes ist dieses System in der schlimmsten Weise ausgeartet. Ich erinnere nur an die Einsetzung der Bürgermeister. Da heißt es: Wir haben eine Selbstverwaltung. Aber bei der Einsetzung eines Bürgermeisters wird die Bevölkerung überhaupt nicht gefragt; sie bekommt den Bürgermeister diktatorisch von Koblenz einfach hingeseht (Weiterkeit), und die einzige Vorbildung besteht bei ihnen vielfach darin, daß sie irgendwo durchgefallen sind (erneute Weiterkeit); aber die richtige Parteikarte haben sie alle. Und die Besoldung dieser Herren ist viel höher als die von Staatsbeamten, die durch die Examina gekommen sind und sich bewährt haben. Wenn aber einer von den Bürgermeistern sich einmal dadurch etwas mißlieblich macht, daß er sich nicht sofort der richtigen Partei beugt, wird er auf jede Weise malträtirt. Ich erinnere — ich muß hier Namen nennen — an einen Fall v. Friden. Es wird immer gesagt: „Er war kein Engel.“ Wenn er ein Engel wäre, dann wäre er im Himmel und nie Bürgermeister geworden. Ihm hat man ein Disziplinarverfahren angehängt. Als man ihn so nicht loswerden konnte, hat man die Besatzung auf ihn geheßt. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Wenn er als Bürgermeister weggejagt worden ist, kann er Minister werden!) Dann müßte er eine andere Partei haben. (Sehr gut! links. Weiterkeit.) Meine Herren! Die Beschwerden gegen dieses System und gegen diese Instanz sind einfach zwecklos. Sie werden kaum einen Fall erleben, wo diese Herren nicht restlos gedeckt werden, da kann passieren, was will. Die einzig mögliche erfolgreiche Beschwerde ist die: Man beschwert sich bei der Bevölkerung des Kreises, läßt vor der Kreistagsitzung ein Flugblatt los und lädt die Bevölkerung ein, zur Kreistagsitzung zu kommen. Wissen Sie, mit welchem Erfolg? Dann bleibt der Landrat in Berlin; dann riskiert er nicht, in den Kreistag zu kommen. (Zuruf des Abgeordneten

Oberle: Wir haben das Flugblatt da, wollen Sie es vorlesen?) Sie können auch ein paar Exemplare von mir bekommen. Das einzige, was die Behörde dagegen machen kann, ist, sie wendet sich an den Freund Staatsanwalt und sagt: Da steht kein Drucker drauf. Man kann doch heute der Druckerei nicht zumuten, darauf den Namen zu setzen; dann kommt sie direkt mit der Staatsanwaltschaft in Fühlung. Dann nimmt man lieber eine Strafe von 20 oder 50 Mark auf sich.

Ein Fehler dieses Systems sind auch die kolossalen Kosten, die es verursacht. Die Kosten sind so hoch, weil die Herren gar keinen Begriff haben, wie schwer es der Bevölkerung ist, die Lasten aufzubringen. Wenn die Herren weniger zahlreich auftreten würden — die Bürgermeistereien könnten zu dreien zusammengelegt werden —, dann wäre immer noch dieselbe Arbeit für billigeres Geld zu leisten.

Vorhin wurde verschiedentlich die Eifel erwähnt. In einer Eingabe kommt ein Bahnbau vor. Das ist eine Bahn, die schon im Jahre 1912/13 bewilligt war. Wissen Sie, weshalb sie nicht gebaut worden ist? Weil ein Herr von der richtigen Partei eigens einen Bahnhof für seine Brauerei haben wollte. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Welches ist denn die richtige Partei?) Nach dem Kriege wurde diese Bahn immer wieder versprochen. Augenblicklich wird das Projekt in Berlin bearbeitet, und ich hoffe, daß die Bahn gebaut wird. Sie müssen bei dieser Bahn eins bedenken, daß früher, abgesehen von der politischen Grenze an der Luxemburger Grenze entlang nie m a l s eine wirtschaftliche Grenze bestanden hat. Das Gebiet im Westen des Bezirks Trier gehörte früher politisch und wirtschaftlich zu Luxemburg; die politische Trennung ist erst 1815 erfolgt. Wirtschaftlich zeigte sie sich in der Form, daß man auf der deutschen Seite weniger Straßen baute als in Luxemburg; die Luxemburger haben die Bahn gebaut, die Deutschen benutzten die Bahn und die Straßen in Luxemburg. Daß dieses Gebiet jetzt darunter leidet, ist wohl zu verstehen. Es wird immer von der Abtrennung von Eupen, Malmédy, Lothringen und Posen gesprochen. Daß aber hier derselbe wirtschaftliche Schnitt gemacht wurde, wird nie erwähnt.

Bei den Erwerbslosen muß ich mich noch mit einer Sache befassen. Ich halte es für ein großes Unrecht, daß die Erwerbslosengelder so aufgebracht werden, wie es heute geschieht. Schon vor 60 Jahren — damals gab es noch keine Landwirtschaftskammer, sondern nur einen Landwirtschaftlichen Verein — bekam die Industrie die Eisenzölle und wurde dadurch hochgepöppelt. Damals wurde von dem Landwirtschaftlichen Verein gewarnt: Wenn eines Tages die Industrie nicht mehr gut geht, werden die ganzen Leute, die jetzt durch die Industrie ent wurzelt und an den großen Orten konzentriert werden, als ein trauriges Erbe der Industrie auf das Land zurückfluten, dann haben wir die Versicherung. Diese Situation ist jetzt da. Aber nicht allein das. Es ist nach meiner Ansicht eine große Ungerechtigkeit, daß man der Industrie nicht nur sagt, es wäre

sehr schön, daß sie rationalisiert, also ihre Dividenden erhöht, sondern daß man dies sogar noch mit allen möglichen Staatskrediten unterstützt, daß man aber gar nicht daran denkt, daß sie doch nicht so ohne weiteres die Arbeiter, die sie hat, der Allgemeinheit zur Verfügung stellen kann. Wenn ein Betrieb die Leute hält, so hat er nach meiner Auffassung mehr als eine moralische Pflicht, auch in gewisser Hinsicht für die Arbeiter zu sorgen. Er darf sie auf jeden Fall nicht restlos der Allgemeinheit aufbürden, um sie eventuell nach 14 Tagen wieder einstellen zu können, so wie man ein Pferd beim dummen Nachbar, ohne zu bezahlen, ins Futter stellt. Das ist eine ganz falsche Politik, die da getrieben wird. Sie wird nur zugunsten unserer Großindustrie getrieben, die einen ganz gewaltigen Einfluß hat.

Jetzt kommt der Rürburgring. Meine Herren! Wenn wir das letzte Mal vor dem Rürburgring gewarnt haben, so geschah das aus Sorge um die eingeseffene Bevölkerung. Sie wissen vielleicht — ich glaube, ich sagte es persönlich —, den Leuten im Kreise Aidenau geht es sehr schlecht, ihnen soll geholfen werden. Aber man kann ihnen nicht dadurch helfen, daß man ihnen ein ganz gewaltiges Risiko aufbürdet, denn, wenn die Sache schief geht, dann verschwinden die derzeitigen Herren und die Bevölkerung bleibt zurück und hat die Sache auszubaden. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Creutz: Welche Sache? Weiterer Zuruf: Dann wurden Sie Landrat von Aidenau!) Sie waren ja in Bitburg Assessor. Gehen Sie in Bitburg als Assessor anklamen, waren Sie ja schon kolossal im Schwinkel, weil Sie sich nicht zutrauten, der Zustände dort Herr zu werden. Haben Sie verstanden? — Ich wiederhole: Gehen der Herr als Assessor nach Bitburg kam, war er schon sehr besorgt, weil er von unserer Existenz gehört hatte, weil er wußte, daß wir gewissen Behörden auf die Finger sehen.

Nicht allein ich, sondern weiteste Kreise der Bevölkerung in Aidenau befürchten, daß dieser Rürburgring mit einer großen Pleite endet und daß die Bevölkerung dann in dem Glend drinsinkt. Da ist die Provinz leider Gottes mitschuldig, weil die Sache nicht früher abgebaut wurde. Es wurde vorhin erwähnt, daß dort ein Mann beschäftigt wird, der zehnmal wegen Eigentumsvergehens vorbestraft ist. Das ist erstaunlich. Der Mann hat fünf Jahre das Besatzungsamt geleitet. Wissen Sie, was er tat? Er unterschlug Akten der Amerikaner. Nachher mußte er das Geld allerdings herausgeben. Er hat jahrelang Unterschlagungen und Urkundenfälschungen in der größten Weise begangen. Aber er hat während der Besatzung manches erlebt und manches gehört, und weite Kreise sind der Auffassung: Wenn der gepackt wird, dann packt er aus, und dann bricht manch einer den Hals. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Das Verfahren hat drei Jahre lang geschwebt, dann hat es der Staatsanwalt eingestellt. Der erste Revisor stellte die Betrügereien fest, darauf wurde ein anderer Revisor ge-

nommen. Der Mann ist im Kreise Akenau untergebracht. Ich glaube, daß der Herr, der eben den Zwischenruf machte, Bescheid wissen muß. Es ist bekanntlich, daß wir solche Zustände haben. Dieser Mann, der jetzt im Kreise Akenau beschäftigt wird, hat sich nicht geniert, das Material für eine falsche Anzeige zusammenzuschaffen, und diese Anzeige wurde bei der Besatzung erstattet. Es war nicht das erstmal, daß eine solche Anzeige gegen mich und einen anderen Herrn erstattet wurde. Wir haben, Gott sei Dank, beweisen können, daß die Anzeige nicht wahr war.

Bei den Provinzialstraßen gibt es einen gefährlichen Punkt, die Straße Bonn — Godesberg. Ich glaube, die Unterführung kennen Sie alle. Ich habe selbst einmal Malheur da gehabt. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, auch bei großer Vorsicht sei ein Unglück nicht zu vermeiden, und es sei als höhere Gewalt anzusprechen, wenn zwei Autos da zusammenstoßen. Derartige Stellen dürfen nicht auf stark befahrenen Straßen sein. Dieser Punkt muß unbedingt beseitigt werden, und wenn es noch soviel kostet.

Nun ist mir etwas anderes beim Provinzialstraßenbau aufgefallen; das ist, daß offenbar die Landesbauämter verschieden mit Geld versorgt werden. Zum Beispiel bekommt offenbar das Landesbauamt Briesel viel mehr Geld als das Landesbauamt in Trier, denn es wendet viel mehr für Arbeiten auf, die nach meiner Ansicht und nach Ansicht weitester Kreise nicht nötig sind. Daß man da in ländlichen Orten den Landwirten, die das Vieh über die Straße zur Weide treiben, die größten Schwierigkeiten macht, daß schlecht zur Hebung der Landwirtschaft durch die Provinz. Es ist nach meiner Ansicht nicht nötig, daß man aus den Provinzialstraßen Promenaden für die Herren Beamten und nur Verkehrswege für die Autos macht. Das will ich bei dem Punkte erwähnen.

Bei der Landwirtschaft haben wir einmal wieder, wie so oft, gehört, daß das Heil nur von der Erhöhung der Produktion kommt. Meine Herren! An der Erhöhung der Produktion hat der einzelne Landwirt gar kein Interesse. (Ungeordnetes Geläch: Hört, hört!) Das ist ein volkswirtschaftliches Moment, weiter nichts. Dem Landwirt prediat man: Produziere mehr! Wenn die Landwirte es fertig brächten, 20 Prozent mehr zu produzieren, dann hätten wir mehr, als wir gebrauchen. Dann sollten wir mal sehen, was das für ein Elend würde. Dann würden die Herren von der Industrie die einzigen sein, die die Zölle haben; dann müßten die Landwirte die durch die Zölle verteuerten Industrieerzeugnisse kaufen und selbst mit ihren Produkten auf den Preis des Auslandes und noch darunter gehen. Meine Herren! Das haben wir von der Erhöhung der Produktion zu halten.

Wenn vorhin ein Herr von der Sozialdemokratischen Partei die Landwirtschaftskammer und die Besätze des Herrn von Lünind erwähnte, so ist das eigentlich ein christlicher Streit der christlichen Bauern-

vereine untereinander. Bei diesem Zank könnten die Sozialdemokraten und wir in Ruhe zusehen. Sie wissen, die Herren von den christlichen Bauernvereinen — „Kindlein, liebet einander!“ — machen das unter sich aus. (Weiterkeit.) Soviel ich weiß, hat Herr Graf nichts zurückgenommen. Das will ich nur sagen; mich geht die Sache nichts an. Wenn vermutet wird, daß die Mitglieder der Kammer nichts von den Geldern wissen, so ist das nicht erstaunlich. Sehen Sie einmal, bei uns im Kreistag meinte neulich ein Kreisausschußmitglied, es sei ein unerhörter Eingriff in die Selbstverwaltung, wenn man in einem Kreise eine Finanzkommission und eine Elektrizitätskommission haben wolle, das ginge alles vom Kreisausschuß aus. Es wäre eine ganz tolle Auffassung von Selbstverwaltung, wenn neben dem Kreisausschuß irgendeine Kommission irgendwo hineingesetzt wolle. Das ist die Idee eines Herrn aus Kockshausen, der Mitglied eines Kreisausschusses ist. Das ist die Demokratie bei der bekannten Partei.

Meine Herren! Wenn wir dem Landwirt die Möglichkeit geben wollen, mehr zu produzieren, müssen wir ihm erst die Möglichkeit schaffen, daß er billiger produzieren kann. Das können wir, wie ich vorhin schon erwähnte, dadurch, daß wir die Industriezölle angemessen heruntersetzen. Die Industrie wird es ja bald nicht mehr nötig haben, auf Zölle zu sehen. Dann ist die internationale Verbrüderung der Industrie soweit vorgeschritten, daß sie in dieser Hinsicht auf uns alle pfeifen kann. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Meine Herren! Es geht aber nicht, daß man dem Landwirt durch hohe Industriezölle seine Bedarfsartikel verteuert, daß man dem Landwirt zugleich, um der Industrie günstige Verträge zu beschaffen, viele Auslandswaren zollfrei auf den Markt schießt. Das sind Sachen, die nicht zusammen passen.

Zur Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion dient auch, daß wir eine andere Landgemeindeordnung bekommen. Zur Verbilligung dient ferner die Förderung der Zusammenlegung. Das ist das Schlimmste im Gebiet der fränkischen Siedlung, daß wir nicht die Höfe, sondern die zersplitterten Fluren haben. Das ist ein teures Bewirtschaften. Dann können Sie dem Landwirt helfen durch Unterstützung des Drainagebaues. Eine sehr gute Sache ist auch die Tuberkulosebeseitigung. Eine Sache, die ich nicht verstehe, ist, daß die Provinz hingehet und auf einem Gut von 200 Morgen für über eine Viertelmillion Vieh umschlägt. Das ist ja die reine Viehhandelszentrale; anders kann man es nicht ansprechen. Es wird gesagt, dadurch werde die Seuchengefahr vermindert. Ein Gut von 200 Morgen, durch das 400 oder 500 Stück Vieh wandern, ist ein Seuchenherd und keine Seuchenverminderungszentrale. Es ist doch nicht so, als wenn nur in einem Teil der Provinz Vieh gezüchtet würde.

Zum Schluß (ironisches Bravo!) komme ich auf die Gerichtsverhandlung gegen die Sünder von Bernkastel. Es war eigentlich traurig, wenn man sah, wie diese

Verhandlung geführt wurde. Die Tendenz war offenbar, die Angelegenheit nicht zu weit aufzurollen; ich kann ja nicht sagen, daß das abgemacht war. Die Winzer waren wahrscheinlich alle zum ersten Male an einem Gericht. Die Verteidigung wurde so geführt: Keiner sagte ein scharfes Wort, und auf Grund dessen hat man das faule Kompromiß geschlossen, daß nachher begnadigt wurde. Es ist eigentlich betäubend, daß wegen eines derartigen Notwehrversuchs eine Gerichtsverhandlung stattfinden mußte. Die Herren, die sich damals um die Verteidigung so bemüht und den Rechtsanwalt besorgt haben, das sind dieselben Herren, die jetzt hier sagen, man müsse wieder den Winzern helfen, die aber nicht riskieren, in Berlin den Forderungen der Industrie, die den Winzerstand ruinieren, entgegenzutreten und sie abzulehnen. (Bravo! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Meine Damen und Herren! Im Anschluß an die Ausführungen, die Herr Abgeordneter Vaterrodt vorhin, insbesondere an die Arbeitsgemeinschaft gewandt, zum Schluß seiner Rede gemacht hat, habe ich namens der Arbeitsgemeinschaft eine kurze Erklärung abzugeben.

Ich betone zunächst, daß, soweit ich unterrichtet bin, niemand hier im Hause — ganz gewiß kein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft — dem Herrn Abgeordneten Dr. Limbourg den Vorwurf des Separatismus gemacht hat. Dieser Vorwurf ist von anderer Seite erhoben worden, und es sind Tatsachen behauptet worden, die, wenn sie wahr wären, diesen Vorwurf berechtigt erscheinen lassen würden.

Herr Abgeordneter Vaterrodt hat sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Prozesse, die Herr Dr. Limbourg auf Grund dieser Anschuldigungen gegen eine Reihe von Blättern, u. a. auch gegen die „Wossische Zeitung“ und das „Kölner Tageblatt“, erhoben hat, bisher zu keinem Abschluß gelangt sind. Er hat weiter gesagt, daß ein kleiner Ausschuß, der aus Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft im Staatsrat besteht, diese Angelegenheit untersucht habe und daß dessen Untersuchung völlig ergebnislos verlaufen sei. Das letztere ist unrichtig. Dieser Ausschuß des Staatsrates wird sich mit der Angelegenheit weiter befassen.

Aber, meine Damen und Herren, diese Dinge sind reflexlos selbstverständlich nur durch eine gerichtliche Verhandlung zu klären, und wir können nur wiederholt die Hoffnung aussprechen, daß eine solche gerichtliche Verhandlung tunlichst bald in breitem Umfang stattfinden, daß die ganzen Verhältnisse geklärt werden und daß es Herrn Dr. Limbourg auf Grund dieser gerichtlichen Verhandlung dann gelingt, die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen reflexlos zu widerlegen. Dann wird niemand hier im Hause sein, der sich nicht freut, daß der Vorwurf des Separatismus gegen ein Mitglied des Rheinischen Provinziallandtages aus der

Welt geschafft wird. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Hier sind noch mehr Separatisten!)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Janßen-Lammersdorf. (Zuruf: Verzichte!)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Erörterung und erteile zu einer persönlichen Bemerkung Herrn Abgeordneten Vaterrodt das Wort.

Abgeordneter Vaterrodt: Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat geglaubt, dagegen Widerspruch erheben zu sollen, daß ich der Rheinischen Wohnungsfürsorgegesellschaft Betrug vorgeworfen hätte. Ich muß demgegenüber feststellen, daß das auf einem Irrtum des Herrn Landeshauptmanns beruhen muß. Ich habe der Rheinischen Wohnungsfürsorgegesellschaft keinen Betrug vorgeworfen und habe daran nicht gedacht. Der Sachverhalt ist folgender gewesen:

Ich habe namens meiner Freunde erklärt, daß meine Freunde den Antrag auf Übernahme der Bürgerschaft für ein der Rheinischen Wohnungsfürsorgegesellschaft zu bewilligendes Darlehen oder für eine Beteiligung bei der Rheinischen Wohnungsfürsorgegesellschaft seitens der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt ablehnen würden. Ich habe daran den Ausdruck der Bewunderung geknüpft, daß die Arbeitsgemeinschaft dieses Hauses durch den Mund des Herrn Kollegen Kaiser der Vorlage ihre freudige Zustimmung habe zuteil werden lassen und gesagt, dieser Standpunkt der Fraktion in diesem Hause stände in einem Gegensatz zu dem Standpunkt, den kürzlich ein Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Abgeordnete Binnenfeld, im Reichstag gegenüber den Wohnungsfürsorgegesellschaften eingenommen habe. Ich habe dann die Äußerung des Herrn Binnenfeld aus der Sitzung des Reichstages vom 12. März 1927 verlesen, in der der Herr Binnenfeld, nachdem er zunächst von den Wohnungsfürsorgegesellschaften im allgemeinen sprach, erklärt hat, das Verhalten einer dieser Gesellschaften, nämlich der Westfälischen Wohnungsfürsorgegesellschaft, grenze an Betrug, und ich habe besonders darauf hingewiesen, daß diese Ausführungen unter der Zustimmung der Deutschen Volkspartei erfolgt seien. Darauf hat der Herr Kollege Kaiser mir den Zwischenruf gemacht, das habe sich aber auf die Westfälische Fürsorgegesellschaft bezogen und nicht auf die Rheinische. Ich habe dem Herrn Kollegen Kaiser erwidert, man könne eine derartige Differenzierung nicht machen, denn, was auf die Westfälische Wohnungsfürsorgegesellschaft zuträfe, dürfte mutatis mutandis auch auf die Rheinische zutreffen (Abgeordneter Dr. Kaiser: Also!) — ich will versuchen, wörtlich zu wiederholen, was ich gesagt habe —, weil die Organisation, die Leitung und der Geschäftsbetrieb beider Gesellschaften nach denselben Grundsätzen erfolgten und weil sie mit allen übrigen Fürsorgegesellschaften zusammen in einer

großen Zentralorganisation über das Reich verbunden wären. Das ist das gewesen, was ich ausgeführt habe.

Ich kann nicht anerkennen, daß ich mir mit diesen Worten die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Winnenfeld zu eigen gemacht hätte, weder gegenüber der Westfälischen Fürsorgegesellschaft noch auch gegenüber der Rheinischen Wohnungsfürsorgegesellschaft.

Ich habe diese Ausführungen des Herrn Abgeordneten Winnenfeld lediglich angeführt, um den Gegensatz festzustellen, in dem die Fraktion der Deutschen Volkspartei in diesem Hause zur Reichstagsfraktion steht, und habe nicht daran gedacht, diese Ausführungen mir zu eigen zu machen.

Wenn ich gesagt habe: Was von der Westfälischen Wohnungsfürsorgegesellschaft gilt, gilt mutatis mutandis auch von der Rheinischen, bezog sich nur auf den Einwurf, den mir der Herr Kollege Kaiser gemacht hat und mit dem Herr Kollege Kaiser begründen wollte, daß die Äußerung des Herrn Winnenfeld nicht auf die Rheinische Wohnungsfürsorgegesellschaft bezogen werden könne und daß deshalb zwischen dem Standpunkte des Herrn Winnenfeld und seinem Standpunkte ein Widerspruch nicht vorhanden sei. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Du sprichst vergebens viel!) Deshalb habe ich gesagt: Sie können so nicht argumentieren, und habe lediglich darlegen wollen, daß der Herr Kollege Kaiser mit diesem Zwischenruf den Widerspruch, der bestehe, nicht aus der Welt schaffen könne. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Dichgans: Sie sind ein guter Rechtsanwalt! Weiterer Zuruf: Kein Engel ist so rein!)

Ein zweiter Punkt. Herr Kollege Wesenfeld hat vorhin erklärt, daß meine Mitteilungen über die Verhandlungen, die in der Arbeitsgemeinschaft des Staatsrats zum Falle Limbourg stattgefunden hätten, unrichtig gewesen seien und daß diese Verhandlungen nicht mit einem negativen Ergebnis abgeschlossen hätten. Das Ergebnis der Verhandlungen bzw. der Untersuchung — ich stelle das nochmals fest — ist vollständig negativ gewesen. Von allem vorgelegten Material ist nichts übrig geblieben. Der Herr Kollege Kaiser, der an den Verhandlungen teilgenommen hat, hat lediglich darauf bestanden, daß vor endgültigem Beschluß noch das Berufungsurteil in Trier abgewartet werden solle. (Zuruf: Das war doch keine persönliche Bemerkung!)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat Herr Abgeordneter Dr. Creuz.

Abgeordneter Dr. Creuz: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann mich nicht dazu berechnen, im Rahmen der eben gehaltenen Rede des Herrn Dr. Limbourg auf die persönliche Anzapfung einzugehen. Ich beschränke mich darauf, diese Anzapfung auf das schärfste zurückzuweisen.

Bezüglich der persönlichen Anschuldigung, die in der Einstellung eines Angestellten, der, wie Herr Limbourg sagt, vorbestraft sein soll, liegt, werde ich weitere Er-

klärungen in den nächsten Tagen abgeben. Daß Herr Limbourg die Uebernahme dieses Mannes nach Aidenau nicht sympathisch ist, kann ich durchaus verstehen, denn er gehört zu denjenigen gewissenhaften Beamten, die teilweise über die Grenzen ihrer Pflicht hinaus speziell Herrn Limbourg auf die Finger gesehen haben. (Unruhe.)

Vorsitzender Dr. Farres: Damit ist die Verhandlung geschlossen. Es sind zwischenzeitlich von den Fraktionen noch zwölf Anträge eingegangen, die Ihnen im Umdruck vorliegen. Ich bringe vor, folgende neun Anträge dem I. Sachausschuß zu überweisen:

1. Antrag der Zentrumsfraktion zu dem Antrag der Arbeitsgemeinschaft, betreffend Behebung der Kreditnot in der mittleren und kleinen rheinischen Industrie durch Zuführung langfristiger Hypothekarkredite seitens der Landesbank.
2. Antrag der SPD.-Fraktion zu dem Antrag der Zentrumsfraktion, betreffend Rationalisierung und Zusammenlegung von Betrieben im westlichen Industriegebiet.
3. Entziehung der Wirtschaftlichen Vereinigung an die Reichsregierung, betreffend Aufnahme des Bahnbaues Bitburg—Neuerburg—Trel in das gegenwärtige Arbeitsbeschaffungsprogramm.
4. Antrag der SPD.-Fraktion, betreffend Aenderung der Reichsbesoldungsordnung und Umgestaltung der Ruhegehaltsordnung.
5. Antrag der SPD.-Fraktion, betreffend anderweite Besoldungsregelung der Beamten und Angestellten der Rheinischen Provinzialverwaltung in den Gruppen I bis III.
6. Antrag der SPD.-Fraktion, betreffend Uebernahme des Pflichtanteils der bei der Provinzialverwaltung beschäftigten Arbeiter und Angestellten an den Beiträgen der Sozialversicherung seitens der Verwaltung und der Beitragszuschüsse für die freiwillige Kranken- und Angestelltenversicherung.
7. Antrag der SPD.-Fraktion auf Einstellung eines Betrages von 500 000 Mark für Kinderpeisung in den „Außerordentlichen Haushalt“.
8. Antrag der SPD.-Fraktion auf Bewilligung eines Zuschusses von 5000 Mark zum Ausbau des proletarischen Kinderheims in Remscheid.
9. Entschliebung der SPD.-Fraktion, betreffend die Verurteilung ungarischer Arbeiter durch ein Standgericht.

Alle diese Anträge gehen, wie gesagt, an den Sachausschuß I.

An den Sachausschuß III geht:

1. Ein Antrag der SPD.-Fraktion auf Erhöhung der Position 1 in Titel IV der Ausgaben des Haushaltsplans der Provinzial-Arbeitsanstalt Brauweiler auf 400 000 Mark;
2. ein Antrag der SPD.-Fraktion zum Etat, betreffend Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.